



SPD



SPD

DAS WIR ENTSCHEIDET.

SPD-Bezirk Hannover | *Bezirksparteitag am 8. Juni 2013*

ANTRÄGE

Inhalt

E | Europa

- Eo1 Bezirksvorstand
Resolution: Europa – Jetzt neu anpacken. National-egoistische Tendenzen zurückdrängen 5

B | Bildungspolitik

- Bo1 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg
Gruppengröße in Kindergartengruppen 9
- Bo2 SPD-Unterbezirk Northeim-Einbeck
Interessante Bildung: Vorgaben und Lehrpläne überprüfen 11
- Bo3 SPD-Unterbezirk Lüneburg
Transparenz der Drittmittelfinanzierung von Forschung an Universitäten 11

F | Finanzpolitik

- Fo1 Bezirksvorstand
Nachhaltige Finanzpolitik gestalten: Kräfte bündeln, Handlungsfähigkeit sichern 13
- Fo2 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg
Rückführung zweckentfremdeter „freiwilliger Pensionsrückstellungen“ 14

G | Gesellschaft, Gesundheit, Soziales

- Go1 AK Tierschutz Bezirk Hannover
Nutzung von Produkten aus artgerechter Haltung 16
- Go2 Schwusos
Änderungsantrag zum Regierungsprogramm 16
- Go3 Jusos Bezirk Hannover
Beseitigung des generellen Blutspendeverbots von homo- und bisexuellen Männern 17
- Go4 SPD-Unterbezirk Lüneburg
Beseitigung des generellen Blutspendeverbots von homo- und bisexuellen Männern 18
- Go5 SPD-Unterbezirk Lüneburg
Kostenabrechnung über Fallpauschalen in der Palliativmedizin 19
- Go6 SPD-Unterbezirk Göttingen
Die SPD geht seit über 100 Jahren von der Gleichstellung von Männern und Frauen aus 20
- Go7 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg
Reform der gesetzlichen Rentenversicherung für eine auskömmliche Altersvorsorge 21
- Go8 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg
Überprüfung von Hygieneregeln 23
- Go9 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg
Rückführung der Landeskrankenhäuser in die öffentliche Hand 23

G10	SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont Das Ehrenamt tatsächlich würdigen - für eine bessere Stellung in der Gesellschaft	24
G11	SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont MRSA-Vorsorgeprogramm	25
G12	Jusos Bezirk Hannover „Pille danach“ freigeben – Unnötige Hürden abbauen	26
G13	SPD-Unterbezirk Northeim-Einbeck Bedürfnissen von Opfern schwerer Gewalt Rechnung tragen – Für eine Einschränkung von gerichtlichen Absprachen	27
G14	Bezirksvorstand SPD – Familienfreundlichkeit in der Partei verbessern	28
G15	Bezirksvorstand Frauenförderung im Bezirk Hannover intensivieren	29
G16	Jusos Bezirk Hannover Resolution: Kampf dem Sexismus in der SPD!	30
G17	Jusos Bezirk Hannover Diskriminierung in Bewerbungsverfahren erschweren!	31

K | Kommunal- und Landespolitik

K01	Bezirksvorstand Unser Land, unsere Zukunft – Erarbeitung eines Aktionsprogramms für ländliche Räume	33
K02	SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont Gute Nachbarschaft im Weserbergland – Interkommunale und regionale Zusammenarbeit	34
K03	SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont Ländliche Räume sind Zukunftsräume	37
K04	Jusos Bezirk Hannover Always look on the bright side of life – Für eine Gleichbehandlung aller Feiertage	39
K05	AsF Bezirk Hannover Aktuelle Studien in die Entwicklung von Strategien kommunalpolitischer Gleichstellungspolitik einbeziehen	40

O | Organisationsfragen

O01	Bildungskommission Arbeitsprogramm der Bildungskommission 2013	43
O02	SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg Keine Winterwahlkämpfe	47
O03	SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg Wahlkreise mit regionaler Identität schaffen	47
O04	SPD-Unterbezirk Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg Partizipation der Arbeitsgemeinschaften ausbauen	47

O05	SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg Beschaffung von Werbematerialien	48
O06	Jusos Bezirk Hannover Mit uns zieht die neue Zeit – Notwendige Reformen der SPD Niedersachsen	49
O07	Jusos Bezirk Hannover Bekennnis zum Reißverschluss – alles andere ist Diskriminierung	52

R | Rechts- und Sicherheitspolitik

Ro1	Jusos Bezirk Hannover Kein Einsatz von Kampfdrohnen in der Bundeswehr!	54
Ro2	Jusos Bezirk Hannover Für mehr Transparenz und Rechtsstaat	55
Ro3	Jusos Bezirk Hannover Transparenz schaffen: Waffenexporte und Rüstungsverträge einschränken und demokratisch legitimieren	56
Ro4	Jusos Bezirk Hannover Besserer Umgang mit unschuldig Verurteilten	58
Ro5	Jusos Bezirk Hannover Die Denunziationsförderung abschaffen – Hilfestellung ermöglichen	59

W | Wirtschaftspolitik

Wo1	Projektgruppe beim Bezirk aus Mitgliedern der AGen Selbstaktiv, AfB und dem Netzwerk behinderter Frauen in Niedersachsen Teilhabe an der inklusiven Arbeitswelt	62
Wo2	SPD-Unterbezirk Lüneburg Keine Privatisierung des Trinkwassers. Die Wasserversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben	63
Wo3	Jusos Bezirk Hannover „Wasser ist Menschenrecht – Europäische BürgerInneninitiative „Right2Water“ unterstützen	64
Wo4	SPD-Unterbezirk Lüneburg Änderung des Bundesberggesetzes und anderer Vorschriften zur bergbaulichen Vorhabengenehmigung	66
Wo5	SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg Chancen der Metropolregion Hamburg nutzen – Verkehrsinfrastruktur der Region verbessern	68
Wo6	SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg Gorleben soll leben – weiße Landkarte nur ohne Gorleben!	71
Wo7	Jusos Bezirk Hannover Frei, schnell, sicher, für alle, überall: Zugänge zum Internet sichern und ausbauen	72
Wo8	Jusos Bezirk Hannover Liberalisierung des Schienenpersonennahverkehrs in Niedersachsen rückgängig machen	75

Wog Jusos Bezirk Hannover
CETA ablehnen – Kulturflatrate einführen!

76

S | Satzung

S1 Bezirksvorstand
Änderung des Bezirksstatuts

77

Mitglieder der Antragskommission

Sylvia Binkenstein	SPD-Unterbezirk Göttingen
Klaus-Peter Dehde	SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg
Daniel Brunkhorst	Bezirksvorstand
Klaus-Dieter Feindt	SPD-Unterbezirk Landkreis Harburg
Simon Hartmann	SPD-Unterbezirk Northeim-Einbeck
Erika Huxhold	Leitende Bezirksgeschäftsführerin
Leonard Kuntscher	SPD-Unterbezirk Hildesheim (für Cornelia Ott)
Dr. Silke Lesemann	Bezirksvorstand
Bernd Lynack	Bezirksvorstand
Kurt Meyer-Bergmann	SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont
Astrid Schlegel	Bezirksvorstand, SPD-Unterbezirk Diepholz
Maximilian Schmidt	Bezirksvorstand
Andrea Schröder-Ehlers	Vorsitzende der Antragskommission, Bezirksvorstand
Inga Stephan	Beratende Teilnahme, Bezirksvorstand, SPD-Unterbezirk Celle

Sitzungen der Antragskommission

Donnerstag, 2. Mai 2013

Dienstag, 14. Mai 2013

Herausgeber

SPD-Bezirk Hannover
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
www.spd-bezirk-hannover.de

1 E | Europa

2

3 **Antrag Nr. E01**

4 Bezirksvorstand

5

6 **Resolution: Europa – Jetzt neu anpacken.** 7 **National-egoistische Tendenzen zurück-** 8 **drängen**

9

10 Mit der Gründung der Europäischen Union (EU) wurde der
11 Grundstein für ein friedliches und solidarisches Europa ge-
12 legt. Die EU steht für gemeinsame Grundrechte, ist geleb-
13 te Demokratie und gehört zu unserem Alltag. Reisen ohne
14 Grenzen, freier Binnenmarkt, der Euro, Gleichberechtigung
15 von Männern und Frauen, Bekämpfung von sozialer Aus-
16 grenzung und Diskriminierung aber auch gleiche, gute
17 Standards z.B. im Umweltschutz und Sicherheitsnormen
18 sind Ausdruck für unsere Gemeinschaft. Dies macht die
19 EU weltweit zu einem positiven Beispiel grenzüberschrei-
20 tender Zusammenarbeit und Kooperation.

21

22 Dennoch stand Europa noch nie vor so großen Herausfor-
23 derungen wie heute. Die Wirtschafts- und Schuldenkrise
24 dauert an. Armut und Arbeitslosigkeit wachsen. Heute
25 sind bereits 26 Millionen Menschen in Europa arbeitslos,
26 davon sechs Millionen im Alter von unter 25 Jahren. Das ist
27 eine Jugendarbeitslosigkeit von 23 Prozent. Diese Situation
28 darf nicht zur Tragödie Europas werden. Eine konservativ-
29 liberale Mehrheit in der EU verschärft in Europa durch eine
30 falsche und schlechte Politik die Lage und bringt die EU in
31 Misskredit. National-egoistische Tendenzen nehmen zu.

32

33 Deswegen fordern wir Sozialdemokratinnen und Sozialde-
34 mokraten eine klare Kurskorrektur:

35

36 1. Die einseitige Austeritätspolitik verschärft die Rezes-
37 sion. Haushaltskonsolidierung und wachstumsstim-
38 mulierende Investitionen sind zwei Seiten derselben
39 Medaille. Ohne nachhaltiges Wachstum gibt es keine
40 Arbeitsplätze; und ohne Arbeitsplätze keine Steuer-
41 einnahmen. Dazu brauchen wir eine Zins- und Kredi-
42 tpolitik, die einen Spielraum für Investitionen erm-
43 möglicht, sowie einen entsprechenden EU-Haushalt,
44 damit tatsächlich Investitionen und Anreize entste-
45 hen, um menschenwürdige Arbeitsplätze in Europa
46 zu schaffen.

47

48 2. Angesichts der notwendigen Innovationen und In-
49 vestitionen in Qualifizierung und Beschäftigung ist
50 es nicht akzeptabel, dass die Bundesregierung in
51 dem Bereich auf europäischer Ebene Kürzungen for-
52 dert. So eine Politik wirkt sich negativ auf die Struk-
53 turförderung in Niedersachsen aus. Hier wird das
54 europäische Fördergeld dringend gebraucht. Gerade
55 auch für den ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg
56 wirken sich die von der Bundesregierung mitgetrage-
57 nen Beschlüsse im Europäischen Rat nachteilig aus.

58

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

- 1 Die Bundesregierung macht Politik gegen Nieder-
2 sachsen.
3
- 4 3. Eine strenge Regulierung des Finanzmarktes ist
5 überfällig. Neue Regeln für die Finanzmärkte, mehr
6 Transparenz, eine europäische Bankenaufsicht, das
7 Verbot von rein spekulativen Geschäftsmodellen,
8 die Einführung der Finanztransaktionssteuer und
9 eine Stärkung der Volks- und Raiffeisenbanken und
10 Sparkassen als wirkliche Banken mit einer dienenden
11 Funktion für die Wirtschaft. Konservative und Libera-
12 le haben hier stets blockiert.
13
- 14 4. Die Krise darf nicht zu weiterem Lohn-, Sozial- und
15 Steuerdumping führen. Soziale Kriterien müssen
16 genauso strikt eingehalten, kontrolliert und gege-
17 benenfalls sanktioniert werden wie Haushaltsvor-
18 gaben. Nur so kann sichergestellt werden, dass nicht
19 nur die Haushaltsdisziplin, sondern auch Beschäf-
20 tigung und soziale Richtwerte gemessen werden.
21 Jugendbeschäftigung, hochqualitative öffentliche
22 Dienstleistungen, existenzsichernde Löhne, Zugang
23 zu bezahlbaren Wohnungen, soziale Grundsicherung
24 und Zugang zu essentiellen Gesundheitsleistungen,
25 der Schutz grundlegender Sozial- und Arbeitnehmer-
26 rechte sowie gleiche Bezahlung und gleiche Rechte
27 für gleichwertige Arbeit für alle gehören in das Zent-
28 rum der EU-Politik.
29
- 30 5. Immer noch gibt es bei den konservativ-liberalen
31 Mehrheiten in Europa die Vorstellung, dass Wettbe-
32 werb per se und Deregulierungen positive Effekte
33 bringen. Gerade angesichts der Erfahrungen mit
34 dem unregulierten Finanzmarkt ist diese Vorstellung
35 aber gescheitert und gehört auf den Müllhaufen
36 der Geschichte und nicht in das Instrumentarium
37 europäischer Politik. Zwangsliberalisierungen der öf-
38 fentlichen Daseinsvorsorge oder der Bodenverkehrs-
39 dienstleitungen auf Flughäfen sowie Einschränkung
40 von Arbeitnehmerrechten dürfen nicht länger mit
41 der EU-Politik verbunden sein.
42
- 43 6. Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft.
44 Diesen Anspruch tragen wir auch nach außen in
45 die Welt. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere ei-
46 genen Werte im Inneren respektieren. Verletzt ein
47 EU-Mitgliedstaat wie Ungarn unsere europäischen
48 Grundwerte, dann darf aufgrund parteipolitischer
49 Verwobenheit nicht geschwiegen werden. Genauso
50 selbstverständlich wie die EU die wirtschaftliche Ent-
51 wicklung in den Mitgliedstaaten überwacht, muss
52 auch die Achtung der Grundwerte überprüft werden.
53 Die Tolerierung der undemokratischen Entwicklung
54 in Ungarn durch die konservativen Parteien inklusive
55 CDU/CSU in Europa muss aufhören.
56
57
58

1 7. Seit einigen Jahren versuchen die konservativen Re-
2 gierungschefs zunehmend Entscheidungen jenseits
3 der demokratischen Strukturen der EU zu treffen
4 und bewegen sich auf der abschüssigen Bahn des
5 Intergouvernementalismus. Die in der EU verankerte
6 Gemeinschaftsmethode ist nicht nur effizienter, sie
7 ist auch demokratischer. Diese neue Unübersichtlich-
8 keit, Entscheidungen hinter verschlossenen Türen,
9 aus der Not geborene Rechtskonstrukte neben den
10 Verträgen, unklare Kompetenzverteilungen, schafft
11 Misstrauen und führt dazu, dass sich immer mehr
12 Menschen von der EU abwenden. Diese Politik muss
13 sofort beendet werden. Europa braucht klare und
14 einfache, für die Menschen erkennbare und nach-
15 vollziehbare Strukturen. Wir werden nur dann das
16 Vertrauen der Menschen zurück gewinnen, wenn wir
17 vermitteln, wer was in der Politik entscheidet und
18 verantwortet. Deshalb sind ein gestärkter Parlamen-
19 tarismus und mehr demokratische Elemente auf na-
20 tionaler und europäischer Ebene notwendig.

21
22 Um die Krise und die aufkommenden national-egoisti-
23 schen Tendenzen zu bewältigen, brauchen wir eine an-
24 dere, eine sozialdemokratisch geführte Politik in der EU.
25 Denn nur wo Sozialdemokratie gelebt wird, kann soziale
26 Gerechtigkeit und Solidarität das Resultat sein. Europa hat
27 aber nur eine Zukunft in der Solidarität. Eine andere Politik
28 in Europa kommt nur durch andere Mehrheiten in Europa
29 zustande, im Europäischen Parlament, aber auch auf Sei-
30 ten der Mitgliedsländer.

31
32 Mit der Bundestagswahl am 22. September 2013 wird
33 entschieden, für welche Art der Politik Deutschland in
34 Europa im Europäischen Rat und in den Ministerräten
35 steht. Deutschland als größtes Land spielt in der EU eine
36 besondere Rolle. Kein Gesetz kommt ohne Zustimmung
37 aus Berlin zustande. Damit wird die Bundestagswahl im
38 September auch zu einer Wahl über gute Politik in Europa.

39
40 Die Europawahl am 25. Mai 2014 ist die zweite Richtungs-
41 wahl für Europa, mit der entschieden wird, in welche poli-
42 tische Richtung die EU in Zukunft steuert. Europa braucht
43 eine starke SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag mit
44 einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung
45 und eine starke sozialdemokratische Fraktion im Europä-
46 ischen Parlament. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen,
47 dass sich die politischen Mehrheiten in Deutschland und
48 in Europa ändern. Nur dann wird auch die Europäische
49 Kommission richtige Gesetzgebungsvorschläge machen
50 und Martin Schulz als gemeinsamer Spitzenkandidat der
51 europäischen Sozialdemokraten auch der Präsident der
52 Europäischen Kommission werden können.

53
54 Jetzt ist es an uns, der politischen und wirtschaftlichen
55 Verantwortung für Europa gerecht zu werden. Jetzt heißt

56
57
58

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 8. Juni 2013

1 es, anzupacken und offensiv Mitbürgerinnen und Mitbür-
2 ger für ein anderes, ein soziales Europa zu mobilisieren.

3

4 *Adressat:*

5 Landesparteitag

6 SPD-Bundestagsfraktion

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

1 B | Bildungspolitik

4 Antrag Nr. B01

5 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg

7 Gruppengröße in Kindergartengruppen

9 *„In der öffentlichen Diskussion hat die Kita in kurzer*
10 *Zeit eine erstaunliche Karriere gemacht. Es gibt kaum*
11 *ein großes gesellschaftliches Problem – Integration,*
12 *Gleichberechtigung, Schulmisere –, das sie nicht rich-*
13 *ten soll. Aus dem bisherigen Spielzimmer der Republik*
14 *soll eine Bildungsinstitution werden, aus einer Betreu-*
15 *ungseinrichtung eine Art Schicksalskorrekturanstalt.“*
16 *(„Die Zeit“)*

17
18 Die Gruppengröße ist in den Kindergartengruppen schritt-
19 weise von 25 auf 18 Plätze zu reduzieren bzw. der Perso-
20 nalschlüssel ist auf neun Kinder pro Erzieherin zu ändern.
21 Betriebskostenzuschüsse hinsichtlich der Personalkosten
22 sind an diesen Bedarf anzupassen.

- 23
24 – Bildung und Erziehung sind neben der Betreuungs-
25 leitung die gesetzlich verankerten Kernaufgaben eines
26 Kindergartens. Durch erhöhten Pflegeaufwand und eine
27 hohe Altersstreuung (siehe unten) bei gleichzeitiger
28 hoher Auslastung der Gruppen führt unweigerlich dazu,
29 dass die von den Fachkräften selbst angestrebte Prozess-
30 und Ergebnisqualität immer weniger erzielt werden kann.
- 31
32
33 – Dieses Dilemma wird verschärft durch die besonders
34 intensive Begleitung und Anregung der Kinder im
35 letzten Kindergartenjahr, die sich auf die Einschulung
36 vorbereiten.
- 37
38 – Letztlich gibt es noch die Kinder, die weder unter drei
39 Jahren noch Kinder im letzten Kindergartenjahr sind
40 und gleichermaßen ein Recht auf bestmögliche Be-
41 treuung, Bildung und Erziehung haben.
- 42
43 – Das Ergebnis sind vielfach permanente „Zerreißpro-
44 ben“ der Fachkräfte, die allen Kindern gerecht wer-
45 den wollen. Die Unmöglichkeit führt wiederum häu-
46 fig zu einem „schlechten Gewissen“.
- 47
48 – Die überwiegende Mehrheit der Kinder zieht gegen-
49 wärtig trotz der beschriebenen Sachverhalte immer
50 noch substantiellen Gewinn aus dem Kindergarten-
51 besuch. Aber insbesondere die Kinder aus proble-
52 matischen Verhältnissen, die in der Familie nur un-
53 zureichend auf Kindergarten und Schule vorbereitet
54 werden, drohen dabei „unterzugehen“.
- 55
56 – Nunmehr wird die Situation der Kitas noch weiter
57 verschärft. Das auf der politischen Agenda zu recht
58 hoch angesiedelte Thema der Inklusion, also der ge-

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in folgender Fassung:

Gruppengröße in Kindergartengruppen

Die Gruppengröße ist in den Kindergartengruppen schritt-
weise von 25 auf 18 Plätze zu reduzieren bzw. der Perso-
nalschlüssel ist auf neun Kinder pro Erzieherin zu ändern.
Betriebskostenzuschüsse hinsichtlich der Personalkosten
sind an diesen Bedarf anzupassen.

Begründung:

„In der öffentlichen Diskussion hat die Kita in kurzer
Zeit eine erstaunliche Karriere gemacht. Es gibt kaum
ein großes gesellschaftliches Problem – Integration,
Gleichberechtigung, Schulmisere –, das sie nicht rich-
ten soll. Aus dem bisherigen Spielzimmer der Republik
soll eine Bildungsinstitution werden, aus einer Betreu-
ungseinrichtung eine Art Schicksalskorrekturanstalt.“
(„Die Zeit“)

(...)

1 meinsamen Erziehung und Bildung von Kindern mit
2 und ohne Beeinträchtigung, wird in kürzester Zeit
3 dazu führen, dass zu der stetig wachsenden Zahl der
4 sozial-emotional beeinträchtigten Kinder zuneh-
5 mend mehr Kinder mit anderen Beeinträchtigungen
6 kommen. So notwendig es ist, dass die frühe Selektion
7 der Kinder in Kitas und Schulen der Vergangen-
8 heit angehört, so schwierig bis kaum noch möglich
9 dürfte eine qualitativ hochwertige Umsetzung in der
10 Praxis sein.

11
12 – Die aus dem Inklusionsgedanken erwachsenden
13 Probleme wurden bisher im Nds. Landtag kaum be-
14 achtet. Auf meine Nachfrage bei einem Mitglied des
15 Landtages, der sich öffentlich pro Inklusion positio-
16 niert hatte, ob dann Integrationsgruppen mit einer
17 reduzierten Kinderzahl und einer zusätzlichen Fach-
18 kraft der Vergangenheit angehören würden, wurde
19 mit „Nichtwissen“ beantwortet.

20
21 Die Folgen des demografischen Wandels bieten die ein-
22 zigartige Chance, den vermehrten Aufgaben und Heraus-
23 forderungen durch kleinere Gruppen in den Kitas und da-
24 mit individueller Betreuung gerechter werden zu können.

25
26 In allen Gemeinden des Landkreises Uelzen gehen die Ge-
27 burtenzahlen seit Jahren kontinuierlich zurück – so auch in
28 der Stadt Uelzen. Dies wirkt sich zwischenzeitlich in vielen
29 Politikfeldern sehr problematisch aus. Dies gilt auch für
30 die Kindertagesbetreuung. Die unmittelbaren Folgen für
31 die Kitas der Stadt Uelzen lassen sich wie folgt kurz um-
32 reißen:

33
34 – Die in den einzelnen Kitas eingerichteten Kinder-
35 gruppen werden nicht mehr voll. Beispielsweise
36 waren im Jahr 2012 die zehn städtischen DRK-Kitas
37 durchschnittlich mit 89,78 Prozent ausgelastet.

38
39 – Dies wiederum führt zu berechtigten Befürchtungen
40 unter den Erzieherinnen, dass ein weiterer Rückgang
41 der Anmeldezahlen bereits in kurzer Zeit zur Schlie-
42 ßung einzelner Gruppen führen wird und damit Ar-
43 beitsplätze verloren gehen.

44
45 – Dies würde insbesondere die jungen Fachkräfte tref-
46 fen, die tariflich am wenigsten abgesichert sind oder
47 sogar nur befristete Beschäftigungsverträge haben.

48
49 – Diese Sorge führt nunmehr verstärkt dazu, dass die
50 Kindergartengruppen mit Kindern unter drei Jahren
51 „aufgefüllt“ werden. Auch wenn das bis zu einer ge-
52 wissen Grenze pädagogisch noch vertretbar ist, hat
53 es doch zur Folge, dass die Erzieherinnen erheblich
54 mehr pflegerische Tätigkeiten zu leisten haben; die
55 dadurch gebundene Zeit geht der Erziehungs- und
56 Bildungsarbeit verloren.

57
58 So problematisch sich der demographische Wandel in vie-

1 len Politikfeldern auswirkt und zukünftig auswirken wird,
2 steckt darin doch auch eine Chance für die Kindertages-
3 einrichtungen den signifikant gewachsenen Anforderun-
4 gen durch umfassende Bildungsvorgaben, durch die stetig
5 wachsende Zahl unzureichend vorbereiteter Kinder und
6 durch die Umsetzung tatsächlicher Inklusion Rechnung
7 getragen.

8
9 *Adressat:*
10 Landesparteitag
11 SPD-Landtagsfraktion
12

13
14 **Antrag Nr. Bo2**
15 SPD-Unterbezirk Northeim-Einbeck

Empfehlung der Antragskommission
Material

16
17 **Interessante Bildung: Vorgaben und Lehr-**
18 **pläne überprüfen**

Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion

19
20 Die Vorgaben und Lehrpläne für niedersächsische Schulen
21 sind zu überprüfen. Sie müssen Raum lassen für die Inter-
22 essen der Schülerinnen und Schülern, sowie für regionalen
23 Gegebenheiten.

24
25 **Begründung:**
26 Häufig sind Lehrpläne eng geplant und lassen keinen Platz
27 mehr für die individuellen In-teressen der Schülerinnen
28 und Schüler. So wird der Unterricht oftmals als „trocken“
29 emp-funden. Daher soll überprüft werden, wo Freiräume
30 geschaffen werden können um den Schülerinnen und
31 Schülern ein interessanteres Angebot zu bieten. Hierbei
32 soll auch direkt auf die Wünsche der Schülerinnen und
33 Schüler eingegangen werden.

34
35 Außerdem sind auch die lokalen und regionalen Gege-
36 benheiten zu berücksichtigen. In vielen Fällen sind auch
37 vor Ort interessante Einrichtungen etc. vorhanden, die in
38 den Schulalltag eingebunden und z.B. besichtigt werden
39 könnten.

40
41
42 **Antrag Nr. Bo3**
43 SPD-Unterbezirk Lüneburg

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

44
45 **Transparenz der Drittmittelfinanzierung**
46 **von Forschung an Universitäten**

47
48 Der SPD-Bezirksparteitag fordert, Forschung an Universi-
49 täten finanziell so zu organisieren, dass eine inhaltliche
50 Abhängigkeit von Drittmitteln aus der Wirtschaft nicht
51 gegeben ist.

52
53 Es muss dafür Sorge getragen werden, dass eine der Wahr-
54 heitsfindung verpflichteten Wissenschaft durch den Ein-
55 fluss von einzelnen Wirtschaftsunternehmen an den Uni-
56 versitäten nicht unterlaufen wird.

57
58 Wir fordern daher:

- 1 1. mehr unabhängige Grundmittelfinanzierung
- 2
- 3 2. Transparenz bei der Drittmittelforschung
- 4
- 5 3. Gremien an den Universitäten, die evtl. Interessen-
- 6 konflikte prüfen
- 7

8 Die verantwortlichen Abgeordneten der SPD sind aufge-
9 fordert, sich in ihrem Bereich für diesen Beschluss einzu-
10 setzen.

11 **Begründung:**

12 In den letzten 15 Jahren ist der Anteil drittmittelfinan-
13 zierter Forschung an den Universitäten von ca. 33 Prozent
14 auf ca. 45 Prozent gestiegen. 21 Prozent dieser Drittmittel
15 kommen als Auftragsforschung direkt von Wirtschaftsunter-
16 nehmen. Darüber hinaus werden einige der Institute
17 selbst mit einem großen Anteil aus Mitteln der Wirtschaft
18 finanziert.

19
20
21 Da gerade auch politische Entscheidungen sich auf For-
22 schungsergebnisse universitärer Institute stützen, muss
23 um so mehr kritisch beobachtet werden, ob es sich hier
24 noch um objektivierbare wissenschaftliche Ergebnisse
25 handelt oder lediglich um Gefälligkeitsgutachten der
26 Wirtschaft. Folgende Beispiele mögen das illustrieren.

27 *Beispiel 1:*

28 Zu Beginn der Energiewende wurde eine von RWE
29 und E.ON zu 40 Prozent finanzierte Studie der Uni-
30 versität Köln veröffentlicht, die zu dem Ergebnis kam,
31 dass neue Kohle- und Gaskraftwerke gebaut werden
32 müssten, sonst sei die Stromversorgung in Gefahr.

33 *Beispiel 2:*

34 Die Bundesregierung beschließt im Jahr 2012 (übri-
35 gens mit den Stimmen der SPD) ein Gesetz zur Än-
36 derung des Luftfahrtgesetzes, was u.a. beinhaltet:
37 die Zulassung von Drohnen im zivilen Luftverkehr.
38 Unmittelbar davor kommt eine Studie aus einem von
39 EADS mitfinanziertes Institut zu dem Ergebnis, dass
40 es starke Marktpotenziale im zivilen Bereich gebe
41 und beklagt die fehlende Zulassung für den zivilen
42 Luftverkehr.

43 *Beispiel 3:*

44 Die deutsche Fahrzeugindustrie liegt bei ihren Au-
45 tomobilen deutlich über den von der EU geplanten
46 CO₂-Grenzwerten. Ein Institut der Aachener Hoch-
47 schule (finanziert von der Fahrzeugindustrie) kommt
48 in einer Studie zu dem Ergebnis, Umweltschutz ma-
49 che die Autos um fast 2.000 Euro teurer. Diesem Er-
50 gebnis widerspricht sogar der ADAC.

51 *Adressaten:*

52 Landesparteitag
53 SPD-Landtagsfraktion

54

1 F | Finanzpolitik

2

3

4 **Antrag Nr. Fo1**

5 Bezirksvorstand

6

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

7 **Nachhaltige Finanzpolitik gestalten: Kräfte bündeln, Handlungsfähigkeit sichern**

8

9

10 Die neoliberale Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik einer
11 Vielzahl von Regierungen hat in der abgelaufenen Dekade
12 europaweit für eine Aushöhlung staatlicher Handlungsfä-
13 higkeit gesorgt. Ein fortgesetzter länderübergreifender
14 Steuerdumping-Wettbewerb führte nicht nur zu einer
15 wachsenden steuerlichen Ungerechtigkeit, sondern auch
16 zu Privatisierungstendenzen mit dem Trend des Rückzugs
17 staatlicher Ebenen aus der öffentlichen Finanzierung und
18 Verantwortung für Aufgaben und Leistungen, die im öf-
19 fentlichen Interesse stehen. Durch den Verlust an staatli-
20 cher Handlungsfähigkeit gerät nicht nur der soziale Frie-
21 den in Gefahr, sondern schwindet zugleich das Vertrauen
22 in die Wirksamkeit politischen Handelns und damit letzt-
23 lich auch in die Demokratie.

24

25 Zu der neoliberalen Austeritätspolitik gesellte sich spezi-
26 ell in Deutschland die Begrenzung der politischen Hand-
27 lungsfähigkeit durch die einseitige Einführung einer
28 Schuldenbremse im Grundgesetz, ohne dass zugleich die
29 auskömmliche Finanzierung der Staatsaufgaben durch
30 gerechte Steuern sichergestellt wurde. Die Schulden-
31 bremsung ist heute Verfassungsrealität – wir müssen ihre
32 Gültigkeit zur Kenntnis nehmen und als Vorbedingung für
33 politisches Handeln akzeptieren. Was wir allerdings nicht
34 hinnehmen, ist die weitere Ungerechtigkeit in der Finan-
35 zierung öffentlicher Aufgaben. Deswegen fordern wir eine
36 nachhaltige Finanzpolitik, die Einnahmen und Ausgaben
37 sowie Aufgaben und Subsidiarität eben auf allen Ebenen
38 im politischen Diskurs bündelt.

39

40 Dabei muss vor allem das Zusammenwirken der finanzpo-
41 litischen Herausforderungen auf allen Ebenen betrachten
42 werden.

43

44 – 2019 läuft der geltende Länderfinanzausgleich aus.
45 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Neurege-
46 lung am Grundsatz der gleichwertigen Lebensver-
47 hältnisse im gesamten Bundesgebiet festhält. Die
48 Steuer- und Finanzkraft und die damit einhergehen-
49 de Leistungsfähigkeit einiger Länder muss auch wei-
50 terhin in die kollektive Solidarität aller Länder mün-
51 den. Zugleich lehnen wir einen Steuerwettbewerb
52 zwischen den Ländern, z.B. durch Einführung eines
53 Hebesatzrechtes auf die Einkommensteuer, ab.

54

55 – 2019 endet ebenfalls der laufende Solidarpakt II. Wir
56 unterstützen die Bemühungen für einen „Solidar-
57 pakt III“, der als langfristig angelegtes Bundespro-
58 gramm bestehende infrastrukturelle Nachteile durch

1 zielgerichtete Investitionen ausgleicht. Die Mittel-
2 verteilung soll dabei nicht mehr nach Himmelsrich-
3 tung, sondern nach Bedürftigkeit, Notwendigkeit
4 und Nachhaltigkeitskriterien organisiert werden.

5
6 – Der mehrjährige Finanzrahmen der EU für die Jahre
7 2014-2020 wird zurzeit verhandelt. Wir fordern die
8 Bundesregierung auf, dass die Strukturfondsförde-
9 rung, die Forschungsförderung und die Förderung
10 der ländlichen Räume nicht wie geplant zurückge-
11 fahren werden. Insbesondere fordern wir, dass die
12 innerdeutschen Übergangsregionen bei einer Folge-
13 förderung gleichberechtigt werden – dies betrifft bei
14 uns insbesondere die Region Lüneburg.

15
16 Zur Bearbeitung dieser finanzpolitischen Herausforderun-
17 gen ist ein neuer Anlauf für eine Föderalismusreform III
18 erforderlich, die Aufgaben, Einnahmen und Ausgaben des
19 Gesamtstaates im Kontext verhandelt und alle staatlichen
20 Ebenen beteiligt. Deswegen unterstützen wir die Einrich-
21 tung einer neuen Föderalismuskommission, die sich aus
22 VertreterInnen von Bund, Ländern und Kommunen zu-
23 sammensetzt, um entsprechend zu verhandeln.

24
25 *Adressat:*

26 Landesparteitag

27 Bundesparteitag

28

29

30 **Antrag Foz**

31 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg

32

33 **Rückführung zweckentfremdeter „freiwilliger
34 Pensionsrückstellungen“**

35

36 Die Landtagsfraktion der SPD in Niedersachsen wird auf-
37 gefordert, sich für die Rückführung der durch die CDU-
38 FDP-Landesregierung zweckentfremdeten „freiwilligen
39 Pensionsrückstellungen“ in Höhe von 500 Millionen EURO
40 im Landtag einzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass
41 dieser Betrag bis zum Ablauf der jetzt begonnenen Legis-
42 laturperiode wieder im Haushalt eingestellt und die Rege-
43 lung auch zukünftig fortgesetzt wird.

44

45 **Begründung:**

46 Ende der 1990er Jahre hatten die Berufsvertretungen der
47 niedersächsischen Beamtinnen und Beamten mit der da-
48 maligen Landesregierung im Rahmen der Tarifverhand-
49 lungen vereinbart, dass seitens der Beamtenschaft auf ei-
50 nen geringen Anteil der zukünftigen Gehaltserhöhungen
51 verzichtet würde. Dieses nicht zur Auszahlung gelangte
52 Geld sollte als „freiwillige Pensionsrückstellung“ angelegt
53 und zur Reduzierung der schon damals absehbaren Pensi-
54 onslasten für das Land Niedersachsen verwendet werden.
55 Bis zum Jahr 2012 wurde so ein Betrag von ca. 500 Millio-
56 nen EURO angespart.

57

58

Empfehlung der Antragskommission

Material

Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 8. Juni 2013

1 Seitens der CDU-FDP-Landesregierung unter dem Minis-
2 terpräsidenten David McAllister wurde dieses Geld ohne
3 weitere Begründung im Haushalt 2012 verwendet und ist
4 damit faktisch nicht mehr vorhanden.

5
6 Mit der Zweckentfremdung der durch die Beamtenschaft
7 selbst erbrachten „freiwilligen Pensionsrückstellung“
8 durch die CDU-FDP-Landesregierung unter dem Minis-
9 terpräsident David McAllister wurde das Vertrauen der
10 Beamtenschaft in den Dienstherrn, also das Land Nie-
11 dersachsen, nicht nur völlig zerstört, sondern gleichzeitig
12 wurde das Problem der Pensionslasten dadurch weiter
13 verschärft. Es geht also nicht nur darum, mit der Rückfüh-
14 rung dieses verloren gegangene Vertrauen wieder her-
15 zustellen. Vielmehr geht es auch darum, die drohenden
16 Pensionslasten hierdurch etwas abzumildern. Sollte dieser
17 Weg nicht beschritten werden, ist davon auszugehen, dass
18 zukünftig von der Beamtenschaft kein Verständnis mehr
19 für etwaige Zwangsmaßnahmen erwartet werden darf.
20 Diese Situation würde zu einer nicht zu unterschätzenden
21 Belastung zwischen dem Land als Dienstherrn und den
22 Berufsvertretungen führen, die es um jeden Preis zu ver-
23 hindern gilt.

24
25 *Adressat:*
26 SPD-Landtagsfraktion

27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58

1 G | Gesellschaft, Gesundheit, Soziales

2

3

4 **Antrag Nr. Go1**

5 AK Tierschutz Bezirk Hannover

6

7 **Nutzung von Produkten aus artgerechter** 8 **Haltung**

9

10 Bei allen Veranstaltungen der SPD sollten im Hinblick auf
11 die Problematik der Massentierhaltung möglichst Pro-
12 dukte aus artgerechter Tierhaltung verwendet werden.
13 Eine entsprechende Empfehlung ergeht an alle Gliederun-
14 gen des SPD-Bezirks Hannover.

15

16 **Begründung**

17 Die Beschlusslage des SPD-Bezirks Hannover und die von
18 der Landesregierung in Angriff genommenen Änderun-
19 gen zur Massentierhaltung sollten von der SPD im Bezirk
20 Hannover beispielhaft durch geändertes Konsumenten-
21 verhalten unterstützt werden.

22

23 *Adressaten*

24 Bezirksvorstand

25 Gliederungen im SPD-Bezirk Hannover

26 SPD-Landtagsfraktion

27

28

29 **Antrag Nr. Go2**

30 Schwusos

31

32 **Änderungsantrag zum Regierungspro-** 33 **gramm**

34

35 *Antragsbereich III.A Antrag 15 (Seite 155)*

36 *Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD - Ände-*
37 *rungsantrag zum Kap. III.4*

38 *Absatz einfügen im Kapitel III. 4 (Jugendpolitik) nach dem*
39 *1. Absatz: Förderung eines Netzwerkes gegen Homo- und*
40 *Transphobie und für Vielfalt an Schulen*

41

42 Aufklärungsarbeit gegen Homo- und Transphobie wird
43 als Bildungsaufgabe an Schulen kaum wahrgenommen,
44 deshalb wollen wir ehrenamtlich arbeitende Schulaufklä-
45 rungsprojekte, welche dieses Defizit an unseren Schulen
46 durch Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen
47 ausgleichen, fördern.

48

49 Wir werden ein bundesweites Netzwerk dieser lokalen
50 Aufklärungsprojekte finanziell und ideell unterstützen,
51 um so einen nachhaltigen Austausch, gemeinsame Fort-
52 bildungen und daraus resultierende Qualitätsstandards
53 zu ermöglichen, den Aufbau neuer Projekte zu fördern und
54 so die Reichweite dieser Arbeit zu erhöhen.

55

56 **Begründung**

57 Der Aufklärungsbedarf im Thema LSBTI (Lesben, Schwule,
58

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in folgender Fassung:

Bei allen Veranstaltungen der SPD sollten im Hinblick auf
die Problematik der Massentierhaltung möglichst Produk-
te aus artgerechter Tierhaltung **und regionale Produkte**
verwendet werden. Eine entsprechende Empfehlung er-
geht an alle Gliederungen des SPD-Bezirks Hannover.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in folgender Fassung:

Aufklärungsarbeit gegen Homo- und Transphobie

Aufklärungsarbeit gegen Homo- und Transphobie wird
als Bildungsaufgabe an Schulen kaum wahrgenommen,
deshalb wollen wir ehrenamtlich arbeitende Schulaufklä-
rungsprojekte, welche dieses Defizit an unseren Schulen
durch Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen
ausgleichen, fördern.

Wir werden ein bundesweites Netzwerk dieser lokalen
Aufklärungsprojekte finanziell und ideell unterstützen,
um so einen nachhaltigen Austausch, gemeinsame Fort-
bildungen und daraus resultierende Qualitätsstandards
zu ermöglichen, den Aufbau neuer Projekte zu fördern und
so die Reichweite dieser Arbeit zu erhöhen.

1 Bisexuelle, Trans*, Intersexuelle) an unseren Schulen muss
2 ernstgenommen werden. Wir müssen vorhandene Struk-
3 turen, welche diesen Bedarf bereits erkannt haben, unter-
4 stützen. Es wird die Aufgabe der Politik sein dieses Thema
5 weiter voranzubringen, um junge Menschen darin zu un-
6 terstützen, die weiteren Schritte in ihrem Leben gehen zu
7 können. Dieses Thema wurde von uns Schwusos bei der
8 letzten Bundeskonferenz der Lesben und Schwulen in der
9 SPD als Kernthema unserer Arbeit formuliert.

10

11 Aus diesem Grund wurde vom Bundesvorstand der
12 Schwusos ein entsprechender Änderungsantrag zum Re-
13 gierungsprogramm eingereicht. Dieser wurde von der
14 Antragskommission nicht in einem entsprechenden Vor-
15 schlag aufgenommen und gesondert an den nächsten
16 BPT überwiesen.

17

18 **Zum Hintergrund:**

19 Bundesweit sind ehrenamtliche Aufklärungsprojekte tä-
20 tig, welche nur zum Teil durch öffentliche Mittel unter-
21 stützt werden. Besonders in schwarz regierten Kommu-
22 nen und Ländern finden diese Projekte keine ausreichende
23 Unterstützung in ihrer Arbeit. Um auch diese Projekte zu
24 unterstützen und zum Ausbau bundesweiter Qualitäts-
25 standards, Weiterbildungen und Vernetzungstreffen, hat
26 sich eine Initiative gebildet, in der bundesweit bereits über
27 40 lokale Aufklärungsprojekte organisiert sind.

28

29 Der Antrag, durch den wir diese Initiative fördern möch-
30 ten, benötigt besondere Unterstützung in der themati-
31 schen Auseinandersetzung!

32

33 Die Förderung dieser Projekte ist wichtig, um Diskriminie-
34 rungen an unseren Schulen abzubauen und die selbstbe-
35 stimmte Entwicklung junger Menschen zu fördern.

36

37 *Adressat:*

38 Bundesparteitag

39

40

41 **Antrag Nr. Go3**

42 Jusos Bezirk Hannover

43

44 **Beseitigung des generellen Blutspende- 45 verbots von homo- und bisexuellen Män- 46 nern**

47

48 Wir fordern die Beseitigung des grundsätzlichen Aus-
49 schlusses von homo- oder bisexuellen Männern bei der
50 Blutspende. Die im Fragebogen für Blutspenden vorhan-
51 dene Frage zur Sexualität und der daraufhin folgende Aus-
52 schluss sind nicht mehr zeitgemäß und stellen eine Diskri-
53 minierung von Homosexuellen Männern dar.

54

55 Wir erachten zudem eine allgemeine Fragestellung auf die
56 sexuelle Aktivität der Blut spendenden Person ohne eine
57 Geschlechterspezifikation als sinnvoll. Die Bundesärzte-
58 kammer ist aufzufordern, ihre Richtlinien bezüglich der

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

1 Blutspende dahingehend zu verändern.

2

3 **Begründung:**

4 Jede Blutkonserve muss heutzutage auf diverse Erkrankun-
5 gen getestet werden. Der Nachweis von einer HIV-
6 Infektion ist nicht sofort möglich. In manchen Fällen ist
7 es erst nach vier Wochen möglich HIV-Antikörper und
8 somit eine Infektion festzustellen. Seit dem 1. Mai 2004
9 ist zusätzlich die Testung jeder Blutspende auf das Vor-
10 handensein von HIV-RNA gesetzlich vorgeschrieben, so
11 dass frische Infektionen erkannt werden können. Das „di-
12 agnostische Lückenfenster“ einer HIV-Infektion ist somit
13 weiter minimiert worden. Der Zeitraum der „Unklarheit“
14 ist durch die aktuellen Tests von vier Wochen auf durch-
15 schnittlich 14 Tage reduziert worden. Das Risiko über eine
16 Blutkonserve an HIV zu erkranken liegt demnach bei ca.
17 1:20 Millionen und ist damit geringer als von einem Blitz
18 erschlagen zu werden. Wir erachten das Risiko zu gering,
19 als das auf die möglichen Blutkonserven zu verzichten.

20

21 Ebenso ist die Diskriminierung von homo oder bisexuellen
22 Männern nicht mit unserem Menschenbild vereinbar. Des
23 Weiteren regen wir eine Aktualisierung des Fragebogens
24 an. Die Befragung nach häufig wechselnden Sexualpart-
25 nern stellt für uns eine bessere Lösung dar als der vollstän-
26 dige Ausschluss von bestimmten Personengruppen.

27

28 Adressat:

29 Bundesparteitag

30 SPD-Bundestagsfraktion

31

32

33 **Antrag Nr. Go4**

34 SPD-Unterbezirk Lüneburg

35

36 **Beseitigung des generellen Blutspende-**
37 **verbots von homo- und bisexuellen Män-**
38 **nern**

39

40 Wir fordern die Beseitigung des grundsätzlichen Aus-
41 schlusses von homo- oder bisexuellen Männern bei der
42 Blutspende. Die im Fragebogen für Blutspenden vorhan-
43 dene Frage zur Sexualität und der daraufhin folgende Aus-
44 schluss sind nicht mehr zeitgemäß und stellen eine Diskri-
45 minierung von homosexuellen Männern dar.

46

47 Wir erachten zudem eine allgemeine Fragestellung auf die
48 sexuelle Aktivität der blutspendenden Person ohne eine
49 Geschlechterspezifikation als sinnvoll.

50

51 **Begründung:**

52 Jede Blutkonserve muss heutzutage auf diverse Erkrankun-
53 gen getestet werden. Der Nachweis von einer HIV-
54 Infektion ist nicht sofort möglich. In manchen Fällen ist
55 es erst nach vier Wochen möglich HIV-Antikörper und
56 somit eine Infektion festzustellen. Seit dem 1. Mai 2004
57 ist zusätzlich die Testung jeder Blutspende auf das Vor-
58 handensein von HIV-RNA gesetzlich vorgeschrieben, so

Empfehlung der Antragskommission

erledigt durch Annahme von Go3

1 dass frische Infektionen erkannt werden können. Das „di-
2 agnostische Lückenfenster“ einer HIV-Infektion ist somit
3 weiter minimiert worden. Der Zeitraum der „Unklarheit“
4 ist durch die aktuellen Tests von vier Wochen auf durch-
5 schnittlich 14 Tage reduziert worden. Das Risiko über eine
6 Blutkonserve an HIV zu erkranken liegt demnach bei ca.
7 1:20 Millionen und ist damit geringer als von einem Blitz
8 erschlagen zu werden. Wir erachten das Risiko zu gering,
9 als dass auf die möglichen Blutkonserven zu verzichten.
10 Ebenso ist die Diskriminierung von Homosexuellen Män-
11 nern nicht mit unserem Menschenbild vereinbar. Des Wei-
12 teren regen wir eine Aktualisierung des Fragebogens an.
13 Die Befragung nach häufig wechselnden Sexualpartnern
14 stellt für uns eine bessere Lösung als der vollständige Aus-
15 schluss von bestimmten Personengruppen.

16
17

18 **Antrag Nr. Gos**

19 SPD-Unterbezirk Lüneburg

20

21 **Kostenabrechnung über Fallpauschalen in** 22 **der Palliativmedizin**

23

24 Der SPD-Bezirk Hannover fordert einen Stopp der Fallpau-
25 schalenabrechnung in der Palliativmedizin. Dass in vielen
26 Lebensbereichen wirtschaftliche Gesichtspunkte über den
27 Wert menschlichen Lebens entscheiden, daran haben wir
28 uns offenbar schon gewöhnt. Dass dieser Maßstab jedoch
29 auch für die Lebensphase eines Sterbenden gelten soll,
30 treibt den Zynismus in unserer Gesellschaft auf die Spitze.
31 „Kostenverträgliches Frühableben“ von Sterbenden ist für
32 unser Verständnis von Menschenwürde unerträglich.

33

34 **Begründung:**

35 Fallpauschalen sollen die Kosten im Gesundheitswesen
36 dämpfen und die Aufenthaltszeit im Krankenhaus verkür-
37 zen. Aber: Eine Verkürzung der Aufenthaltszeit Sterbender
38 anzustreben, ist schlichtweg zynisch. Fallpauschalen in der
39 Palliativmedizin sind kein ökonomisches, sondern ein ethi-
40 sches Problem.

41 Zurzeit gibt es Krankenhäuser (je nach Vertrag mit den
42 Krankenkassen), die über Fallpauschalen abrechnen und
43 andere, die nach Tagessätzen abrechnen. Ab 2014 aber sol-
44 len grundsätzlich alle Krankenhäuser – nach Ankündigung
45 der Krankenkassen und des Bundesgesundheitsministe-
46 riums – nur noch nach Fallpauschalen abrechnen dürfen.
47 Dort, wo bereits jetzt nach Fallpauschalen abgerechnet
48 wird, ist im übrigen das Entgelt von 2012 auf 2013 bis zu 20
49 Prozent reduziert worden.

50

51 D.h. Krankenhäuser erhalten keine Kostenerstattung,
52 wenn die „mittlere Verweildauer“ überschritten wurde.
53 Die Folge: Krankenhäuser, die Totkranke versorgen, ma-
54 chen große Verluste. Mittlerweile denken Krankenhäuser
55 darüber nach Palliativstationen zu schließen.

56

57

58

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in geänderter Fassung

Keine Kürzungen bei der Kostenabrechnung in der Pallia- tivmedizin

Der SPD-Bezirk Hannover fordert eine Rücknahme der
Entgeltreduzierung bei der stationären Palliativmedizin.
Damit wird die Arbeit besonders in Einrichtungen der spe-
zialisierten stationären Palliativversorgung gefährdet. Es
muss ausgeschlossen werden, dass Palliativstationen und
mobile Teams (Konsiliardienste) in Krankenhäusern aus
ökonomischen Gründen von der Schließung bzw. der Auf-
lösung bedroht sind.

1 Andere Krankenhäuser versuchen Medienberichten zu-
2 folge kostendeckend zu arbeiten, indem sie Sterbenden
3 unsinnige Therapien zumuten, z.B. Chemotherapie oder
4 sogar Psychotherapie.

5
6 Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin:
7 „Besonders Einrichtungen der spezialisierten stati-
8 onären Palliativversorgung werden durch das bis zu
9 20 Prozent reduzierte Entgelt nicht mehr kostende-
10 ckend arbeiten können. Palliativstationen und mo-
11 bile Teams (Konsiliardienste) in Krankenhäusern [...] werden aus ökonomischen Gründen von der Schlie-
12 ßung bedroht sein.“

13
14
15 Bundesgesundheitsminister Bahr verteidigt das Fall-
16 pauschalensystem:
17 „Angesichts insgesamt begrenzter Mittel wäre ein Fi-
18 nanzierungssystem problematisch, das keine Anreize
19 für eine wirtschaftliche Mittelverwendung setzt.“

20
21 *Adressat:*
22 SPD-Landtagsfraktion
23 SPD-Bundestagsfraktion

24
25

26 **Antrag Nr. Go6**
27 SPD-Unterbezirk Göttingen

28

29 **Die SPD geht seit über 100 Jahren von der** 30 **Gleichstellung von Männern und Frauen** 31 **aus**

32

33 1. Die Beschäftigungsfähigkeit von Männern und Frau-
34 en ist durch eine gute und umfassende Ausbildung
35 zu sichern, dazu gehören auch lebenslange Weiter-
36 bildungsmöglichkeiten (gegenwärtig großes Defizit
37 bei Frauen!).

38

39 2. Die nach wie vor wirksamen Anreize gegen die
40 gleichzeitige Berufstätigkeit und Pflegearbeit von
41 Vätern und Müttern, Männern und Frauen müssen
42 beseitigt werden. Dazu gehört u.a. die Abschaffung
43 des Ehegattensplittings im Steuerrecht. Außerdem
44 ist ein gerechtes Kindergeld für alle Kinder zu zahlen.

45

46 3. Für Frauen und Männer mit zu versorgenden Famili-
47 enangehörigen muss die Möglichkeit zu vorüberge-
48 hender reversibler Arbeitszeitverkürzung geschaffen
49 werden. Die Teilzeit muss so bemessen sein, dass sie
50 für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin einen exist-
51 enzsichernden Lohn erbringt (25 bis 30 Stunden).
52 Sie kann von beiden Betreuenden gleichzeitig in An-
53 spruch genommen werden.

54

55 4. Die sogenannten Minijobs müssen durch Gesetz
56 Schritt für Schritt, z.B. durch zahlenmäßige Begren-
57 zung der Minijobs pro Arbeitgeber, abgeschafft wer-
58 den (Zielzahl ist vier bis fünf Jahre).

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Beschluss beim SPD-Bundesparteitag 2013

Das WIR entscheidet. Regierungsprogramm 2013 – 2017,
Seite 42 ff.

- 1
2 Ein Mindestlohn von 8,50 Euro ist unerlässlich.
3
4 5. Eine angemessene Infrastruktur für Kinderbetreu-
5 ung und Ganztagschulen ist in allen Ländern zu
6 schaffen. Horte sind eine Ergänzungsmaßnahme,
7 aber kein Ersatz für Ganztagschulen.
8
9 6. Die Einsicht in die Notwendigkeit solcher Maßnah-
10 men und der Veränderung der veralteten Rollenfest-
11 schreibungen für eine gedeihliche Entwicklung der
12 Wirtschaft und Gesellschaft ist mit Aufklärung zu
13 begleiten.
14

15 **Begründung:**

- 16 Die Bundesrepublik Deutschland ist weit von gleichen
17 Chancen für Männer und Frauen entfernt, weiter als die
18 meisten Länder der EU.
19
20 Die Löhne und Gehälter der Frauen liegen bei vergleich-
21 baren Tätigkeiten um 22 bis 23 Prozent niedriger als die
22 der Männer. Die vielfältigen Benachteiligungen in der Er-
23 werbsbiografie der Frauen führen zu Rentenansprüchen,
24 die im Durchschnitt fast 60 Prozent (59 Prozent) unter
25 denen der Männer liegen. Trotz der immer noch starken
26 Akzeptanz hergebrachter Rollen ist die demografische
27 Entwicklung besorgniserregend.
28
29 Das alles ergibt sich aus dem Gleichstellungsbericht der
30 Bundesregierung von 2011. Um den im Bericht aufgezeig-
31 ten Gefahren zu begegnen, sind eine Reihe von Schritten
32 und Maßnahmen unerlässlich.
33
34
35

36 **Antrag Nr. G07**

37 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg

38 **Reform der gesetzlichen Rentenversiche-** 39 **rung für eine auskömmliche Altersvorsor-** 40 **ge**

- 41
42 Die in 2012 neu gegründete Arbeitsgemeinschaft für Ar-
43 beitnehmerfragen, SPD-Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dan-
44 nenberg, beantragt zur Sicherung der Rente für zukünftige
45 Generationen eine Reform der gesetzlichen Rentenversi-
46 cherung unter Beachtung folgender Forderungen:
47
48
49 – Die Fehlentwicklungen, die mit der Einführung der
50 geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (Mini/
51 Midi-Jobs) und sozialversicherungsfreier Erwerbstä-
52 tigkeit (Scheinwerkverträge) entstanden sind, sind
53 zu beenden.
54
55 – Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen, weil
56 hiermit der gesetzlichen Rentenversicherung erheb-
57 liche Einnahmen vorenthalten werden.
58

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Beschluss des Rentenkonzepts des Partei-
konvents vom 24. November 2012 und SPD-Bundespartei-
tag 2013

www.spd.de/81994/20121124_zweiter_parteikonvent.html

Das WIR entscheidet. Regierungsprogramm 2013 – 2017,
Seite 72 ff.

- 1 – Jegliche Fremdleistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung ohne Gegenfinanzierung aus Steuermitteln sind abzulehnen.
- 2
- 3
- 4
- 5 – Es ist eine Erwerbstätigenversicherung für alle Bürger anzustreben.
- 6
- 7
- 8 – Freiwillige Zahlungen in individuelle Konten für eine Zusatzrente sollen an einen öffentlichen, unabhängig kontrollierten Pensionsfond erfolgen. Damit wird die sogen. Riesterrente in das gesetzliche Rentensystem integriert.
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14 – Alternativ sollte die Einführung eines Systems mit Mindest- und Höchstrenten erwogen werden, wie sie in der Schweiz und in Schweden existieren. Diskutiert werden bei einem solchen Modell in Fachkreisen eine Mindestrente von 1.200 und eine Höchstrente von 2.500 Euro.
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19

20

21 **Begründung:**

22 Alle seit 1957 erfolgten Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung haben keine Existenz sichernde Rente für den großen Anteil von wenig verdienenden Menschen gebracht. Die demografische Entwicklung ist seit Jahrzehnten bekannt, aber das Gegensteuern ist vernachlässigt worden.

27

28 Die Übernahme der Rentenzahlungen für Kriegsfolgela-

29 ten, Spätaussiedler sowie die Verpflichtungen aus dem Einigungsvertrag sind zu Lasten der Versicherten gegangen und nicht, wie es erforderlich gewesen wäre, aus Steuermitteln erfolgt.

33

34 Die Last wird von den in der gesetzlichen Rente Versicherten getragen.

36

37 Die Selbstständigen, Unternehmer, Manager und Vermögenden, Abgeordneten und Beamten tragen keinen Anteil an der Finanzierung der Renten.

40

41 Die Ungleichbehandlung mit anderen Arten der Altersvorsorge muss unterbunden werden. Auf Grundlage des Bruttoeinkommens sollen alle Erwerbstätigen in die Rentenkasse einzahlen und nach einem sozialgerechten Verteilungssystem eine Existenz sichernde Rente erhalten.

46 Rentenunter- und obergrenzen sind festzulegen.

47

48 In vielen Bereichen sind durch das Verändern des Rentenrechts in der gesetzlichen Rentenversicherung wesentliche Fehlentwicklungen entstanden, die es gilt wieder in sozialverträgliche Bahnen zu lenken.

52

53 Hierzu zählt beispielhaft die bis 2040 vorgesehene Abschmelzung der steuerlichen Freibeträge. Nur durch Anpassung an die Einkommensentwicklung und unter Beachtung der Inflationsrate ist eine Schlechterstellung künftiger Rentnergenerationen zu vermeiden Um künf-

58

1 tiger Altersarmut wirksam zu begegnen, bedarf es einer
2 Reihe von Veränderungen.

3

4

5

6 **Antrag Nr. Go8**
7 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg

8

9 **Überprüfung von Hygieneregeln**

10

11 Die bestehenden Hygieneregeln für alle organischen Dün-
12 ger im Düngerecht müssen hinsichtlich ihrer tatsächli-
13 chen Schutzwirkung überprüft und angepasst werden.
14 Dabei müssen aktuelle wissenschaftliche Kenntnisse über
15 die Belastungssituation aller Dünger erarbeitet werden,
16 um gesetzliche Regelungen zu Hygieneaspekten im Dün-
17 gerecht ändern bzw. anpassen zu können.

18

19 Im Frühjahr 2011 forderte die „EHEC – Situation“ 60 Todes-
20 opfer. Weiterhin treten vermehrt MRSA – Erreger und ESBL
21 – Erreger (antibiotikaresistente Bakterien) auf und fordern
22 in Krankenhäusern immer mehr Todesopfer.

23

24 Vor diesen Hintergrund müssen wir eine Verwertung der
25 unterschiedlichsten organischen Substrate aus seuchen-
26 und umwelthygienischer Sicht hinterfragen.

27

28 Im Sinne des vorbeugenden Infektionsschutzes sollten
29 organische Dünger daher nicht ohne vorherige Hygieni-
30 sierende Behandlung in der Landwirtschaft oder im Land-
31 schaftsbau verwertet werden.

32

33

34

35 **Antrag Nr. Gog**
36 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg

37

38 **Rückführung der Landeskrankenhäuser in 39 die öffentliche Hand**

40

41 Landeskrankenhäuser müssen wieder in die öffentliche
42 Hand zurückgeführt werden.

43

44 Die Patientinnen und Patienten, die in psychiatrischen
45 Krankenhäusern versorgt werden, können sich nicht un-
46 eingeschränkt als „Kunden“ verhalten und ihre Interessen
47 durchsetzen.

48

49 Psychiatrische Versorgung steht daher wegen der zum Teil
50 erheblichen psychosozialen Beeinträchtigungen der Be-
51 troffenen und wegen ihrer gesellschaftlichen Ordnungs-
52 funktion unter einer besonderen ethischen und öffentli-
53 chen Verantwortung.

54

55 Darüber hinaus erfüllen psychiatrische Krankenhäuser, an-
56 ders als in anderen medizinischen Fächern, auch in größe-
57 rem Umfang hoheitliche Aufgaben. Dies gilt insbesondere
58 für den Maßregelvollzug (MRV), aber auch für den Vollzug

Empfehlung der Antragskommission

Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der Antragskommission und
Prüfauftrag an die SPD-Landtagsfraktion

Das Land Niedersachsen bleibt als Gewährsträger in der
Pflicht, die Versorgungsqualität im Bereich der (stationä-
ren) Psychiatrie sicher zu stellen. Der Versorgungsauftrag
und die Versorgungsqualität müssen nachhaltig auf ho-
hem Niveau erhalten bleiben und Ressourcen nicht durch
Gewinnentnahme oder Weiterveräußerung den Kranken-
häusern entzogen werden.

Begründung

Die Patientinnen und Patienten, die in psychiatrischen
Krankenhäusern versorgt werden, können sich nicht un-
eingeschränkt als „Kunden“ verhalten und ihre Interessen
durchsetzen.

(...)

1 von Unterbringungen nach dem Niedersächsischen Ge-
2 setz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch
3 Kranke (NPsychKG).

4
5 Das Land Niedersachsen bleibt damit als Gewährsträger
6 in der Pflicht, die Versorgungsqualität im Bereich der (sta-
7 tionären) Psychiatrie sicher zu stellen. Der Versorgungs-
8 auftrag und die Versorgungsqualität müssen nachhaltig
9 auf hohem Niveau erhalten bleiben und Ressourcen nicht
10 durch Gewinnentnahme oder Weiterveräußerung den
11 Krankenhäusern entzogen werden. ...

12
13 Die Schlagzeilen wie „Demenzranke unwürdig unterge-
14 bracht“ oder „Zu wenig Personal beim Maßregelvollzug“
15 zeigen uns das Landeskrankenhäuser mit ihren Patienten
16 nicht für die freie Marktwirtschaft geeignet sind. Vor die-
17 sen Hintergrund fordern wir die Landeskrankenhäuser
18 wieder in die öffentliche Hand zurückzuführen, um den
19 Patienten die Geborgenheit zu geben die sie benötigen,
20 ohne finanzielle Gewinnorientierung der Träger.

21
22 *Adressat:*
23 Landesparteitag
24 SPD-Landtagsfraktion

25
26
27 **Antrag Nr. G10**
28 SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Empfehlung der Antragskommission
Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion

30 **Das Ehrenamt tatsächlich würdigen - für** 31 **eine bessere Stellung in der Gesellschaft**

32
33 Die SPD auf Landes- und Bundesebene wird aufgefordert,
34 sich grundlegend Gedanken für eine bessere Stellung des
35 Ehrenamts in der Gesellschaft zu machen und konkrete
36 Schritte zur Verbesserung der jetzigen Situation zu unter-
37 nehmen.

38
39 **Begründung:**

40
41 In §54 Abs. 2 NKomVG heißt es:

42
43 (2) 1 Niemand darf gehindert werden, das Amt eines
44 Mitglieds der Vertretung zu übernehmen und auszu-
45 üben. 2 Es ist unzulässig, Abgeordnete wegen ihrer
46 Mitgliedschaft aus einem Dienst- oder Arbeitsver-
47 hältnis zu entlassen oder ihnen zu kündigen. 3 Den
48 Abgeordneten ist die für ihre Tätigkeit notwendige
49 freie Zeit zu gewähren. (...)

50
51 Ähnliche Aussagen finden sich in anderen Landesgeset-
52 zen zur Freistellung für politische MandatsträgerInnen.
53 Tatsächlich ist es mittlerweile so, dass viele Arbeitneh-
54 merinnen und Arbeitnehmer aufgrund ihrer abhängigen
55 Beschäftigung nicht mehr den Weg in politische Vertre-
56 tungsorgane finden. Den meisten ist das Risiko zu groß,
57 beim Arbeitgeber durch diesen Schritt negativ aufzufallen.

58

1 Wenn man sich die momentane Zusammensetzung der
2 Gremien ansieht, fällt eine starke Präsenz von Selbständi-
3 gen, Beamten und Rentnern auf. Wir sind froh, dass sich
4 dieser Personenkreis ehrenamtlich engagiert. Aber er bil-
5 det nicht den Querschnitt der Bevölkerung und kann da-
6 her gesellschaftliche Entwicklungen oftmals nur abstrakt
7 behandeln.

8

9 Auch in vielen anderen Bereichen zeigt sich dieser Rück-
10 gang der ehrenamtlich Tätigen, die noch im Berufsleben
11 stehen. Früher wurde z.B. das Engagement in Feuerwehr,
12 in der Jugendarbeit oder in Sportvereinen tatsächlich ge-
13 würdigt und brachte Vorteile bei der Suche nach einem Ar-
14 beitsplatz. Heutzutage denken Arbeitgeber eher an die zu
15 erwartenden Personalausfälle und entscheiden sich eher
16 zu Ungunsten dieses Personenkreises. Wir wollen, dass
17 sich dieses Bild wieder ändert.

18

19 Wir möchten, dass das Ehrenamt insgesamt einen ande-
20 ren Stellenwert in der Gesellschaft einnimmt und es nicht
21 nur bei sogenannten Lippenbekenntnissen der Wirtschaft
22 und Politik bleibt. Wir erwarten, dass sich Fraktion und Par-
23 teigremien bei Terminplanungen näher an den Bedürfnis-
24 sen von abhängig Beschäftigten orientieren.

25

26 Wir fordern daher die SPD auf Landes- und Bundesebene
27 auf, sich dieser Situation anzunehmen und mit der Wirt-
28 schaft/Arbeitgeberverbänden in eine öffentliche, überpar-
29 teiliche Diskussion zum Stellenwert des Ehrenamtes zu
30 treten.

31

32 *Adressat:*

33 SPD-Landtagsfraktion

34

35

36 **Antrag Nr. G11**

37 SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont

38

39 **MRSA-Vorsorgeprogramm**

40

41 (MRSA = multiresistente Keime - Methicillin-resistenter
42 Staphylococcus aureus)

43

44 Der Bund oder das Land Niedersachsen wird aufgefordert,
45 ein normiertes Screening-Verfahren für MRSA Erkennung
46 mit der entsprechenden Kostenübernahme durch die
47 Krankenkassen zu beschließen. Neben dem Screening ist
48 als weitere Vorsorge zur Keimfreiheit ein Desinfizierungs-
49 programm für die Hände einzuführen, damit diese als
50 Übertragungsquelle ausgeschlossen werden. Auch hier
51 sind die entstehenden Kosten von den Krankenkassen zu
52 tragen.

53

54 **Begründung:**

55 Nach Expertenschätzungen sind viele Menschen mit den
56 MRSA-Keimen (Multiresistenten Keimen) infiziert oder in-
57 fizieren sich. Kommt es zu Infektionen, so enden diese teils
58 tödlich oder führen zu gesundheitlichen Schädigungen.

Empfehlung der Antragskommission

Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion
und die SPD-Bundestagsfraktion

1 Die Folgeschäden und Kosten sind immens und finden
2 zurzeit erst nach jahrelanger Prozessführung Anerken-
3 nung.

4
5 Momentan werden die Screenings von den Kassen nicht
6 getragen, d.h. sie gehen zu Lasten der Krankenhausbud-
7 gets und werden nicht bei allen Patienten vorgenommen.
8 Da es gute praktikable Beispiele zum Schutz von unseren
9 Patienten und Kliniken gibt - zu nennen sind hier Greifs-
10 wald, Münster, Holland oder Norwegen wünschen wir
11 auch für all unsere Mitbürger diese Vorsorge, die eine
12 Verringerung des Infektionsrisikos neben erhöhter Le-
13 bensqualität und Reduzierung der Folgekosten bewirken
14 wird. Es gibt ausreichend Studien darüber, die zeigen, dass
15 Screeningprogramme auf MRSA im Krankenhaus kosten-
16 effektiv sind. Die Kostenübernahme durch die Krankenkas-
17 sen ist damit begründet.

18
19 *Adressaten:*
20 SPD-Landtagsfraktion
21 SPD-Bundestagsfraktion

22

23

24 **Antrag Nr. G12**
25 Jusos Bezirk Hannover

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

26

27 **„Pille danach“ freigeben – Unnötige Hür-**
28 **den abbauen**

29

30 Wir fordern die Freigabe der „Pille danach“ zum freien Ver-
31 kauf in Apotheken. Die bestehende Rezeptpflicht ist abzu-
32 schaffen.

33

34 **Begründung:**

35 Derzeit ist die „Pille danach“ in Deutschland rezeptpflich-
36 tig. Klar ist: Nach ungeschütztem Sex ist der Besuch bei
37 einer Ärztin oder einem Arzt das sicherste Mittel um eine
38 Schwangerschaft auszuschließen. Auch durch ihre be-
39 grenzte Wirkung ist die „Pille danach“ kein Garant oder
40 gar ein auf Dauer einsetzbares Verhütungsmittel. Trotz-
41 dem gibt es Frauen, die sich durch den Gang zur Ärztin
42 oder zum Arzt abschrecken lassen und so deutlich stärker
43 belastet werden, als es nötig ist. Frauen müssen aber so-
44 weit wie möglich selbst entscheiden können, wie sie mit
45 (drohenden) Schwangerschaften umgehen wollen. Der
46 Zwang zur Beratung bei der Einnahme der „Pille danach“
47 ist dabei unverhältnismäßig.

48

49 Die „Pille danach“ hat das Ziel, eine Schwangerschaft zu
50 verhindern. Dafür enthält sie Hormone, die den Eisprung
51 unterdrücken oder verzögern. Am verbreitetsten ist das
52 Hormon Levonorgestrel. Die Spermien sterben ab, bevor
53 eine Eizelle in den Eileiter gelangen und befruchtet wer-
54 den kann. War die Frau schon schwanger oder kommt das
55 Mittel zu spät, verliert die „Pille danach“ ihre Wirkung:
56 Wenn der Eisprung bereits erfolgt ist, die Eizelle sich aus
57 dem Eierstock gelöst hat und sich im Eileiter oder in der
58 Gebärmutter befindet, so verhindert die ‚Pille danach‘ we-

1 der die Befruchtung der Eizelle noch die Einnistung in der
2 Gebärmutter.

3
4 *Adressat:*

5 SPD-Bundestagsfraktion

6

7

8 **Antrag Nr. G13**

9 SPD-Unterbezirk Northeim-Einbeck

10

11 **Bedürfnissen von Opfern schwerer Gewalt** 12 **Rechnung tragen – Für eine Einschrän-** 13 **kung von gerichtlichen Absprachen**

14

15 § 257 c StPO wird um einen Absatz 6 ergänzt:

16 (6) Bei schweren Gewalt- und Sexualverbrechen ist eine
17 Verständigung nur möglich, wenn neben Staatsanwalt-
18 schaft und Angeklagter auch die geschädigte Person dem
19 zustimmt.

20

21 **Begründung:**

22 Nach jahrzehntelanger rechtlicher Diskussion führte die
23 damalige Große Koalition das Rechtsinstitut der Verständigung
24 in das deutsche Strafverfahren ein. Die Kritik, die
25 auch nach der Normierung noch nicht verstummt ist',
26 richtet sich in vielen Fällen darauf, dass die aktuelle ge-
27 setzliche Regelung zwar einerseits opferschützend wirken
28 kann, etwa wenn durch ein vereinbarten Geständnis eines
29 Angeklagten langwierige Befragungen von Verbrechenso-
30 pfern entfallen, jedoch auch das Gegenteil bewirken
31 kann.

32

33 Für viele Opfer von schwerster Gewalt ist es schlicht un-
34 erträglich, wenn ihr Täter zu einer mildereren Strafe verur-
35 teilt wird, weil er sich auf bestimmte Absprachen mit dem
36 Gericht geeinigt hat. Ein „ausgedaltes“ Urteil erscheint
37 vielen wie ein zweites Leid. Einige Opfer können mit der
38 Tat erst abschließen, nachdem zumindest ein klassisches
39 Gerichtsverfahren mit einer angemessenen Bestrafung
40 des Täters erfolgt ist.

41

42 Es geht nicht um rohe Rachegeleüste. Nach deutschem
43 Recht und insbesondere nach § 46 StGB spielt der Vergel-
44 tungsgedanke bei der Strafzumessung eine allenfalls ge-
45 ringe Rolle. Es geht darum, dass einer sekundären Viktimi-
46 sierung (also erneuten Opferwerdung) entgegenzutreten
47 ist, welche sich für das Opfer daraus ergeben kann, dass sie
48 sich von der Justiz übergangen fühlt.

49

50 Übereinstimmend mit einer Forderung der Opferschutzor-
51 ganisation „Weißer Ring“ ist es daher sinnvoll den § 257 c
52 StPO um einen sechsten Absatz zu ergänzen, der zumin-

53 ¹ Exemplarisch: Murmann, ZIS 2009, 526 – 538. Kann über das In-
54 ternet abgerufen werden.

55 <https://www.weisser-ring.de/internet/standpunkte/straf->
56 [rechtspolitische-forderungen/index.html](https://www.weisser-ring.de/internet/standpunkte/straf-), abgerufen am 16.
57 Dezember 2011

58

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, bei schwe-
ren Gewalt- und Sexualverbrechen eine Verständigung so
zu regeln, dass neben Staatsanwaltschaft und Beschuldig-
ten auch die geschädigte Person zustimmen muss.

1 dest ein wenig mehr Gerechtigkeit und Opferschutz be-
2 wirkt.

3
4 Informationen zur gerichtlichen Verständigungen finden
5 sich z.B. bei Wikipedia in einem verständlichen Artikel über
6 das genannte Rechtsinstitut.

7
8 Adressat:
9 SPD-Bundestagsfraktion

10

11

12 **Antrag Nr. G14**
13 Bezirksvorstand

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

14

15 **SPD – Familienfreundlichkeit in der Partei** 16 **verbessern**

17

18 Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischem En-
19 gagement muss verbessert werden. Unser Ziel ist es, die
20 Familienfreundlichkeit innerhalb der Partei zu verbessern.
21 Der SPD-Bezirk Hannover kann hier Vorreiter sein und
22 wieder mehr Menschen mit Betreuungsverantwortung
23 für Kinder oder Pflegebedürftige in die Parteiarbeit integ-
24 rieren. Noch viel zu oft fällt es Eltern – vor allem aber Müt-
25 tern – sowie Frauen und Männern, die Angehörige pflegen,
26 zeitlich schwer, sich an der Parteiarbeit zu beteiligen. Dies
27 wollen wir ändern.

28

29 Wichtig ist es dabei, die Parteimitglieder mit Betreuungs-
30 verantwortung für Kinder und/oder Pflegebedürftige
31 nach ihren Wünschen und Vorschlägen zu befragen, um
32 ihnen eine aktive Parteiarbeit zu ermöglichen bzw. zu
33 erleichtern. Zielführend könnte beispielsweise auch das
34 Angebot von Kinderbetreuung während der Parteitermi-
35 ne sein, so dass auch Alleinerziehende die Möglichkeit zur
36 politischen Mitwirkung haben.

37

38 Die Diskussion über die konkret passenden Maßnahmen
39 für mehr Familienfreundlichkeit in der SPD soll in den
40 einzelnen Parteigliederungen geführt werden. Beispielge-
41 bend könnte hier das „Innovationsprojekt Familienfreund-
42 lichste Partei des Unterbezirks Region Hannover“ sein. Im
43 Bezirk wollen wir einen Leitfaden für eine bessere Verein-
44 barkeit von Familie, Beruf und politischem Engagement
45 entwickeln.

46

47 **Begründung**

48 Familienpolitik ist der SPD ein zentrales Anliegen. Pro-
49 grammatisch sind wir in der Familienpolitik sehr gut auf-
50 gestellt. Als SPD wollen wir nicht nur für Familien Politik
51 machen, sondern auch mit ihnen. Die Vereinbarkeit von
52 ehrenamtlichem und politischem Engagement ist eine
53 Herausforderung, vor allem für Männer und Frauen, die
54 bereits die mitunter komplizierte Vereinbarkeit von Fami-
55 lie und Beruf leisten. Deshalb ist es uns wichtig, bessere
56 Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auch Frauen und
57 Männer, die Familienverantwortung tragen, sich in dem
58 gewünschten Umfang politisch bei uns engagieren kön-

1 nen.

2

3 Während es zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf schon
4 Expertisen und Handlungsempfehlungen gibt, ist die
5 „Vereinbarkeits-Trias“ Familie, Beruf und politisches En-
6 gagement noch nicht ausreichend im Fokus. Bei der Par-
7 teiarbeit ist es wichtig, stärker darauf zu achten, dass die
8 politische Teilhabe aller besser gelingt.

9

10 *Adressat:*

11 Auftrag an den Bezirksvorstand und alle Gliederungen im
12 SPD-Bezirk Hannover

13

14

15 **Antrag Nr. G15**
16 Bezirksvorstand

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

17

18 **Frauenförderung im Bezirk Hannover** 19 **intensivieren**

20

21 Mit Blick auf die Kommunalwahl 2016 und die Landtags-
22 wahl 2018 wird der Bezirk Hannover die Unterbezirke, die
23 Arbeitsgemeinschaften und die Ortsvereine unterstützen,
24 um die Zahl der weiblichen Kandidatinnen zu steigern. Ziel
25 ist es die Zahl der kommunalen Mandatsträgerinnen zu
26 steigern und zur Landtagswahl 2018 in zwei von drei „un-
27 besetzten“ Wahlkreisen Kandidatinnen aufzustellen. Ein
28 Schwerpunkt ist dabei die Förderung von Kandidatinnen
29 unter 45 Jahren. Der Bezirksvorstand wird dazu in Abspra-
30 che mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer
31 Frauen und der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistin-
32 nen und Jungsozialisten einen Aktionsplan bis April 2014
33 erarbeiten und umsetzen.

34 Alle Ortsvereine, denen es gelungen ist, den Anteil von
35 Frauen in Funktionen und Mandaten in den letzten Jahren
36 zu steigern, sind aufgerufen, ihre Beispiele zu dokumen-
37 tieren und anderen verfügbar zu machen. Der Bezirk wird
38 diesen Informationsaustausch unterstützen.

39

40 Die Unterbezirksvorstände werden aufgefordert rechtzei-
41 tig alle Ortsvereine und Abteilungen über die Anwendung
42 der Quotenregelung zur Kommunalwahl 2016 zu infor-
43 mieren und auf die satzungrechtliche Möglichkeit der
44 Suspendierung der Aufstellung hinzuweisen.

45

46 **Begründung**

47 Weder auf kommunaler Ebene noch auf der Ebene der
48 direkt aufgestellten Kandidatinnen und Kandidaten zur
49 Landtagswahl ist es im Bezirk Hannover bislang gelungen,
50 die selbst gesetzten Ziele der Quotierung einzuhalten. Ent-
51 scheidend ist nicht allein die Existenz von Quotenregelun-
52 gen, gleich ob im Reißverschluss oder in Anwendung der
53 bisherigen Regelung, sondern hinreichend Kandidatinnen
54 zu motivieren, tatsächlich anzutreten. Das Standardargu-
55 ment, man verfüge halt über keine Frauen, die kandidieren
56 wollen, kann nicht akzeptiert werden. Gerade deswegen
57 sind die kommenden zwei Jahre entscheidend, damit 2016
58 nicht wieder Ausreden und Lamentos über die angeblich

1 fehlenden Frauen getätigt werden.

2

3 Wichtig ist dabei auch, den Generationenwechsel zu or-
4 ganisieren. In der für die gesellschaftliche Multiplikation
5 zentralen Altersgruppe der 30- bis 45-jährigen schnitt die
6 SPD bei den Wahlen zuletzt recht schwach ab, in dieser Al-
7 tersgruppe ist auch die Mitgliedschaft schwächer besetzt
8 als in den älteren Jahrgängen, in der Aktivenschaft auch
9 schwächer als bei den unter 30-jährigen vertreten. Dem-
10 entsprechend gilt es auch hier Schwerpunkte zu setzen.

11

12 *Adressat*

13

14 Gliederungen im SPD-Bezirk Hannover

15

16

17 **Antrag Nr. G16**

18

19 Jusos Bezirk Hannover

20

21 **Resolution: Kampf dem Sexismus in der
22 SPD!**

23

24 Die SPD bekennt sich zum Feminismus und bekämpft se-
25 xistische Äußerungen und sexistisches Verhalten inner-
26 halb der Jusos und innerhalb der SPD.

27

28 Deshalb wollen wir:

29

30 1. dass das Thema Sexismus und Frauenförderung in
31 den Vorständen auf Bundes-, Landes-, Bezirks- und
32 Unterbezirksebene thematisiert wird.

33

34 2. Einen respektvollen Umgang mit allen Menschen in
35 der Partei, insbesondere mit neuen Genossinnen.

36

37 3. Quotierte Redelisten auf allen Ebenen bei den Jusos
38 und in der Partei zu führen.

39

40 4. Dass Bezirks- und Landesebene dafür Sorge tragen,
41 dass mehr Frauen für den Landtag und Bundestag
42 kandidieren.

43

44 5. Dass die SPD-Landtragsfraktion zu mindestens 40
45 Prozent aus Frauen besteht und die Landesregierung
46 paritätisch besetzt wird.

47

48 6. Frauen gezielt in der politischen Arbeit zu fördern.

49

50 7. Gendergerechte Sprache konsequent in allen Publi-
51 kationen und in Redebeiträgen einzusetzen.

52

53 8. Dominantes Redeverhalten abzulegen.

54

55 9. dass auf Parteitag die Hälfte der großen Redebei-
56 träge von Frauen gehalten werden und die Hälfte der
57 Gäste Frauen sind.

58

59 10. dass vor allem Funktionsträgerinnen und Funktions-
60 träger ihre eigenen Äußerungen überdenken und

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Resolution:

**Gegen Sexismus und Diskriminierung – für respektvollen
Umgang zwischen Frauen und Männern in der SPD**

Die in den vergangenen Monaten geführte Debatte über
sexistische Äußerungen von Politikern gegenüber Jour-
nalistinnen hat das überwunden geglaubte Thema der
Diskriminierung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts
durch herabwürdigende, sexuell motivierte Äußerungen
und Verhalten erneut in den Fokus gerückt.

Wir wollen, dass sich die SPD solchem Verhalten aktiv ent-
gegenstellt! Wir wollen erreichen, dass die Mitglieder und
Gremien der SPD im Bezirk Hannover und ihre Funktionäre

- das Thema „Sexismus“ aufgreifen und sich klar ge-
gen jede Form von Verächtlichmachung von Frauen,
sei es verbal, durch Gesten, Redewendungen oder
Herstellung von sexualisierten Zusammenhängen
wenden,

- Sensibilität gegenüber offener und versteckter Dis-
kriminierung entwickeln,

- Hinweise auf sexistisches Verhalten ernst nehmen
und nicht diejenigen verunglimpfen, die darauf hin-
weisen oder sich davon betroffen fühlen,

- Anspielungen auf Sexualverhalten und körperliche
Erscheinung in herabwürdigender, kompromittieren-
der Form ächten,

- in jeder Form der Kommunikation – auch in Formen
von Social media - und Veranstaltungen einen res-
pektvollen Umgang miteinander anstreben,

- dominantes, männliches Redeverhalten thematisie-
ren und durch persönliche Verhaltensänderungen
sowie strukturelle Vorkehrungen (u.a. quotierte Re-
delisten, Begrenzung von Redezeiten, gendergerech-

1 auch außerhalb von Parteiveranstaltungen verlet-
2 zende und sexistische Äußerungen unterlassen.

3
4 **Adressaten:**

5 Landesparteitag

6 Bundesparteitag

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

Antrag Nr. G17

33

Jusos Bezirk Hannover

34

35

Diskriminierung in Bewerbungsverfahren erschweren!

36

37

38

Auf dem Weg zu einer diskriminierungsfreien Behandlung
39 von Bewerbungen in Deutschland ist es für uns Ziel, dass

40

41

1. alle Bewerbungsverfahren dahingehend anonymisiert werden sollen, dass im schriftlichen Bewerbungsteil Daten zu Name, Geschlecht, Alter, Wohn- und Geburtsort, Religionszugehörigkeit, Familienstand, Nationalität sowie Fotos in der Bewerbung nicht enthalten sein dürfen.

42

43

44

45

46

47

48

2. Schulabschlüsse ohne Angabe der Ausbildungsstätten aufgeführt werden sollen.

49

50

51

3. im Lebenslauf alle Zeitangaben in Anzahl der Jahre (x Jahre) und nicht in Zeiträumen (tt.mm.jjjj – tt.mm.jjjj) angegeben werden sollen.

52

53

54

55

4. Kontaktdaten, falls nicht ausreichend anonymisiert (siehe 1.), den über die Bewerbung entscheidenden Personen nicht vor Abschluss der schriftlichen Bewerbungsphase zugänglich sein dürfen.

56

57

58

te Sprache, mehr Beteiligung von Frauen bei Veranstaltungen) vermeiden,

- auf geschlechtersensible Verhaltensweisen – z. B auch auf ungewollte körperliche Übergriffe beim verbreiteten „social kissing“ - achten und einüben, dies insbesondere bei Abhängigkeitsverhältnissen zwischen Genossinnen und Genossen.

Begründung

Die SPD steht mit ihrem Leitbild einer solidarischen, partnerschaftlichen Gesellschaft in der Pflicht, traditionelle Verhaltensweisen und Vorurteile über die Ungleichheit der Geschlechter zu überwinden. Die auf den Geschlechterrollen begründete Machtverteilung zuungunsten von Frauen soll aktiv abgebaut werden. Dazu wird die Programmatik der SPD für den Abbau der Diskriminierung, Frauenförderung und die Gleichstellung der Geschlechter seit vielen Jahren immer weiter entwickelt.

Für die Glaubwürdigkeit der SPD und ihrer handelnden Mitglieder ist es ein wichtiger Aspekt, dass diesen Zielen nicht durch offenes oder unbewusstes, rückwärts gewandtes Handeln entgegen gewirkt wird. Dazu gehören die Achtung der körperlichen und seelischen Unversehrtheit und das Recht auf diskriminierungsfreien, respektvollen Umgang in Partei und Gesellschaft zwischen Frauen und Männern.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in geänderter Fassung

Begrüßung von anonymisierten Bewerbungsverfahren

Auf dem Weg zu einer diskriminierungsfreien Behandlung von Bewerbungen in Deutschland ist es für uns Ziel, dass

1. mehr Bewerbungsverfahren dahingehend anonymisiert werden sollen, dass im schriftlichen Bewerbungsteil Daten zu Name, Geschlecht, Alter, Wohn- und Geburtsort, Religionszugehörigkeit, Familienstand, Nationalität sowie Fotos in der Bewerbung nicht enthalten sein dürfen.

(...)

1 5. sowohl Bewerbungsverfahren für BeamtInnen und
2 den öffentliche Dienst als auch in der Privatwirt-
3 schaft hiervon betroffen sein sollen.

4

5 **Begründung:**

6 Zahlreiche Studien und Fallbeispiele haben belegt, dass
7 durch die üblichen Bewerbungsverfahren, also durch die
8 üblichen Angaben in schriftlichen Bewerbungen vor allem
9 Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund stark
10 benachteiligt werden.

11

12 Diese Diskriminierung kann man durch anonymisierte Be-
13 werbungsschreiben umgehen bzw. vermindern.

14

15 Es geht hierbei um den ersten Schritt des Bewerbungsver-
16 fahrens, also das Bewerbungsschreiben, das so weit an-
17 onym gestaltet werden soll, dass lediglich die berufliche
18 Qualifikation und Erfahrung im Mittelpunkt steht und
19 nicht beeinflusst wird durch andere Angaben zur Person.

20 Denn es findet genau in diesem Schritt schon häufig ein
21 Aussortierungsprozess statt, aufgrund von Vorurteilen
22 gegenüber Frauen, älteren Menschen, Menschen mit Mi-
23 grationshintergrund oder sonstigen Informationen zur
24 Herkunft des Bewerbers oder der Bewerberin.

25

26 Es ist zwar durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz
27 in der Verfassung verankert, dass Menschen nicht
28 aufgrund solcher Kriterien benachteiligt bzw. diskrimi-
29 niert werden sollen.

30

31 Doch dass das AGG nicht weitgehend genug ist, bzw. oft-
32 mals nichts gegen Diskriminierung oder Benachteiligung
33 von Personengruppen ausrichten kann, sieht man schließ-
34 lich am Verhältnis der Geschlechter in Führungspositio-
35 nen.

36

37 Es gab bereits einige Pilotprojekte, in denen Firmen wie
38 zum Beispiel die Deutsche Telekom, L'Oreal oder das Bun-
39 desfamilienministerium das anonymisierte Bewerbungs-
40 verfahren ausprobiert haben und dabei zu dem Schluss
41 kamen, dass die Chancen im Bewerbungsverfahren ge-
42 rechter verteilt werden.

43

44 Dadurch wird der Person im Bewerbungsgespräch die
45 Chance gegeben, durch das Auftreten und die eigene
46 Persönlichkeit zu überzeugen. Ein oft angeführtes Ge-
47 genargument ist der Verlust der persönlichen Note in der
48 Bewerbung, doch diese kann im Gespräch viel besser zur
49 Geltung kommen. Die Konzentration auf die fachliche
50 Qualifikation im Bewerbungsschreiben erhöht zudem die
51 Chancengleichheit und Vergleichbarkeit der Qualifikation
52 der BewerberInnen. Soziale Selektion und Diskriminierung
53 im Bewerbungsverfahren kann durch die anonymisierte
54 Bewerbung vermieden werden und deshalb sollte man
55 dies unterstützen.

56

57 *Adressaten:*

58 SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion

1 K | Kommunal- und Landespolitik

2

3

4 **Antrag Nr. Ko1**
5 Bezirksvorstand

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

6

7 **Unser Land, unsere Zukunft – Erarbeitung** 8 **eines Aktionsprogramms für ländliche** 9 **Räume**

10

11 Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wol-
12 len die Zukunft unserer ländlichen Räume positiv gestal-
13 ten. Dafür wollen wir die inhaltlichen Grundlagen legen –
14 und auch die Basis schaffen, um bei Wahlen in ländlichen
15 Räumen erfolgreich zu sein. Der SPD-Bezirk Hannover wird
16 deswegen die kommenden zwei Jahre nutzen, um ein Ak-
17 tionsprogramm für den ländlichen Raum zu entwickeln.
18 Dabei sollen beispielhaft die Konzepte und Überlegungen
19 zum Südniedersachsenplan zu Entwicklungen im Weser-
20 bergland und im Bereich Uelzen / Lüchow-Dannenberg,
21 der Metropolregion Hamburg und anderen Teilregionen
22 mit ihren spezifischen Bedürfnissen in die Diskussion
23 einbezogen werden. Den Auftakt dazu soll eine entspre-
24 chende Fachtagung bilden, der Beschluss des Aktionspro-
25 gramms soll auf dem nächsten ordentlichen Bezirkspar-
26 teitag erfolgen.

27

28 **Begründung**

29 Politik für ländliche Räume bedeutet Politik für einen
30 Großteil der Menschen in unserem Land: 5,2 der 7,9 Millio-
31 nen Niedersachsen sind auf dem Land zu Hause. Die Ent-
32 wicklungsperspektiven der niedersächsischen Regionen
33 müssen deswegen in den Mittelpunkt der Landespolitik
34 rücken. Stadt und Land sind für uns keine gegensätzlichen
35 Pole – sie bedingen einander in ihrer positiven Entwick-
36 lung. Deshalb stehen wir für eine Politik des Miteinanders
37 der Regionen: Wir wollen den solidarischen Ausgleich zwi-
38 schen Zentren und Fläche politisch organisieren.

39

40 Dabei verschließen wir unseren Blick nicht auf die höchst
41 unterschiedliche Entwicklung der niedersächsischen Re-
42 gionen, gerade im ländlichen Raum: Die größte Heraus-
43 forderung besteht in den kommenden Jahren darin, den
44 demografischen Wandel zu gestalten. Während große
45 Bereiche im Westen Niedersachsens in den kommenden
46 Jahren weiterhin auf wachsenden Wohlstand und positive
47 Bevölkerungssalden erwarten können, drohen andere Re-
48 gionen abgehängt zu werden – so insbesondere in Südnie-
49 dersachsen, dem Wendland oder der Heide.

50

51 Durch den demografischen Wandel im ländlichen Raum ist
52 schon jetzt vielerorts ein erheblicher Druck auf das örtliche
53 und regionale Gemeinwesen spürbar, der sich zuallererst
54 in der Kommunalpolitik niederschlägt: Der Erhalt öffent-
55 licher Infrastruktur – gerade im dörflichen Maßstab – wird
56 immer schwieriger, sowohl finanziell-materiell als auch
57 personell. Bildungs- und Betreuungsangebote, soziale
58

1 Dienstleistungen wie Gesundheits- und Pflegeversorgung,
2 Öffentlicher Personennahverkehr, Sport-, Freizeit- und Kul-
3 tureinrichtungen, bis hin zu Einkaufsmöglichkei-ten – alle
4 diese Bausteine der kommunalen Infrastruktur stehen
5 mittelbar unter dem Druck der Bevölkerungsentwicklung
6 auf die kommunale Handlungsfähigkeit.

7
8 Bereits heute findet sich im ländlichen Raum ein erheb-
9 licher Erfahrungsschatz zur Bewältigung dieser Heraus-
10 forderungen, gerade im Bereich der interkommunalen
11 Zusammenarbeit. Und Vieles, was verloren zu gehen
12 drohte, wird von ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und
13 Bürgern aufgefangen – das Engagement von überaus
14 vielen Menschen in ihren Dörfern sichert den sozialen Zu-
15 sammenhalt unserer kommunalen Gemeinschaften. Aber
16 Ehrenamtlichkeit kann die Angebote öffentlicher Daseins-
17 vorsorge nie ersetzen – es kommt darauf an, dass öffentli-
18 che, kommunale und staatliche Strukturen und Angebote
19 allen Menschen zur Verfügung stehen. Eben das ist unser
20 Verständnis von sozialer Gerechtigkeit mit Blick auf die
21 ländlichen Räume: Teilhabe und gleiche Chancen zu schaf-
22 fen für alle Menschen nicht nur unabhängig vom Einkom-
23 men, sondern eben auch vom Wohnort in Stadt oder Land.

24
25 *Adressat*

26 Bezirksvorstand

27 Landesvorstand

28

29

30 **Antrag Nr. Ko2**

31 SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont

32

33 **Gute Nachbarschaft im Weserbergland** 34 **– Interkommunale und regionale Zusam-** 35 **menarbeit**

36

37 Das Weserbergland ist unsere Heimat. Hier sind wir zu
38 Hause und hier machen wir Sozialdemokraten und Sozi-
39 aldemokratinnen in den Städten und Gemeinden und im
40 Landkreis verantwortungsvoll Politik.

41

42 Kommunalpolitik hat in den letzten Jahren unter er-
43 schwerten Bedingungen stattgefunden. Die finanzielle
44 Lage hat sich kontinuierlich verschlechtert. Einige Kom-
45 munen sind über den sog. „Zukunftsvertrag“ in ihren
46 Handlungsmöglichkeiten auf lange Zeit eingeschränkt
47 und für alle gilt äußerste Haushaltsdisziplin. Gleichwohl
48 werden sich die kommunalen Haushalte nicht aus eigener
49 Kraft konsolidieren können. Die rot-grüne niedersächsi-
50 sche Landesregierung hat daher eine Überprüfung der
51 notwendigen kommunalen Leistungen angekündigt und
52 sieht freiwillige Kooperationen zwischen Kommunen als
53 den „Königsweg“².

54

55

56 ² Erneuerung und Zusammenhalt. Nachhaltige Politik für Nie-
57 dersachsen. Koalitionsvereinbarung 2013-2018. S. 19

58

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt bei Annahme von Ko1

1 Auch die SPD auf Bundesebene hat in ihrem Regierungs-
2 programm für die Bundestagswahl 2013 nachstehendes
3 Ziel verankert: „Wir werden Anreize für stärkere inter-
4 kommunale Kooperation ... setzen, indem wir regionale
5 integrierte Entwicklungskonzepte in der Wirtschafts-
6 und Strukturförderung des Bundes zur Fördervoraus-
7 setzung machen und durch bessere Förderbedingungen
8 belohnen.“³

9
10 Nicht nur angespannte Haushaltslagen sind Anreiz für
11 mehr Zusammenarbeit, die negative Bevölkerungsent-
12 wicklung des Weserberglands stellt die kommunale Politik
13 vor bisher nie dagewesene neue Aufgaben:

- 14
15 – Kinderarmut begegnen:
16 Jedes siebte Kind im Weserbergland lebt an der Ar-
17 mutsgrenze! Wie gelingt es uns, Kinder aus der Ar-
18 mutsfalle zu retten?
- 19
20 – Bestmögliche Bildungs- und Betreuungschancen für
21 alle Kinder und Jugendlichen schaffen:
22 Wie können wir bei rückläufigen Kinderzahlen ein
23 qualitativ hochwertiges Bildungs- und Betreuungs-
24 angebot sicherstellen, dass sowohl den Wünschen
25 von Eltern hinsichtlich der Vereinbarkeit von Fami-
26 lie und Beruf als auch den künftigen bildungspoliti-
27 schen Herausforderungen bezüglich Inklusion und
28 Förderung von Kindern aus bildungsfernen Familien
29 Rechnung trägt?
- 30
31 – Fachkräftemangel begegnen „Keiner darf verloren
32 gehen“:
33 Welche Anstrengungen sind erforderlich, damit jeder
34 junge Mensch optimale Bildungschancen erhält, die
35 Schule mit einem Abschluss verlässt und einen Aus-
36 bildungsplatz erhält?
- 37
38 – Etablierung des Weserberglandes als attraktiven
39 Wohn- und Lebensraum in Zeiten des demografi-
40 schen Wandels:
41 Wie stellen wir uns den Herausforderungen der Da-
42 seinsvorsorge für eine alternde Gesellschaft? Wie
43 unterstützen wir Seniorinnen/Senioren dabei, so-
44 lange wir mögliche im bisherigen Lebensumfeld zu
45 verbleiben? Welche Angebote sind erforderlich, um
46 pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen
47 zu unterstützen? Wie gewinnen wir die dazu not-
48 wendigen Fachkräfte in der Altenpflege? Wie können
49 die Versorgungs- und die Mobilitätsinfrastruktur im
50 ländlichen Raum aufrecht erhalten werden?
- 51
52 – Arbeitsplätze sichern:
53 Wie erhalten oder verbessern wir unsere Qualität als
54 Wirtschafts- und Arbeitsstandort?
55 Wir wollen, dass das Weserbergland auch für kom-

56 ³ Deutschland besser und gerechter regieren. Für ein neues sozi-
57 ales Gleichgewicht in unserem Land. SPD-Wahlprorammm Bun-
58 destagswahl 2013

1 menden Generationen eine Region mit hoher Le-
2 bensqualität ist, in der gut und gern gelebt und ge-
3 arbeitet wird, die sich selbstbewusst als ländliche
4 Region im Süden Niedersachsens präsentiert. Mit
5 dem Ansatz der interkommunalen Zusammenarbeit
6 wollen wir unseren Beitrag zum Gelingen leisten.

7

8 Unsere Grundsätze Interkommunaler Zusammenarbeit
9 im Weserbergland:

10

11 1. Ziel Interkommunaler Zusammenarbeit ist für uns,
12 das Dienstleistungsangebot für die Bürger und Bür-
13 gerinnen zu erhalten oder zu verbessern (z.B. Klima-
14 schutzagentur mit Standorten in HM und HOL).

15

16 2. Gelingende Interkommunale Zusammenarbeit setzt
17 aus unserer Sicht voraus, dass alle Beteiligtegrup-
18 pen angemessen in dem Prozess mitgenommen
19 werden. Dies schließt Personal- und/oder Betriebs-
20 räte sowie Gleichstellungsbeauftragte ausdrücklich
21 ein.

22

23 3. Wir streben Interkommunale Zusammenarbeit ins-
24 besondere für jene Handlungsfelder an, die land-
25 kreisübergreifend von Bedeutung sind (z.B. ÖPNV,
26 Tourismus, Sozial-/Bildungs-/Schulentwicklungs-/
27 Jugendhilfeplanung).

28

29 4. Wir sind bereit, Interkommunale Zusammenarbeit in
30 Einzelprojekten zu erproben, die als Pilotanten eine
31 besondere Förderung durch das Land erhalten könn-
32 ten (z.B. gemeinsame Regionalplanung, Heimauf-
33 sicht).

34

35 5. Unsere Interkommunale Zusammenarbeit findet auf
36 Augenhöhe statt. Sie beschränkt sich nicht auf Ver-
37 waltungen, sondern ist ebenso Aufgabe der Kommu-
38 nalpolitik.

39

40 6. Für uns ist Interkommunale Zusammenarbeit kein
41 Selbstzweck. Sie sollte nur dann erfolgen, wenn da-
42 durch Ressourcen (personell und finanziell) zielge-
43 richteter eingesetzt werden können.

44

45 7. Erfolgreiche Interkommunale Zusammenarbeit ist
46 nicht an einen festen Partner (Gebietskörperschaft)
47 gebunden.

48

49 8. Wir wollen und werden Interkommunale Zusam-
50 menarbeit evaluieren um kontinuierliche Verbesse-
51 rungen möglich zu machen.

52

53 *Adressat*

54

55

56

57

58

1 **Antrag Nr. Ko3**

2 SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont

3

4 **Ländliche Räume sind Zukunftsräume**

5

6 Sind Ländliche Räume Zukunftsräume?

7

8 – Ja, denn: Ländliche Räume sind nicht hinter dem
9 Mond. Sie sind mittendrin. Nur wer die Landkarte
10 von den großen Städten her denkt, sieht die ländli-
11 chen Räume am Rand. Das sind Begrifflichkeiten der
12 Raumordnung, die Zentralraum, Zwischenraum und
13 Peripherie unterscheidet. Allein die peripheren Räu-
14 me nehmen 58 Prozent der Fläche der BRD ein; die
15 Hälfte der Bevölkerung lebt in „peripheren und Zwi-
16 schen-Räumen“.

17

18 – Ja, aber: Wir müssen unseren ländlichen Raum selbst
19 als Zukunftsraum sehen und verstehen. Wir sind
20 nicht der Rest der demografischen Entwicklung. Ne-
21 gative Bevölkerungsentwicklung ist kein Makel, son-
22 dern eine Chance.

23

24 – Ja, denn: Wir sind nicht von Gestern, sondern von
25 Morgen. Ländliche Räume sind nicht alle gleich. Wir
26 verfügen über Entwicklungspotentiale, die in Zent-
27 ren bereits ausgeschöpft sind. Ohne ländliche Räume
28 ist kein Klimaschutz zu machen, kann keine Energie-
29 wende stattfinden. Bei uns tanken Städter/innen auf.
30 Bei uns gibt es Prävention und Rehabilitation.

31

32 – Ja, weil: Nachhaltigkeit gibt es bei uns schon seit 300
33 Jahren (in der Forstwirtschaft). Wir sind aus Tradition
34 modern. Wir können sie weiterentwickeln und leben:
35 Verantwortung für unsere Umwelt, Verantwortung
36 gegenüber kommenden Generationen.

37

38 – Ja, denn: Lebensqualität und ländlicher Raum passen
39 gut zusammen – wenn Politik die richtigen Weichen
40 stellt.

41

42 Deshalb ist Einmischung von uns aus dem ländlichen
43 Raum in die Politik so wichtig. Überlassen wir Großstäd-
44 tern die Leitlinien der Politik auf Landes-, Bundes- und Eu-
45 ropaebene, können wir nicht erwarten, dass unsere Inter-
46 essen und Sichtweisen in Entscheidungen einfließen.

47

48 Unsere Aufgaben und Ziele:

49

50 **Wirtschaft in ländlichen Räumen ist mehr als Land-
51 wirtschaft**

52 Viele KMUs aus Industrie, Handwerk, Handel, und
53 Gewerbe gehören auch dazu. Oftmals viele Betriebe
54 und Einrichtungen aus der Gesundheitswirtschaft
55 und dem Tourismus. Gemeinsam wollen wir Wert-
56 schöpfungspotenziale stärken und neue Märkte er-
57 schließen!

58

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt bei Annahme von Ko1

1 **Wirtschaft im ländlichen Raum braucht moderne In-**
2 **frastruktur**

3 Leistungsfähige Breitbandversorgung ist für große
4 landwirtschaftliche Betriebe genauso wichtig wie
5 für Unternehmen aus anderen Branchen. Zielgröße
6 50Mbits/s! Dieses Ziel müssen wir erreichen. Gute
7 Verkehrsinfrastruktur ist unverzichtbar, aber nicht
8 überall gegeben. Dies gilt für das Straßennetz genau-
9 so wie für den ÖPNV.

10
11 **Bildung, Betreuung und Pflege – Innovative Lösun-**
12 **gen sind möglich**

13 Diese Politikfelder stehen auch in verdichteten Räu-
14 men auf der Tagesordnung. Auch in der Stadt sind
15 sie kosten- und personalintensiv. Der ländliche
16 Raum braucht dafür andere, innovative Antworten.
17 Hier müssen diese Konzepte mit denen der Mobili-
18 tät kombiniert werden. Und eine Anmerkung muss
19 erlaubt sein: nachbarschaftliche Netzwerke und
20 bürgerschaftliches Engagement haben in ländlichen
21 Raum eine ungebrochene Tradition.

22
23 **Mitbestimmen und Potentiale vor Ort entfalten**

24 Der ländliche Raum braucht niemanden, der über ihn
25 entscheidet. Regionale Kooperationen und Entschei-
26 dungsebenen sind erfolgreich. Deshalb werden wir
27 interkommunale Zusammenarbeit verstärken und
28 unsere regionalen politischen Interessen gebündelt
29 auf Landes- und Bundes- und Europaebene einbrin-
30 gen.

31
32 **Lebensqualität erhalten**

33 Dazu gehören die Sicherung von Bildungsangeboten,
34 Gesundheitsversorgung und hinreichende Mobili-
35 tätsangebote wie auch wohnortnahe Dienstleistun-
36 gen. Zu Anspruchsvoll? Nein, wir werden umdenken
37 müssen. Mehr Flexibilität, mehr Nachbarschaft, neue
38 Wege! Ein Politikstil, der von Anfang an Beteiligung
39 ermöglicht und Entscheidungswege transparent
40 macht wollen wir innovativen Ansätzen Chancen ge-
41 ben.

42
43 **Kulturlandschaften bewahren**

44 Nur Städter glauben, alles wird gut, wenn wir einfach
45 alles „lassen“. die Flüsse, die Landschaften, den Wald.
46 Nachhaltiges Bewirtschaften ist der Schlüssel für
47 eine gute Zukunft! Dafür werden wir uns auf allen
48 politischen Ebenen einsetzen.

49
50 **Mit dem ländlichen Raum in die Zukunft**

51 Ländliche Räume sind wertvoller geworden. Nach-
52 wachsende Rohstoffe, erneuerbare Energien, gute
53 Nahrungsmittel. All das gibt es nur mit dem ländli-
54 chen Raum. Unsere steigende Bedeutung können
55 wir an der Zunahme der Nutzungskonflikte erken-
56 nen: Tank oder Teller, Futtermittel oder Lebensmittel,
57 Qualität und/oder Quantität, Wertvolle Lebensmittel
58 und/oder ruinöse Preise. Auch im Weserbergland er-

1 leben wir diese Konflikte und stellen uns ihnen. Als
2 Bioenergieregion sind wir auf gutem Weg, bei der
3 Vermarktung unserer regionalen Produkte und im
4 Bereich Gesundheit und Tourismus können wir unsere
5 Potentiale noch nachhaltiger nutzen. Auch den
6 Fair-Trade-Ansatz wollen wir stärker entfalten.

7

8 **Der Wert und die Bedeutung ländlicher Räume haben sich geändert**

9
10 Wir wollen und können niemals werden wie städtische Räume, deshalb ist das Ziel nicht die Bedingungen städtischen Lebens in unseren Dörfern und Städten zu erreichen. Aber niemand nimmt uns ab, zu definieren, wie wir leben wollen und welche Politik wir brauchen. Auf alle Fälle müssen wir sie selber machen!

17

18

19 **Antrag Nr. Ko4**

20 Jusos Bezirk Hannover

21

22 **Always look on the bright side of life – Für eine Gleichbehandlung aller Feiertage**

23

24
25 Die SPD im Bezirk Hannover fordern eine Änderung des
26 Niedersächsischen Feiertagsgesetzes (NFeiertagsG) mit
27 folgenden Zielen:

28

29 1. Verbote von öffentlichen Tanzveranstaltungen (siehe § 9 NFeiertagsG), egal an welchem Tag, sind klar abzulehnen. Deshalb fordern wir die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag sowie die Niedersächsische Landesregierung dazu auf, diese Verbote abzuschaffen.

35

36 2. Einschränkungen der Versammlungsfreiheit sowie die Beweispflicht es höheren Zwecks von öffentlichen Veranstaltungen an gesetzlichen Feiertagen (siehe § 5 a) und b) NFeiertagsG) sind für uns unverständlich. Deshalb fordern wir die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag sowie die Niedersächsische Landesregierung dazu auf, diese Einschränkungspraxis zu beenden.

44

45 3. Auch alle weiteren Verbote, die für Karfreitag, den Volkstrauertag und Totensonntag gesetzlich geregelt sind und über die sonstigen Bestimmungen an gesetzlichen Feiertagen hinausgehen (also die in § 6 NFeiertagsG aufgezählten Verbote), sind ebenfalls nicht nachvollziehbar. Deshalb fordern wir die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag sowie die Niedersächsische Landesregierung dazu auf, diese Verbote aufzuheben.

54

55 4. Die bisherige Regelung für konfessionsspezifische Feiertage, wonach deren Geltung von den aktuellsten Volkszählungsdaten abhängig ist (siehe §§ 7 - 12 NFeiertagsG), ist kein sinnvolles Verfahren.

58

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung

1 **Antrag Nr. K05**

2 AsF Bezirk Hannover

3

4 **Aktuelle Studien in die Entwicklung von**
5 **Strategien kommunalpolitischer Gleich-**
6 **stellungspolitik einbeziehen**

7

8 Die Beendigung der deutschlandweit üblichen Unterre-
9 präsentanz von Frauen in Kommunalvertretungen ist ein
10 wichtiges gleichstellungspolitisches Ziel. Die Niedersäch-
11 sische Landesregierung strebt eine sachlich begründete
12 und zielorientierte Chancengleichheitspolitik an, die sich
13 auf gesicherte Datenlagen stützt. Zur Verwirklichung
14 dieser Chancengleichheitspolitik ist die Mitwirkung der
15 Parteien erforderlich, denn sie wirken an der politischen
16 Willensbildung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens
17 mit.

18

19 Die Gleichstellungspolitik im SPD-Bezirk Hannover und
20 im SPD-Landesverband Niedersachsen sollte sich daher an
21 der Gleichstellungspolitik der aktuellen Landesregierung
22 orientieren. Ein Baustein bei der Entwicklung von Strate-
23 gien kommunalpolitischer Gleichstellungspolitik sollten
24 folglich ebenfalls die Ergebnisse und Handlungsemp-
25 fehlungen aktueller Studien und Datenerhebungen sein.
26 Hierzu zählen der „Atlas zur Gleichstellung von Frauen und
27 Männern in Niedersachsen“ (Nds. Ministerium für Familie,
28 Soziales, Frauen, Gesundheit und Integration), die von der
29 SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg in Auftrag ge-
30 gebene Studie „Ursachen für die Unterrepräsentanz von
31 Frauen in der Kommunalpolitik - Befunde und Handlungs-
32 empfehlungen“ und die Studie des Bundesfamilienminis-
33 teriums „Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von
34 Kommunalpolitikerinnen“. Sie sollten, zusätzlich und be-
35 gleitend zu anderen innerparteilichen gleichstellungspoli-
36 tischen Aktionen, Überlegungen und Maßnahmen, aufbe-
37 reitet werden und in die gleichstellungspolitische Arbeit
38 aller niedersächsischen SPD-Gliederungen mit einfließen.

39

40 Die SPD im Bezirk Hannover wird die Daten zum Zwecke
41 ihrer gleichstellungspolitischen Arbeit analysieren und
42 verwenden. Es wird hierbei eine Zusammenarbeit mit der
43 SPD-Landtagsfraktion, der Landesregierung, dem SPD-
44 Landesverband und den anderen SPD-Bezirken, mit Ver-
45 treterinnen und Vertretern der niedersächsischen Kom-
46 munen und ggfs. den sich innerhalb der Bevölkerung zum
47 Zwecke der Chancengleichheit mit der Thematik ausein-
48 andersetzenden Personen, Gruppen/Gruppierungen und
49 Parteien angestrebt.

50

51 Die in den Studien speziell an Parteien gerichteten Vor-
52 schläge, wie das Anbieten niedrigschwelliger Formen
53 der Mitarbeit, das Ansprechen von Frauen als externe
54 Expertinnen, die quotierte Einladung von Vereinen, die
55 Verbesserung der Sitzungsleitung, ein effektiveres Zeit-
56 management der Sitzungen, die offene und transparente
57 Gestaltung von Nominierungsprozessen, das Anbieten
58 von Kinderbetreuung, werden auf ihre Eignung als sinn-

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

1 volle Instrumente geprüft und ggfs. eingeführt bzw. bei-
2 behalten, falls bereits angewendet.

3

4 **Begründung:**

5 Die neue niedersächsische Landesregierung unter Füh-
6 rung von Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) steht von
7 Beginn an für einen Politikstil in Niedersachsen, welcher
8 die Erreichung der Chancengleichheit, unabhängig vom
9 Geschlecht, in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen
10 als eine Kernaufgabe betrachtet, und dabei auch die deut-
11 liche Erhöhung der allgemeinen Repräsentanz von Frauen
12 in öffentlichen politischen Ämtern in den Focus seiner Ar-
13 beit nimmt. Dieser Politikstil entspricht unseren sozialde-
14 mokratischen Grundsätzen.

15

16 Auf der Homepage des Niedersächsischen Ministeriums
17 für Familie, Soziales, Frauen, Gesundheit und Integration
18 wird unter der Überschrift „Gleichberechtigung – eine ge-
19 gesellschaftliche Herausforderung ersten Ranges“, in einem
20 der Hauptthemenblöcke klar und entschieden zum Aus-
21 druck gebracht, wie außerordentlich wichtig der neuen
22 Landesregierung die Eröffnung gleicher Chancen von Frau-
23 en und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen des
24 Lebens ist. Niedersachsen strebt eine sachlich begründete
25 und zielorientierte Chancengleichheitspolitik an, die sich
26 auf gesicherte Datenlagen, wie den „Atlas zur Gleichstel-
27 lung von Frauen und Männern in Niedersachsen“ stützt,
28 dessen Indika-torensystem auf dem des Bundesgleichstel-
29 lungsatlasses basiert. Niedersachsen hat im März 2010 als
30 erstes Bundesland einen solchen regionalisierten Gleich-
31 stellungsatlas vorgelegt, der einen Überblick über den
32 Stand der gleichstellungspolitischen Entwicklung in den
33 Gemeinden und Kreisen gibt.

34

35 Der fortgeschriebene zweite niedersächsische Atlas soll
36 voraussichtlich im April 2013 erscheinen und ebenfalls in
37 die Bereiche Partizipation, Bildung und Ausbildung, Arbeit
38 und Einkommen und Lebenswelt unterteilt sein. Durch
39 diesmal 22 Indikatoren werde die gleichstellungspoliti-
40 sche Lage in den niedersächsischen Landkreisen, kreis-
41 freien Städten, der Stadt und der Region Hannover, veran-
42 schaulicht. Das Ministerium sieht nach eigenen Angaben
43 in dem Atlas eine Eröffnung der Chance, von denjenigen
44 Kommunen zu lernen, die auf dem Weg zur tatsächlichen
45 Gleichberechtigung schon ein gan-zes Stück vorangekom-
46 men seien. Zugleich werde sichtbar, wo weitere Schritte
47 im Wettbewerb um den Standortfaktor Gleichstellung
48 vonnöten seien.

49

50 Vieles deutet schon jetzt darauf hin, dass in Niedersach-
51 sen im Bereich der Gleichstellungspolitik auf kommunaler
52 Ebene dringender Handlungsbedarf besteht: Einer von der
53 SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg in Auftrag ge-
54 gebenen Studie („Ursachen für die Unterrepräsentanz von
55 Frauen in der Kommunalpolitik - Befunde und Handlungs-
56 empfehlungen“, Sara Schlote, Wissenschaftszentrum Ber-
57 lin für Sozialforschung (WZB), Durchführungszeitraum:
58 12.11.2012 bis 13.01.2013), ist bereits jetzt (mit aktuellen Da-

1 ten) zu entnehmen, dass Niedersachsen das Bundesland
2 mit dem siebt-niedrigsten Frauenanteil in den Länderpar-
3 lamenten ist.

4
5 In allen deutschen Bundesländern seien Frauen in der Kom-
6 munalpolitik unterrepräsentiert. Einer, der Studie beige-
7 fügten Deutschlandkarte, auf welcher die Landkreise ent-
8 sprechend der Höhe des Frauenanteils in den politischen
9 Vertretungen, in verschiedenen starke Rottöne eingefärbt
10 sind, ist zu entnehmen, dass in Niedersachsen vereinzelt
11 sowohl der fast blasseste Rotton (Frauenanteil zehn Pro-
12 zent bis unter 20 Prozent), als auch der kräftigste Rotton
13 (Frauenanteil 40 Prozent und mehr) vorkommt, und dass
14 ein Frauenanteil zwischen 20 Prozent bis unter 30 Prozent
15 relativ häufig vorzuherrschen scheint. Sara Schlote weist
16 in ihrer Studie darauf hin, dass ein ausgewogenes Mitwir-
17 ken von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen
18 als Grundbedingung einer demokratischen Gesellschaft
19 definiert werde, und dass die ermittelten Zahlen in star-
20 kem Widerspruch zum Inhalt der Europäischen Charta zur
21 Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
22 (Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und
23 Männern auf lokaler Ebene 2006) stehen, welche verlangt,
24 dass das Recht auf Gleichstellung nicht nur anerkannt,
25 sondern auf alle Bereiche des Lebens angewendet werden
26 muss. Die Ausgangsfrage der Studie sei nicht, was Frauen
27 anders machen müssten, um die gleichen Beteiligungschancen
28 wie Männer zu erhalten, es werde vielmehr die
29 Aufmerksamkeit darauf gelenkt, wie Akteure sich verän-
30 dern müssten, damit mehr Frauen partizipierten.

31
32 Die vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gege-
33 bene Studie „Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen
34 von Kommunalpolitikerinnen“ aus dem Jahr 2010, deren
35 Ergebnisse auch in die Studie der SPD-Landtagsfraktion
36 Baden-Württemberg eingeflossen sind, deutet an, dass
37 Frauen, die kommunalpolitisch aktiv wurden, vorher rela-
38 tiv häufig von außen angesprochen worden waren, ob sie
39 in der Kommunalpolitik mitwirken möchten; zwei Drittel
40 der Befragten waren für ein politisches Mandat gewor-
41 ben worden, 60 Prozent wurden aus der Politik heraus
42 ermuntert zu kandidieren, relativ wenige seien zum Zeit-
43 punkt der Ansprache Parteimitglied gewesen. Frauen sei-
44 en häufig der Überzeugung, Kommunalpolitik sei zu weit
45 weg von ihrer Realität, zu trocken und zu kompliziert. Sara
46 Schlote weist darauf hin, dass es sehr wichtig sei, dass Par-
47 teien eine Sprache entwickeln, die vermittelt, dass Mitma-
48 chen einfach und niedrigschwellig möglich ist. Zunächst
49 auf eine begrenzte Zeitspanne angelegte Möglichkeiten
50 der Mitarbeit könnten Frauen darüber hinaus motivie-
51 ren in der Kommunalpolitik aktiv zu werden. So sei es z.B.
52 denkbar Frauen anzusprechen, ob sie nicht als Expertin
53 für eine anstehende kommunalpolitische Entscheidung
54 mitwirken wollen.

55

56 *Adressat:*

57 Bezirksvorstand, Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion

58

1 O | Organisationsfragen

2

3

4 **Antrag Nr. 001**

5 **Bildungskommission**

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

7 **Arbeitsprogramm der Bildungskommission**

8 **2013**

9

10 **Politische Bildung und ganzheitliches Lernen**

11 Der Bezirk Hannover hat seit vielen Jahren ein besonderes
12 Verständnis der politischen Erwachsenenbildung entwi-
13 ckelt und als Teil der politischen Arbeit gelebt. Diese Kultur
14 des ganzheitlichen Lernens wollen wir als SPD-Bezirk Han-
15 nover beibehalten und weiterentwickeln.

16

17 Weiterhin werden wir den Schwerpunkt politischer Bil-
18 dung beruhend auf diesem Verständnis fortsetzen:

19

20 – Politische Bildung ist immer auch Befähigung zur
21 Willensbildung in der Partei und damit deutlich
22 mehr als eine Qualifizierung für Ämter und Mandate.
23 Politische Kompetenz beruht für uns auf einer Ein-
24 heit aus fachlicher, methodischer und persönlicher
25 Kompetenz, die wir in den Veranstaltungen koopera-
26 tiv entwickeln.

27

28 – Politische Bildung soll einen aktiven Beitrag dazu
29 leisten, die demokratische Beteiligung als Kern eh-
30 renamtlicher politischer Arbeit zu verankern.

31

32 – Politische Bildung ist ein Beitrag und Bestandteil der
33 Organisationsentwicklung und innerparteilicher De-
34 mokratie. Eine enge Anbindung und hauptamtliche
35 Absicherung dieser Arbeit bleibt ein Erfolgsfaktor für
36 politische Handlungsfähigkeit.

37

38 – Politische Bildung ist soziales und demokratisches
39 Lernen – Unsere Veranstaltungen bieten die Mög-
40 lichkeiten, die eigenen Kompetenzen weiterzuentwi-
41 ckeln und sich politisch zu bilden.

42

43 – Politische Bildung verbindet sich für uns mit dem
44 Anspruch, zum kritischen Denken und solidarischen
45 Zusammenarbeiten anzuhalten und dies in den Ses-
46 minaren selbst zu leben.

47

48 **Zielgruppen der politischen Bildungsarbeit**

49 Die Hauptzielgruppe unserer politischen Bildungsarbeit
50 sollen weiterhin ehrenamtlich tätige Frauen und Männer
51 sein, die Verantwortung in Partei und in Mandaten für die
52 SPD übernommen haben oder übernehmen wollen.

53

54 Besondere Angebote wollen wir dabei machen für

55

56 – neue Mitglieder, um sie auf ihrem Weg zur aktiven
57 politischen Arbeit zu unterstützen;

58

- 1 – Frauen und Männer mit kommunalen Mandaten, um
2 einen Austausch über gelungene und gelingende so-
3 zialdemokratische Kommunalpolitik anzuregen;
- 4
- 5 – Frauen und Männer, die vertieft aktuelle politische
6 Zukunfts-Themen diskutieren wollen, um unsere Pro-
7 grammentwicklung zu unterstützen.
- 8
- 9 – Frauen und Männer, die die zielgerichtete Zusam-
10 menarbeit und beteiligungsorientiertes politisches
11 Arbeiten verbessern wollen.

12 **Gesellschaftliche Entwicklung, Ehrenamt und Lernwün-** 13 **sche**

14 Bildungsarbeit muss sich nicht nur den Entwicklungen
15 der Gesellschaft stellen, sondern Teilnehmerinnen und
16 Teilnehmer durch Bildungsveranstaltungen darin unter-
17 stützen, die gesellschaftlichen Bedingungen kritisch zu
18 reflektieren und sich selbst zu steuern.

19

20

21 Drei Entwicklungen beeinflussen die Bildungsarbeit in
22 den letzten Jahren im Besonderen, die durch Bildungsar-
23 beit in Form und Inhalt aufgegriffen werden müssen:

- 24
- 25 – Die gesellschaftliche Spaltung mit flexiblen Zeitregi-
26 men und damit unetigen Zeitfenstern für die poli-
27 tische Arbeit. Es wird in den nächsten Jahren wichtig
28 sein, Konzepte und Zugänge in der politischen Bil-
29 dungsarbeit zu entwickeln, mit denen wir die Teil-
30 nahme aller Interessierten sichern können. Zudem
31 wird es die Aufgabe sein, die sehr unterschiedlichen
32 Lebens- und Arbeitssituationen bei der Planung von
33 Seminarangeboten weiter zu berücksichtigen.
- 34
- 35 – Die sich verschiebenden Grenzen für das Ehrenamt.
36 Für Engagierte stellt es heute im besonderen Maße
37 eine Herausforderung dar, die Balance zwischen Ber-
38 uf, Ehrenamt und Familie zu finden und zu halten.
39 Die politische Bildungsarbeit soll weiterhin Angebo-
40 te mit Freiräumen eröffnen, in denen sich Engagierte
41 austauschen und für sie passende Wege erarbeiten
42 und reflektieren können.
- 43
- 44 – Die höheren Anforderungen im Umgang mit neuen
45 Medien. Hier wollen wir weiterhin Lernmöglichkei-
46 ten in unseren Seminaren schaffen. Zudem werden
47 wir prüfen, wie wir Bildungsformate durch die Nut-
48 zung neuer Medien bereichern können.

49 **Demokratische Beteiligung und Ehrenamt**

50 Eine wesentliche Zielgruppe unserer Bildungsarbeit sind
51 auch weiterhin die ehrenamtlichen Genossinnen und Ge-
52 nossen, die Verantwortung für die Sozialdemokratie in den
53 Gremien der Partei übernommen haben oder überneh-
54 men wollen. Für sie werden wir weiterhin ein vielfältiges
55 Angebot an Seminaren und Workshops unter anderem in
56 folgenden Bereichen anbieten:

57

58

- 1 – Beteiligungsorientierte politische Arbeit in Teams;
- 2 – Kommunikative Kompetenz in der politischen Arbeit;
- 3 – (Kritischer) Umgang mit Neuen Medien;
- 4 – Zukunftsthemen der Sozialdemokratie

5

6 **Kommunale Akademie Niedersachsen**

7 Um die notwendige Professionalisierung und Steigerung
8 der Qualität des Angebots sicher zu stellen, erfolgte vor
9 fast 15 Jahren die Zusammenfassung des Kommunalpoli-
10 tischen Bildungsangebots in der „Kommunalen Akademie
11 Niedersachsens“. Gerade im Vorfeld und in Folge der Kom-
12 munalwahlen 2011 ist der Zuspruch zu den Grundlagen,
13 aber auch den Spezialseminaren erheblich gewachsen.

14

15 Die tief greifende Bedeutung dieser Bildungsinitiative
16 zeigt sich in der erneut für 2013/2014 angebotenen Quali-
17 fizierungsreihe für zukünftige hauptamtliche Bürgermeis-
18 terinnen und Bürgermeister, denen damit der Einstieg in
19 eine qualifizierte, bürgernahe kommunalpolitische Arbeit
20 erleichtert werden soll.

21

22 In den Jahren 2014 und 2015 soll – in Vorbereitung auf die
23 nächsten Kommunalwahlen – wieder eine kommunalpoli-
24 tische Qualifizierungsreihe angeboten werden, mit denen
25 sich künftige Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf
26 ihre Ämter vorbereiten können.

27

28 Die erfolgreiche Arbeit der Kommunalen Akademie Nie-
29 dersachsen wird auch in Zukunft fortgesetzt und weiter-
30 entwickelt.

31

32 **Bildungsarbeit als Teil der Organisationsentwicklung**

33 Eine beteiligungsorientierte Organisationsentwicklung
34 kann ohne Angebote politischer Bildung nicht funktionie-
35 ren. Immer dort, wo wir Politik demokratisch entwickeln
36 wollen, werden wir Elemente und Arbeitsformen der
37 politischen Bildung in die Arbeit einbeziehen. Wir wer-
38 den dazu mit unterschiedlichen Formaten arbeiten, zum
39 Beispiel mit Zukunfts- und Programmwerkstätten, Bera-
40 tungsangeboten oder Projektmanagement-Workshops.

41

42 Insbesondere wird die Bildungsarbeit im Rahmen des Pro-
43 jektes „Organisationskraft stärken“ und weiterhin in der
44 themen- und zielgruppen-übergreifenden Arbeit des Be-
45 zirks unterstützend tätig bleiben.

46

47 Weiterhin soll die Bildungsarbeit des Bezirks dazu beitra-
48 gen, die Zusammenarbeit zwischen den Bezirken und im
49 Landesverband Niedersachsen zu vertiefen.

50

51 **Kooperationen für politische Bildung**

52 Politische Bildung ist eine gute Möglichkeit mit Bündnis-
53 partnerinnen und -partnern in Kontakt und Diskussion
54 zu kommen und sich selbst Anregungen zu organisieren.
55 Unsere Seminare und Veranstaltungen sollen diesen wich-
56 tigen Austausch mit Akteuren der Bürgergesellschaft ver-
57 tiefen.

58

1
2 Wir setzen zudem weiterhin auf die Zusammenarbeit mit
3 Teamerinnen und Teamern, die die politische Arbeit aus ei-
4 gener Erfahrung kennen und darüber hinaus methodisch
5 qualifiziert sind, Lernprozesse von Gruppen beteiligungs-
6 orientiert und wertschätzend zu steuern. Zur Qualitäts-
7 sicherung und Wertschätzung gehört es dabei auch, den
8 Teamerinnen und Teamern weiterhin kollegiale Beratung,
9 didaktischen Austausch und eigene Qualifizierung anzu-
10 bieten.

11

12 **Politische Bildung weiterentwickeln**

13 Wir wollen nicht nur bewährte Konzepte fortsetzen,
14 sondern neue Wege in der politischen Bildungsarbeit er-
15 proben. Dazu sind wir auf die Mitarbeit möglichst vieler
16 Genossinnen und Genossen und der Gliederungen ange-
17 wiesen. Zukunftsaufgaben sind für uns

18

19 – die Entwicklung von Lernformaten, die die neuen
20 Medien ergänzend zu Präsenzveranstaltungen nut-
21 zen und damit Zugänge zu Bildungsangeboten zu
22 verbreitern;

23

24 – die Entwicklung von Veranstaltungen und Veranstal-
25 tungsformaten, die die Beteiligung von Frauen an der
26 politischen Bildung, aber auch der politischen Arbeit,
27 erhöhen;

28

29 – die politischen Seminare stärker mit den inhaltlichen
30 Themenfeldern des Bezirks zu verzahnen.

31

32 – die sinnvolle Ergänzung von zentral angebotenen
33 Seminaren durch regionale Angebote vor Ort. Dies
34 kann und soll die zentrale Bildungsarbeit nicht erset-
35 zen, sondern mit Augenmaß ergänzen.

36

37 **Bildungskommission als Impulsgeberin**

38 Die Bildungskommission hat in den letzten Jahren die
39 Weiterentwicklung der Bildungsarbeit maßgeblich mit-
40 gestaltet. Auch in Zukunft setzt der Bezirk Hannover auf
41 diese Form qualifizierter Zusammenarbeit und Beratung.
42 Das Gremium sollte – wie bisher – Genossinnen und Ge-
43 nossen, die im Bezirk Verantwortung tragen, als auch wei-
44 teren Expertinnen und Experten der politischen Bildung
45 einbinden.

46

47 *Adressat*

48 Bezirksvorstand

49 Bildungskommission

50

51

52

53

54

55

56

57

58

1 **Antrag Nr. 002**

2 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg

3

4 **Keine Winterwahlkämpfe**

5

6 Bei der zukünftigen Festsetzung von Wahlterminen sind
7 Winterwahlkämpfe im Zeitraum von Dezember bis März
8 auszuschließen.

9

10 *Adressat*

11 SPD-Landtagsfraktion

12

13

14 **Antrag Nr. 003**

15 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg

16

17 **Wahlkreise mit regionaler Identität schaffen**

18

19

20 Wahlkreise mit regionaler Identität schaffen! Niedersachsen
21 braucht wieder 100 Direktwahlkreise

22

23 **Begründung:**

24 Im Bereich Nordostniedersachsen hat es in den letzten
25 Jahren seit der Landtagswahl 2008 ständig neue Zuschnitte der
26 Landtagswahlkreise gegeben, die nur zum Teil regionale Identitäten
27 berücksichtigt haben. Während der Landkreis Uelzen als homogener
28 Bereich angesehen werden kann ist der Wahlkreis Elbe ein künstliches
29 Produkt, das kaum noch eine verbindende Gemeinsamkeit hat.
30 Der Lüneburger Bereich ist ebenfalls in einem Zuschnitt aufgeteilt,
31 der den regionalen Gegebenheiten nicht mehr gerecht wird. Dabei
32 sind die Wahlkreisgrößen seit 2008 in einer Weise ausgedehnt
33 worden, die regelmäßig neue Änderungen erforderlich machen,
34 weil die Größen nach oben hin von den verfassungsmäßig gebotenen
35 erheblich abweichen. In Nachbarwahlkreisen hingegen wird bei der
36 Wahlkreisgröße die Grenze oft hart an die Verfassungsgrenze
37 reichender Weise nach unten abgewichen.

38

39 Insgesamt ist mehr als in Frage zu stellen, dass die Verkleinerung
40 des Niedersächsischen Landtages überhaupt etwas Positives bewirkt hat.

41

42 *Adressaten:*

43 Bezirksvorstand

44 SPD-Landtagsfraktion

45

46

47 **Antrag Nr. 004**

48 SPD-Unterbezirk Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg

49

50 **Partizipation der Arbeitsgemeinschaften ausbauen**

51

52

53 Bei Bundesparteitagen ist die Beteiligung der unterschiedlichen
54 Arbeitsgemeinschaften auszubauen. Hierzu sollen

55

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen,
Wahltermine aus den strengen Wintermonaten heraus zu halten.

Empfehlung der Antragskommission

Überweisung als Material an den Bezirksvorstand und die
SPD-Landtagsfraktion

Empfehlung der Antragskommission

Überweisung als Material an die Orgakommission

1 die Arbeitsgemeinschaften, analog zu den Regelungen an-
2 derer Gliederungen und unter den Einschränkungen des
3 §10 Organisationsstatut, eigene Delegierte zum Bundes-
4 parteitag entsenden können.

5

6 *Adressat:*

7 Ist noch festzulegen

8

9

10 **Antrag Nr. 005**

11 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung

12

13 **Beschaffung von Werbematerialien**

14

15 Die Beschaffung von Werbematerialien (Wahlplakate,
16 Wesselmänner, etc.) für Landtags- und Bundestagswahl-
17 kämpfe erfolgt nicht ausschließlich über den Landesver-
18 band, sondern muss auch über die jeweilige Parteigliede-
19 rungen möglich sein.

20

21

22 **Begründung :**

23 Mit den Materialien, sowohl in Bereitstellung, Qualität,
24 Flexibilität, Reparatur, etc., zum letzten Landtagswahl-
25 kampf in Niedersachsen ist der SPD Ortsverein Bevensen
26 mehr als unglücklich und unzufrieden.

27

28 Nicht nur, dass sich die Kandidatinnenplakate sich durch
29 Witterungseinflüsse in ihre Bestandteile auflösten und die
30 Beklebung der Wesselmanntafeln sich noch am Tage ihrer
31 Aufstellung ablösten und es bis zur Reparatur etliche Tage
32 dauerte, gestaltete sich die auch die weitere Materialbe-
33 schaffung schwierig. Das ist aus unserer Sicht nicht dem
34 UB-Büro vor Ort anzulasten, sondern dürfte sich aus den
35 Vorgaben der Landeswahlleitung ergeben haben.

36

37 Wann immer wir Fragen zur terminlichen Verfügbarkeit
38 oder Gedanken zu Gestaltungs- und Beschaffungsmög-
39 lichkeiten der Materialien angemeldet haben kam zur
40 Antwort, dass der Unterbezirk darauf keinen Einfluss habe
41 und die Dinge vom Landeverband vorgegeben seien.

42

43 Das ist für eine Wahlkampfgestaltung vor Ort nicht nur
44 unbefriedigend, es greift unseres Erachtens auch weit, zu
45 weit in die Gestaltungshoheit der Gliederungen ein. Ins-
46 besondere dann, wenn, wie z. B. im Letzten Wahlkampf
47 geschehen, über die Finanzierungsumlage hinaus erst
48 dadurch Wesselmanntafeln für die Kandidatin aufgestellt
49 werden konnten, indem diese Kosten von den Ortsverei-
50 nen selbst getragen werden.

51

52 Wenn diese Wesselmänner dann auch noch wegen eines
53 Gentlemen agreements erst später aufgestellt werden
54 und auch noch über Tage schadhafte dastehen, dann ist das
55 aus unserer Sicht nicht mehr akzeptabel. Vor diesem Hin-
56 tergrund beantragen wir, den Gliederungen bei künftigen
57 Wahlkämpfen mehr Gestaltungsfreiheit zu übertragen.

58

1 Antrag Nr. 006

2 Jusos Bezirk Hannover

3

4 Mit uns zieht die neue Zeit – Notwendige 5 Reformen der SPD Niedersachsen

6

7 Seit kurzem hat die SPD Niedersachsen einen Generalsekretär. Auf dem nächsten ordentlichen Parteitag soll dieser Posten auch im Statut verankert werden. Für uns steht fest: das darf nicht die einzige Änderung sein. Um die SPD Niedersachsen zukunftsfähig und basisorientierter zu gestalten, müssen dringend Strukturreformen durchgeführt werden.

9

10 Unsere konkreten Forderungen sind:

11

12 1. Landesparteirat zum Landeskonvent weiterentwickeln

13

14 Die Sitzungen des Landesparteirates sind eine Farce. Zuständig um die Parteibasis an Diskussionen und Entscheidungen des Vorstandes und der Landtagsfraktion zu beteiligen, ist der Landesparteirat heute ein Treffen zum Schnitzchen essen und ewig lange Berichte aus Fraktion und Vorstand zu hören. Entstehende Diskussionen werden bewusst verzögert und verhindert. Beschlüsse werden ignoriert: So ist zum Beispiel der Beschluss des Landesparteirates zur Rente – der eigentlich durch den Landesvorstand hätte behandelt werden sollen – durch den Landesvorstand lediglich zur Kenntnis genommen und damit beerdigt worden. Das Präsidium des Landesparteirates beklagt die Torpedierung ihrer Arbeit durch die Landesgeschäftsführung. Die Hälfte der Delegierten reisen regelmäßig gar nicht mehr an. All das liegt begründet in den fehlenden Kompetenzen des Landesparteirates. Eine Lösung dieses Dilemmas ist eine echte Aufwertung des Landesparteirates zu einem Landeskonvent nach Vorbild des Parteikonvents auf Bundesebene.

23

24 Konkret:

25

- 26 – Die Erweiterung der Kompetenzen des Parteirates zu einem Beschlussgremium das über alle Fragen beschließen darf, die nicht qua Satzung oder Gesetz dem Parteitag vorenthalten sind. Vorbild muss der Bundesparteikonvent sein.
- 27 – Das vierteljährliche Tagen des Konvents um die Arbeit des Landesvorstandes, der Fraktion und der Regierung sicherzustellen, aber auch um rechtzeitig Sachverstand und Erfahrung der ganzen Breite der Partei in deren Arbeit einfließen lassen zu können.
- 28 – Eine breite Debatte über die Form und Dichte der Informationen des Landesvorstandes und der Fraktion die das Ziel hat, deren Angebote zu verbessern und so möglichst viele Genossinnen und Genossen an den Debatten auf der Landesebene teilhaben zu lassen.

36

37 2. Landesparteitage aufwerten

38

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Mit uns zieht die neue Zeit – Parteiorganisation weiter entwickeln

Die SPD im Bezirk Hannover wird die Diskussion um die Weiterentwicklung der Partei zu folgenden Positionen wieder aufnehmen:

1. Der Landesparteirat muss nach dem Vorbild des Bundesparteikonvents weiter entwickelt werden. Er muss ein Beschlussgremium der Landespartei werden und zwischen den Parteitag mindestens halbjährlich tagen.
2. Landesparteitage müssen Zeit für Reden, Wahlen, Diskussionen und Abstimmungen ermöglichen und die politische Willensbildung in den Mittelpunkt stellen. Dieser Anspruch ist in einer Satzung zu konkretisieren. Deshalb wollen wir, dass Landesparteitage möglichst zweitägig stattfinden.
3. Die personelle Verflechtung von geschäftsführenden Bezirksvorständen, dem Landesvorstand bzw. seinem Präsidium und dem Fraktionsvorstand muss verringert werden. Der Landesvorstand sollte dazu in einem ersten Schritt sichtbar machen, wie diese Verflechtung ausgestaltet ist und Maßnahmen vorschlagen, die ihr entgegen wirken.
4. Die Basis-Landesebene benötigt eine hauptamtliche politische Geschäftsführung, sofern dies finanziell darstellbar ist. Diese Geschäftsführung sollte auf der Basis eines mit der Landespartei abgestimmten Konzepts arbeiten. Neben der Verwaltung der VPI-Mittel sollte das Konzept auch auf die Förderung der Mitgliedschaft und des Engagements von Frauen und jungen Menschen in der SPD abzielen. Dies ist mit Konzepten des Bezirks möglichst zu verzahnen.

1 Seit Jahren hören wir jedes Mal vor jedem Partei-
2 tag ein „Argument“: „Wir können das heute nicht
3 diskutieren, heute muss ein ‚Signal‘ ausgehen.“. Mit
4 diesem Signal ist dann je nach Parteitag eine Wahl,
5 Krönung, ein wichtiger Beschluss oder schlicht und
6 ergreifend die Tatsache, dass eine große Anzahl von
7 PressevertreterInnen anwesend ist, gemeint. Diskus-
8 sionen, die möglicherweise kontrovers sein können,
9 wurden soweit es ging durch SPD-FunktionärInnen
10 im Vorfeld versucht zu verhindern oder zu verzögern.
11 Davon haben wir uns nie abhalten lassen Diskussio-
12 nen trotzdem zu führen. Dennoch ist uns durchaus
13 bewusst, dass Inszenierung auch Teil des politischen
14 Geschäfts ist und wir als SPD uns dem auch nicht
15 entziehen können. Aber sind wir auch der Meinung,
16 dass ein eine Möglichkeit für die Partei geschaffen
17 werden muss um wirklich zu diskutieren.

18

19 Konkret:

- 20 – Landesparteitage finden künftig in der Regel zweitä-
21 gig statt. So ist sichergestellt, dass neben Reden von
22 SpitzenpolitikerInnen auch genug Raum für Diskus-
23 sionen der Partei ist.
- 24 – Im Landesvorstand werden klare inhaltliche Zustän-
25 digkeiten festgelegt. Über Foren werden gemeinsam
26 mit der Parteibasis Anträge für Parteitage entwickelt.

27

28 **3. Den Landesvorstand der gesellschaftlichen Realität an-** 29 **passen**

30 18,5 Prozent, bzw. fünf GenossInnen. Das ist in Zahlen
31 ausgedrückt der Anteil von Mitgliedern des SPD Lan-
32 desvorstandes, die keine BerufspolitikerInnen sind.
33 Dem gegenüber stehen 22 Bundestags- und Land-
34 tagsabgeordnete, Hauptverwaltungsbeamte oder
35 Mitglieder der Regierung. Darüber hinaus bestehen
36 zwischen Landespräsidium und Landtagsfraktions-
37 vorstand erhebliche Personalüberschneidungen. Wie
38 kann ein Gremium, das so zusammengesetzt ist, die
39 gesellschaftliche Realität widerspiegeln? Jedes Mit-
40 glied des Landesvorstandes macht unbestritten eine
41 gute Arbeit, dennoch ist es unerlässlich das Gremium
42 der Gesellschaft, für die wir Politik machen, anzupas-
43 sen.

44

45 Konkret:

- 46 – Die Verankerung einer Regelung, die den Anteil von
47 Ehrenamtlichen im SPD Landesvorstand auf über 50
48 Prozent festlegt.
- 49 – Eine Absprache der Bezirke, die vorsieht zur nächsten
50 Wahl des Landesvorstandes jeweils zur Hälfte Kan-
51 didierende zu unterstützen die einer Beschäftigung
52 außerhalb der Politik nachgehen oder nachgingen.
53 Damit verbunden werden sollte ein langer Vorlauf,
54 so dass ausscheidende Landesvorstandsmitglieder
55 ausreichend Zeit haben sich auf dieses Vorgehen ein-
56 zustellen.
- 57 – Eine Trennung von Präsidium und Fraktionsvorstand.
58 Ein Drittel der Mitglieder des Präsidiums sollten nicht

1 Mitglieder des Landtages (oder der Landesregierung)
2 sein. Maximal ein Drittel sollte Mitglied des Frakti-
3 onsvorstandes sein. Auch diese Frage kann mit einer
4 Absprache zwischen den Bezirken, dem Landesvor-
5 sitzenden und der Fraktionsvorsitzenden ermöglicht
6 werden, dass eben solche Kandidierende unterstützt
7 werden, die dieses Vorgehen ermöglichen.

8

9 **4. Weiblicher werden – Jünger werden.**

10 Die SPD Niedersachsen ist heute eine Männerpartei.
11 Sie schafft es – trotz anderer Versprechungen – im-
12 mer noch nicht, Frauen adäquat an Macht und Ver-
13 antwortung zu beteiligen. Wichtiger als Frauen zu
14 beteiligen sind alle möglichen Dinge – am wichtigs-
15 ten aber der absurde Bezirksproporz, der seine Legiti-
16 mation ausschließlich aus dem Status quo beziehen.
17 Fassungslos stehen heute ältere Sozialdemokraten
18 (sic!) vor der Frage, wie die SPD den jugendlichen und
19 weiblichen Grünen eine Strategie entgegensetzen
20 soll. Die SPD Niedersachsen muss ihren Umbau zu ei-
21 ner Partei beider Geschlechter und einer Verjüngung
22 forcieren.

23

24 Konkret:

- 25 – Bei der Schaffung des Postens der Generalsekretärin
26 oder des Generalsekretärs, muss eine Quotierungs-
27 regelung greifen. Denkbar wäre es vorzuschreiben,
28 dass mindestens eine der Positionen Landesvorsitz,
29 Landesgeschäftsführung und GeneralsekretärIn
30 weiblich sein muss.
- 31 – Landesvorstand und Parteikonvent müssen eine Ar-
32beitsgruppe einsetzen, die ein Verfahren zur Sicher-
33stellung der Geschlechterparität zukünftiger SPD-
34geführter Regierungen vorschlagen. Diese Verfahren
35muss von Landesparteitag beschlossen werden.
- 36 – Der SPD-Landesverband muss seine Frauenförde-
37rung evaluieren und weiterentwickeln

38

39 **5. Jusos professionalisieren – Hauptamtliche Unterstüt- 40 zung sicherstellen.**

41 In der bisherigen Praxis verfügen die Jusos Nieder-
42 sachsen über keine echte hauptamtliche Unterstüt-
43 zung. In den letzten zwei Jahren haben sich die Ge-
44 nossen, die die VPJ-Abrechnung durchführen bereit
45 erklärt darüber hinaus als ehrenamtlicher Geschäfts-
46 führer im Juso-Landesvorstand mitzuarbeiten. In der
47 Realität führt das zu einer massiven Arbeitsbelas-
48 tung und einem Arbeitsmodell, das wohl kaum mit
49 dem von uns geforderten Leitbild der „Guten Arbeit“
50 einhergehen kann. Darüber hinaus ist das Fehlen ei-
51 ner echten Hauptamtlichkeit ein Grund dafür, dass
52 die Jusos Niedersachsen im Vergleich zur politischen
53 Konkurrenz oft das Nachsehen hat.

54

55 Konkret:

- 56 – Die Geschäftsführung des Juso Landesverbandes
57 muss unabhängig von der Abrechnung und Verwal-
58 tung der VPJ-Mittel organisiert werden.

1 – Eine hauptamtliche politische Geschäftsführung
2 wird eingeführt.

3
4 *Adressaten:*

5 Bezirksvorstand

6 Landesvorstand

7

8

9 **Antrag Nr. 007**

10 Jusos Bezirk Hannover

11

12 **Bekanntnis zum Reißverschluss – alles** 13 **andere ist Diskriminierung**

14

15 Die SPD bekennt sich zum Reißverschlussverfahren und
16 zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen bei Lis-
17 tenaufstellungen. Nur durch den Reißverschluss haben
18 Frauen größtmögliche Chance über die Liste ebenso viele
19 Mandate wie Männer zu erringen. Darüber hinaus bleibt
20 das Problem, dass viel zu wenig Genossinnen als Direkt-
21 kandidatinnen in aussichtsreichen Wahlkreisen aufge-
22 stellt werden.

23

24 **Begründung:**

25 Noch immer werden Frauen in der Politik diskriminiert. In
26 der aktuellen Landtagsfraktion sind 14 von 49 Abgeordne-
27 ten Frauen – das macht eine Quote von 28,57Prozent. Die-
28 se Quote ist, gelinde gesagt, nicht akzeptabel. Eine höhere
29 Quote muss durch geeignete Mittel erreicht werden – am
30 wirkungsvollsten hierfür ist das Reißverschlussverfahren.
31 Das Reißverschlussverfahren hilft zumindest dann, ein
32 ausgewogenes Verhältnis von Männern und Frauen in
33 Fraktionen zu erreichen, wenn es keine Direktmandate
34 gibt. In Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten führt eine
35 im Reißverschlussverfahren aufgestellte Liste dazu, dass
36 etwa gleich viele Männer und Frauen in den Gremien sit-
37 zen. Dieses Verfahren ist bewährt und muss beibehalten
38 werden.

39

40 Auf höheren Ebenen funktioniert dieses Verfahren dann
41 nicht, wenn mehr Wahlkreise direkt gewonnen werden,
42 als zunächst erwartet. Dies haben wir auch bei der letzten
43 Landtagswahl erlebt: Von 33 gewonnenen Direktmanda-
44 ten wurden sieben dieser Mandate von Frauen gewonnen.
45 Über die Liste sind dann noch acht Frauen nachgerückt.
46 Die Konsequenz daraus ist, dass der Reißverschluss ins-
47 besondere von Genossen in Frage gestellt wird: „Hätten
48 wir keinen Reißverschluss gehabt, wären mehr Frauen in
49 den Landtag eingezogen.“ Wenn man diese Behauptung
50 genau nachrechnet, wäre das genau eine Frau – am Reiß-
51 verschlussverfahren liegt es also wohl nicht, dass nur 14
52 Frauen für die SPD im Landtag sitzen.

53

54 Die Partei muss dafür sorgen, dass mehr Frauen in siche-
55 ren Wahlkreisen kandidieren. In den Unterbezirken müs-
56 sen Frauen dazu ermutigt werden, sich der Herausforde-
57 rung einer Kandidatur zu stellen. Dies gilt gerade auch für
58 Wahlkreise, die traditionell von der SPD gewonnen wer-

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch den Beschluss des Bundesparteitages 2011
und Wahlordnung § 4 (2)

1 den.

2

3 In Unterbezirken mit mehreren Wahlkreisen muss die Fra-
4 ge gestellt werden, ob man hier generell eine Quotierung
5 innerhalb des Unterbezirks anstrebt. Diese müssen sich
6 die Unterbezirke selbst auferlegen und das kann nicht von
7 oben angeordnet werden – deshalb muss das Bewusstsein
8 für Gleichberechtigung in der Partei bei jedem Genossen
9 und jeder Genossin geschaffen werden.

10

11 Zudem müssen sich diese Unterbezirke Gedanken darüber
12 machen, wen sie in der Liste an der Spitze haben wollen.
13 Da kann dann auch mal die junge erstmals kandidierende
14 Genossin vor dem etablierten Landtagsabgeordneten auf
15 der Liste platziert werden.

16

17 Wenn die Unterbezirke ihre Augen vor diesem Problem
18 verschließen sollten, müssen die Vorstände auf höheren
19 Ebenen auf die Gleichberechtigung von Männern und
20 Frauen bestehen. Dies könnte zum Beispiel auch dadurch
21 geschehen, dass jeder dritte Frauenplatz auf der Liste mit
22 einer Frau aus einem schwer zu gewinnenden Wahlkreis
23 besetzt wird.

24

25 Die Kritik am Reißverschluss ist schlichtweg falsch und
26 nicht tragbar – ein besseres System, um Frauen und Män-
27 ner gleichermaßen auf Listen zu berücksichtigen, gibt es
28 im Moment nicht.

29

30 *Adressaten:*

31 Landesparteitag

32 Bundesparteitag

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

1 R | Rechts- und Sicherheitspolitik

2

3

4 **Antrag Nr. R01**

5 Jusos Bezirk Hannover

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

6

7 **Kein Einsatz von Kampfdrohnen in der**

8 **Bundeswehr!**

9

10 Die SPD im Bezirk Hannover fordert die niedersächsischen
11 SPD-Bundestagsabgeordneten auf, ...

12

13 1. sich für die Ächtung und ein weltweites Verbot von
14 Kampfdrohnen einzusetzen;

15

16 2. sich gegen die Anschaffung sowie den Einsatz von
17 bewaffneten und kampffähigen unbemannten Luft-
18 fahrzeugen (Kampfdrohnen), durch die Bundeswehr
19 oder andere deutsche staatliche Institutionen, sowie
20 die damit bezweckte gezielte Tötung von Menschen,
21 im In- und Ausland strikt einzusetzen.

22

23 3. sich für die Schaffung von völkerrechtlich binden-
24 den Grundlagen rundum den möglichen Status und
25 beim Einsatz dieser Waffen. Sofern dies nicht gelingt,
26 ist ein weltweites Verbot und eine Ächtung dieser
27 durchzusetzen;

28

29 4. sich dafür einzusetzen, dass der Einsatz von Späh-
30 drohnen durch die Bundeswehr nur in Kriegs- und
31 äußeren Krisengebieten zulässig ist. Ein Einsatz im
32 Inneren hat zu unterbleiben, ausgenommen im Rah-
33 men der Amtshilfe bei Großschadenslagen (Katastro-
34 phen).

35

36

37 **Begründung:**

38 Die Beschaffung von aktiven Angriffswaffen für die Bun-
39 deswehr (diese ist im Grundgesetz als Verteidigungsar-
40 mee definiert), welche über große Distanzen gesteuert
41 werden können, lehnen wir strikt ab. Grundsätzlich muss
42 auch die Frage geklärt werden, nach welchen völkerrecht-
43 lich bindenden Regeln diese Waffen, wenn überhaupt,
44 eingesetzt werden dürfen. Ein Verbot und eine Ächtung
45 dieser wird von uns begrüßt. Das Töten von Menschen
46 über Kontinente hinweg, verändert die Kriegsführung
47 und verändert auch die Sicherheitslage Unschuldiger.
48 Niemand weiß wo, wann und von wem diese Waffen ein-
49 gesetzt bzw. gesteuert werden. Der Einsatz weit entfernt
50 von jeglichen Kampfhandlungen ist möglich und setzt die
51 Zivilbevölkerung einer ständigen Gefahr aus. Kriege müs-
52 sen verhindert werden. Sie dürfen nicht durch Gefahrenre-
53 duzierung für die eigenen Armeeinghörigen erleichtert
54 werden. Krieg ist und bleibt kein Videospiel.

55

56 **Adressat:**

57 Niedersächsische SPD-Bundestagsabgeordnete

58

1 **Antrag Nr. Ro2**

2 Jusos Bezirk Hannover

3

4 **Für mehr Transparenz und Rechtsstaat**

5

6 Wir fordern...

7

8 1) die Einrichtung von Untersuchungsinstanzen, die
9 von der Polizei unabhängig sind und bei Vorwürfen
10 gegen PolizeibeamtInnen, StaatsanwältInnen oder
11 ZollbeamtInnen zuständig sein sollen.

12

13 2) eine Audio- und Videoaufzeichnung in allen Berei-
14 chen einer Polizeiwache in denen sich Inhaftierte
15 aufhalten, sofern dies nicht das Persönlichkeitsrecht
16 oder das Recht auf vertrauliche Gespräche mit ihrem
17 Rechtsbeistand oder Arzt/Ärztin verletzt. Die Auf-
18 zeichnungen sollen auf einem externen Server ge-
19 speichert werden.

20

21 *Begründung:*

22

23 zu 1)
24 Die Arbeitsprozesse von Staatsanwaltschaft und Po-
25 lizei sind eng verschränkt: Zwar ist die Staatsanwalt-
26 schaft »Herrin der Ermittlung«. In der Regel leistet
27 die Polizei jedoch die konkrete Arbeit, zum Beispiel
28 das Sichern von Beweisen oder die Befragung von
29 Zeugen. In den meisten Bundesländern gibt es dazu
30 keine speziellen Einheiten der Polizei: KollegInnen er-
31 mitteln gegen KollegInnen.

31

32 Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte
33 hat mehrfach unterstrichen, dass jeder Vorwurf einer
34 polizeilichen Misshandlung umfassend, umgehend,
35 unabhängig und unparteiisch untersucht werden
36 muss. Kommt ein Staat dieser Verpflichtung nicht
37 nach, begeht er eine Menschenrechtsverletzung.

38

39 In vielen Ländern, auch in Europa, gibt es bereits
40 spezielle Untersuchungskommissionen, die sich an
41 diesen Kriterien orientieren, zum Beispiel in England,
42 Irland und Norwegen. Sie ermitteln bei Beschwerden
43 und Anzeigen gegen PolizistInnen. Sie informieren
44 und beraten darüber hinaus, wo und wie Betroffene
45 von Übergriffen Beschwerde gegen PolizistInnen ein-
46 reichen können.

47

48 zu 2)

49 Viele Geschehnisse auf Polizeiwachen und in Polizei-
50 gewahrsam werden nicht ausreichend dokumentiert.
51 Zudem geschieht alles ohne unabhängige Zeugen.
52 Deshalb sind Misshandlungsvorwürfe gegen Poli-
53 zistInnen von Personen in polizeilichem Gewahrsam
54 schwer aufzuklären. Aus diesem Grund muss hier die
55 Kontrolle entsprechend streng sein und neu geregelt
56 werden. Jede, auf einen sich in Polizeigewahrsam be-
57 findlichen Menschen bezogene Handlung und Infor-
58

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in folgender Fassung

Für mehr Transparenz und Rechtsstaat

Wir fordern eine Audio- und Videoaufzeichnung in allen Bereichen einer Polizeiwache in denen sich Inhaftierte aufhalten, sofern dies nicht das Persönlichkeitsrecht oder das Recht auf vertrauliche Gespräche mit ihrem Rechtsbeistand oder Arzt/Ärztin verletzt. Die Aufzeichnungen sollen auf einem externen Server gespeichert werden.

1 mation, muss genau dokumentiert werden.

2

3 Die Forderung internationaler Gremien, wie der
4 Vereinten Nationen und des Europarats, nach einer
5 Audio- und Videoaufzeichnung ist deshalb nur der
6 nächste konsequente Schritt. Diese soll in allen Be-
7 reichen erfolgen, in denen sich Inhaftierte aufhalten,
8 sofern dies nicht das Persönlichkeitsrecht oder das
9 Recht auf vertrauliche Gespräche mit ihrem Rechts-
10 beistand oder Arzt/Ärztin verletzt. Die Aufzeichnun-
11 gen sollen extern gespeichert werden, damit sie über
12 einen angemessenen Zeitraum vor Manipulationen
13 geschützt sind.

14

15 Adressat:

16 Noch festzulegen

17

18

19 **Antrag Nr. Ro3**

20 Jusos Bezirk Hannover

21

22 **Transparenz schaffen: Waffenexporte 23 und Rüstungsverträge einschränken und 24 demokratisch legitimieren**

25

26 Die SPD im Bezirk Hannover verurteilt die momentane
27 Rüstungspolitik der deutschen Bundesregierung und for-
28 dert:

29

30 1. Dass alle Rüstungsexporte durch den Bundestag le-
31 gitimiert werden.

32

33 2. Dass Transparenz geschaffen wird und öffentliche
34 Diskussionen im Bundestag zu den einzelnen Expor-
35 ten stattfinden können.

36

37 3. Dass keine Rüstungsverkäufe in Krisen- und Konflikt-
38 gebiete getätigt werden dürfen.

39

40 4. Dass Rüstungsexporte in Entwicklungsländer schär-
41 feren Richtlinien unterliegen müssen.

42

43 **Begründung:**

44 *Exporte in Krisen- und Konfliktgebiete und Entwick-
45 lungsländer*

46

47 Waffen können nicht die Lösung sein, deshalb for-
48 dern wir schon seit langem eine Abrüstung. Doch
49 von dieser sind wir weit entfernt. Stattdessen werden
50 verstärkt Waffen an das Ausland verkauft. Kein Land
51 der Europäischen Union exportiert soviel Waffen
52 und Rüstungsgüter wie Deutschland. In den letzten
53 Jahren ist das Exportvolumen um rund 20 Prozent
54 auf 7,7 Mrd. Euro gestiegen. Fast ein Viertel aller Rüs-
55 tungsexporte gehen an Entwicklungsländer. Anstatt
56 Entwicklungshilfe verstärkt zu betreiben, werden
57 diese Länder mit Waffen bestückt. Friedenssicherung
58 sieht anders aus. Waffen werden in Krisen- und Kon-
fliktregionen verkauft, wie zum Beispiel an Pakistan

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in folgender Fassung

**Transparenz schaffen: Waffenexporte und Rüstungsver-
träge einschränken und demokratisch legitimieren**

Die SPD im Bezirk Hannover verurteilt die momentane
Rüstungspolitik der deutschen Bundesregierung und for-
dert, dass alle Rüstungsexporte durch den Bundestag le-
gitimiert werden.

1 und Israel und verstärken somit Spannung zwischen
2 diesen Staaten. Es wird geschätzt, dass jede Minute
3 ein Mensch an den Folgen einer Gewehrpatrone, einer
4 Handgranate oder einer Landmine stirbt. Dies kann
5 nicht länger hingenommen werden. Exporte in Kri-
6 sen- und Konfliktgebiete müssen verboten werden.
7 Zudem müssen an Exporte in Entwicklungsländer
8 stärkere Anforderungen gesetzt werden als an Ex-
9 porte in Industriestaaten.

10 *Verdopplung der Rüstungsexporte*

11 In den letzten Jahren genehmigte die Bundesregie-
12 rung zahlreiche Lizenzen für Staaten, die gemäß EU-
13 Verhaltenskodex für Rüstungsexporte von 1998 als
14 problematisch einzustufen sind. Besonders beliebt
15 sind Exporte in die Golfstaaten, diese verdoppelten
16 sich sogar in den letzten Jahren. Insgesamt wurden
17 demnach im vergangenen Jahr Ausfuhren von Rüs-
18 tungsgütern in die sechs Staaten des Golf-Kooperati-
19 onsrates von 1,42 Milliarden Euro, genehmigt. Im Jah-
20 re 2011 belief sich der Vergleichswert auf knapp 570
21 Millionen Euro. Der mit Abstand größte Anteil entfiel
22 dem Bericht zufolge auf Saudi-Arabien mit einem
23 Export-Genehmigungswert von 1,24 Milliarden Euro.
24 Dies sei das Neunfache des Vorjahreswertes.

25 *Legitimation durch den Bundestag*

26 Die Exporte nach Saudi-Arabien sind besonders auf-
27 grund der schwierigen Menschenrechtssituation im-
28 mer wieder in der Presse thematisiert worden. Die
29 Bundesregierung selber äußerte sich jedoch nicht
30 dazu und verwies lediglich auf die Rüstungsberich-
31 te des vergangenen Jahre. Transparenz sieht anders
32 aus! Rüstungsexporte müssen strenger überwacht
33 werden und die Voraussetzungen geändert werden.
34 Bislang kann die Bundesregierung ohne die Zustim-
35 mung des Parlaments handeln. Lediglich der geheim
36 tagende Bundessicherheitsrat muss zustimmen. Es
37 zeigt sich ein Mangel an Demokratie und Überwa-
38 chung. Es kann nicht sein, dass nicht einmal die Mit-
39 glieder des Deutschen Bundestages über Rüstungs-
40 fragen informiert werden. Rüstungsexporte müssen
41 im deutschen Bundestag öffentlich diskutiert und
42 abgestimmt werden. Ein Beispiel könnte man sich
43 am britischen Modell nehmen, dort müsse die Re-
44 gierung vierteljährlich alle Genehmigungen zum
45 Rüstungsexport bekannt machen, damit sie in ei-
46 nem parlamentarischen Gremium diskutiert werden
47 könnten.

48 *Adressat:*

49 Landesparteitag

50 Bundesparteitag

51

52

53

54

55

56

57

58

1 **Antrag Nr. Ro4**

2 Jusos Bezirk Hannover

3

4 **Besserer Umgang mit unschuldig Verur-**
5 **teilten**

6

7 Die Landesregierung wird aufgefordert, sich in einer Bun-
8 desratsinitiative für eine gerechte Ausgestaltung der Haft-
9 entschädigung einzusetzen, wie bereits 2009 von der SPD-
10 Fraktion im Landtag beantragt wurde.

11

12 1.

13 Änderung des § 7 StrEG (Gesetz über die Entschädigung
14 für Strafverfolgungsmaßnahmen)

15 Streiche Absatz 2 ersatzlos.

16 Ändere Abs. 3:

17 Für den Schaden, der nicht Vermögensschaden ist,
18 beträgt die Entschädigung 50 Euro für jeden ange-
19 fangenen Tag der Freiheitsentziehung.

20

21 2.

22 Neuer § 70a NJVollzG (Niedersächsisches Justizvollzugsge-
23 setz)

24 Füge nach § 70 NJVollzG ein:

25 Die §§ 69 Abs. 3 und 70 gelten insbesondere auch für
26 zu Unrecht Verurteilte.

27

28 3.

29 Statistik zu Fehlurteilen

30 Die Landesregierung wird beauftragt, eine geeignete
31 Statistik zu den in Niedersachsen ergangenen Fehl-
32 urteilen erarbeiten zu lassen. Hierbei soll insbeson-
33 dere aufgeführt werden, aus welchem Grund diese
34 Fehlurteile gefällt wurden.

35

36 Begründung:

37 Wird ein Mensch fälschlicherweise einer Straftat bezich-
38 tigt und schließlich auch verurteilt, hat dies in vielen Fällen
39 weitreichende Folgen für den Verurteilten oder die Verur-
40 teilte. Besonders dramatisch sind diese Fehlurteile, wenn
41 sie eine Freiheitsstrafe zur Folge haben. Die Gefangenen
42 verbüßen eine Strafe, die sie nicht begangen haben. Da-
43 durch wird ihre gesamte Existenz zerstört: das soziale Um-
44 feld wendet sich ab, Familien zerbrechen. Hinzu kommen
45 massive psychische Probleme und der schwierige Umgang
46 mit anderen Gefangenen.

47

48 Der immaterielle Schaden wird bisher mit 25 Euro pro Tag
49 beziffert – das macht auf ein Jahr gerechnet 9.125 Euro. Der
50 Entzug der Freiheit kann vielleicht nicht genau beziffert
51 werden, dennoch ist auf den ersten Blick für jeden Laien
52 klar, dass 9.125 Euro nicht ein Jahr im Gefängnis aufwiegen
53 können. Zudem sieht die Praxis im europäischen Raum
54 auch anders aus: Österreich zahlt 100 Euro, Dänemark bis
55 108 Euro, Frankreich und Spanien von 50 bis 250 Euro. Im
56 europäischen Kontext sind 50 Euro also die Minimalgren-
57 ze. Die Entschädigungssumme in Deutschland muss also

58

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Koalitionsvertrag

Material an die SPD-Landtagsfraktion

deutlich angepasst werden, um wenigstens ein im Vergleich geringes Niveau zu erreichen.

1
2
3 Zu Unrecht Verurteilte haben keinen Gesinnungswert
4 gegenüber der Rechtsordnung – dementsprechend müssen sie nicht resozialisiert werden. Diese Menschen haben
5 jedoch das Vertrauen in den Rechtsstaat und sein System
6 dermaßen verloren, dass ihnen beim Einstieg in ein normales
7 Leben geholfen werden muss. Unter diesem Aspekt
8 sollte explizit festgehalten werden, dass in Niedersachsen
9 diesen Menschen wenigstens dieselben Hilfen wie allen
10 anderen Strafgefangenen zuteil werden.
11

12
13 Bisher gibt es bundesweit keine Statistiken zu Fehlurteilen
14 bzw. erfolgreichen Freisprüchen in Wiederaufnahmeverfahren.
15 Dies verwundert ob der geringen Zahl an Wiederaufnahmen
16 (90 Wiederaufnahmen bei 800.000 Strafverfahren pro Jahr) auch nicht besonders. Erstaunlich
17 hingegen ist, dass in etwa 30-40 Prozent der Fälle kommen
18 Zivilgerichte beim Schadensersatzprozess zu einem anderen
19 Ergebnis als die Strafgerichte. Hier ist zu hinterfragen, wie diese
20 Diskrepanz zustande kommt. Ein erster Schritt hierzu ist die
21 vollständige Transparenz der Rechtsprechung bei Fehlurteilen.
22
23

24
25 Bisherige Fassung des § 7 StrEG: Umfang des Schadensersatzanspruchs
26

27 (1) Gegenstand der Entschädigung ist der durch die
28 Strafverfolgungsmaßnahme verursachte Vermögensschaden, im Falle der
29 Freiheitsentziehung auf Grund gerichtlicher Entscheidung auch der Schaden,
30 der nicht Vermögensschaden ist.
31

32
33 (2) Entschädigung für Vermögensschaden wird nur geleistet, wenn der
34 nachgewiesene Schaden den Betrag von fünfundsiebenzig Euro übersteigt.
35
36

37 (3) Für den Schaden, der nicht Vermögensschaden ist, beträgt die
38 Entschädigung 25 Euro für jeden angefangenen Tag der Freiheitsentziehung.
39
40

41 (4) Für einen Schaden, der auch ohne die Strafverfolgungsmaßnahme
42 eingetreten wäre, wird keine Entschädigung geleistet.
43
44

45 *Adressat:*

46 SPD-Landtagsfraktion
47
48

49 **Antrag Nr. 105**

50 Jusos Bezirk Hannover
51

52 **Die Denunziationsförderung abschaffen – Hilfestellung ermöglichen**

53
54
55 Wir fordern die Abschaffung der Verpflichtung von Krankenhäusern,
56 Jugendämtern und Einrichtungen der öffentlichen Jugendhilfe, Menschen
57 ohne Aufenthaltsgenehmigung an die zuständige Ausländerbehörde zu melden.
58

Empfehlung der Antragskommission

Material an die SPD-Landtagsfraktion mit der Bitte um Sachstandsbericht im Bezirksvorstand

- 1
- 2 – § 87 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz soll die Fassung erhalten „Öffentliche Stellen mit Ausnahme von Schulen,
- 3 Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, Einrichtungen
- 4 der Jugendhilfe einschließlich der Jugendämter
- 5 sowie der Krankenhäuser haben Ihnen bekannt ge-
- 6 wordene Umstände...“
- 7
- 8
- 9 – § 87 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz soll wie folgt abgeändert werden: „Öffentliche Stellen im Sinne des Absatzes 1 abgesehen von den dort genannten Ausnahmen haben unverzüglich die Ausländerbehörde zu unterrichten, wenn sie im Zusammenhang mit Ihrer Aufgabenerfüllung Kenntnis erlangen von (...)“
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16 – Im Gegenzug ist ÄrztInnen, PädagogInnen und ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und anderen MitarbeiterInnen öffentlicher Einrichtungen, die im besonderen Maße dem Wohl der Sie aufsuchenden oder von ihnen aufgesuchten Menschen verpflichtet sind, die ausdrückliche Pflicht aufzuerlegen, über ihnen bekannt werdende fehlende oder abgelaufene Aufenthaltserlaubnisse Dritten gegenüber zu schweigen.
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24

25 **Begründung:**

26 Dem gesundheitlichen Wohlergehen der Menschen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis, ihrer Bildung und Erziehung, ihrer Unterstützung und Förderung durch Maßnahmen der Jugendhilfe ist der Vorrang einzuräumen vor dem deklarierten Interesse des Staates, diese Menschen aus der Bundesrepublik abzuschieben.

27

28

29

30

31

32

33 Da eine Ausnahme von der Auskunftsspflicht für Schulen sowie Bildungs- und Erziehungseinrichtungen bereits existiert, ist es sinnvoller den § 87 Abs. 1 AufenthG entsprechend abzuändern. Jeder Mensch hat das Grundrecht, frei von Angst Krankenhäuser oder Jugendhilfeeinrichtungen aufzusuchen und zugleich darf das dort tätige Personal nicht dadurch vor eine Gewissenfrage gestellt werden.

34

35

36

37

38

39

40

41 Der § 87 Abs. 2 AufenthG sollte zur eindeutigen Klarstellung entsprechend angepasst werden.

42

43

44 Eine vollständige Abschaffung des § 87 Aufenthaltsgesetz für alle öffentlichen Stellen (womit grundsätzliche alle Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung sowie Einrichtungen mit Behördencharakter – bei weiterer Rechtsauslegung alle Einrichtungen mit öffentlicher Funktion) erscheint jedoch weniger zweckdienlich.

45

46

47

48

49

50

51 § 87 Aufenthaltsgesetz regelt z.B., dass die Ausländerbehörde von den Strafverfolgungsbehörden bei Einleitung eines Strafverfahrens zu unterrichten sind. Auch wird in diesem Paragraphen geregelt, dass Behörden die Ausländerbehörde über die Erfüllung auflösender Bedingungen zu unterrichten haben (z.B.: Ein Ausländer/eine Ausländerin darf sich nur als StudentIn in Deutschland aufhalten, gibt das Studium jedoch auf oder der Aufenthaltstitel setzt fest,

52

53

54

55

56

57

58

1 dass das Aufenthaltsrecht beim Bezug von Sozialleistungen
2 erlischt).

3
4 Es erscheint nicht sinnvoll, diese Informationspflichten
5 abzuschaffen, da anderenfalls eine Durchsetzung der Bestimmungen
6 des Aufenthaltsgesetzes durch die Ausländerbehörde erschwert oder teilweise nicht möglich wäre.
7

8
9 Vorrangig wären die Regelungen, welche Straftaten oder
10 Ordnungswidrigkeiten zu einem Entzug der Aufenthaltserlaubnis führen, veränderungswürdig.
11

12
13 ÄrztInnen, (Sozial-) PädagogInnen oder ErzieherInnen
14 dürfen nicht länger zu Spitzeln der Ausländerbehörden gemacht werden!
15

16
17 Gesetzestext des zitierten § 87 Abs. 1 AufenthaltsgG
18

19 (1) Öffentliche Stellen mit Ausnahme von Schulen sowie
20 Bildungs- und Erziehungseinrichtungen haben ihnen bekannt gewordene Umstände den in § 86 Satz 1
21 genannten Stellen auf Ersuchen mitzuteilen, soweit dies für die dort genannten Zwecke erforderlich ist.
22
23

24
25 *Adressat:*
26 SPD-Landtagsfraktion
27

28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58

1 **W | Wirtschaftspolitik**

2

3

4 **Antrag Nr. Wo1**

5 Projektgruppe beim Bezirk aus Mitgliedern der
6 AGen Selbstaktiv, AfB, und dem Netzwerk behind-
7 terter Frauen in Niedersachsen

8

9 **Teilhabe an der inklusiven Arbeitswelt**

10

11 Resolution für den Bezirksparteitag am 8. Juni 2013

12

13 Die Zahl der Menschen mit Behinderungen steigt ste-
14 tig an. Ende 2011 lebten allein in Niedersachsen 658 084
15 schwerbehinderte Menschen.

16

17 Auch die Zahl der erwerbslosen Menschen mit Behinde-
18 rung erhöht sich weiter.

19

20 Die derzeitigen Bemühungen den allgemeinen Arbeits-
21 markt für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu
22 machen scheitern. Immer noch werden Menschen mit
23 Behinderungen selektiert, weil sie auf keinen Arbeitsplatz
24 „zu passen“ scheinen.

25

26 Wir wollen in Partei und Gesellschaft einen Perspektiv-
27 wechsel vollziehen, weg von einem „arbeitsplatzkon-
28 formen Behinderten“ hin zu einem Arbeitsmarkt der
29 Chancen und zu einem Denken, dass ein Arbeitsplatz auf
30 die individuellen Bedürfnisse und Erfordernisse des Men-
31 schen ausgerichtet sein muss. Diese grundsätzliche Be-
32 trachtung umfasst ebenso die steigende Arbeitsbelastung
33 von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die oft durch
34 psychische Erkrankungen zum Ausdruck kommt.

35

36 Aus diesem Grund mögen die Delegierten dieses Parteita-
37 ges sich den folgenden Punkten anschließen:

38

39 Wir fordern

40

41 – eine Überprüfung der Wirksamkeit der Instrumen-
42 te Beschäftigungspflicht/-quote (differenziert nach
43 Grad der Behinderung) und Ausgleichsabgabe. Wir
44 wollen die Verpflichtung von Unternehmen, mehr
45 inklusive Arbeitsplätze zu schaffen, verstärken.

46

47 – die Vergabe staatlicher Aufträge ausschließlich an
48 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die die Beschäfti-
49 gungspflichtquote erfüllen.

50

51 – Mehr und bessere Fort- und Weiterbildungen von Ar-
52 beitsvermittlerinnen und –vermittlern;

53

54 – Informationen für Handwerk und Wirtschaft über
55 Möglichkeiten der finanziellen und technischen För-
56 derungen von Bund, Ländern und Kommunen;

57

58 – die Anzahl und Qualität der gesetzlichen Hilfen für

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

- 1 Arbeitnehmerinnen und -nehmern mit Behinderung
2 durch eine aktive Ausweitung im Sinne einer inklusi-
3 ven Arbeitswelt zu erhöhen;
4
5 – die Ausweitung des „Persönlichen Budgets für Ar-
6 beit“ zur Unterstützung von Menschen mit Behinde-
7 rungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt;
8
9 – angepasste Förderinstrumente für Ausbildungsbe-
10 triebe, die spezifischen Erfordernissen von Auszubil-
11 denden mit einer Behinderung Rechnung tragen;
12
13 – einen Schwerpunkt im Aktionsprogramm des Landes
14 zur inklusiven Arbeitswelt.

15
16 *Adressaten:*

17 SPD-Landtagsfraktion

18 SPD-Bundestagsfraktion

19

20

21 **Antrag Nr. Woz**

22 SPD-Unterbezirk Lüneburg

23

24 **Keine Privatisierung des Trinkwassers. Die** 25 **Wasserversorgung muss in öffentlicher** 26 **Hand bleiben**

27

28 Am 24. Januar 2013 hat der Ausschuss für Binnenmarkt
29 und Verbraucherschutz in Brüssel über die Konzessions-
30 richtlinie abgestimmt und sie mehrheitlich angenommen.
31 Es geht darin um die Übertragung von Nutzungsrechten
32 durch Behörden an Privatunternehmen, zum Beispiel beim
33 Autobahnbau, aber auch bei der Wasserversorgung.

34

35 Die Richtlinie wird die Kommunen zwingen, unter be-
36 stimmten Bedingungen den Betrieb der Wasserversor-
37 gung europaweit auszuschreiben. Die SPD-Abgeordneten
38 im Europäischen Parlament haben sich dafür eingesetzt,
39 den gesamten Bereich der Wasserversorgung aus dem An-
40 wendungsbereich der Richtlinie herauszunehmen. Ebenso
41 hat die SPD-Bundestagsfraktion mit einem eigenen An-
42 trag die Bundesregierung von Kanzlerin Angela Merkel
43 (CDU) aufgefordert, die geplante Richtlinie abzulehnen.
44 Die Wasserversorgung ist am besten in öffentlicher Hand
45 aufgehoben. Nur so kann dauerhaft eine gute Qualität der
46 Wasserversorgung zu bezahlbaren Preisen sichergestellt
47 werden.

48

49 Es besteht keine Notwendigkeit, bewährte Formen guter
50 und bezahlbarer öffentlicher Wasserversorgung densel-
51 ben Marktregeln zu unterwerfen wie es bei privaten An-
52 bietern erforderlich ist!

53

54 Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich in keiner Wei-
55 se im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für die Was-
56 serversorgung in öffentlicher Hand eingesetzt. Vielmehr
57 hat sie im Rat dem Vorschlag der Kommission zugestimmt
58 und nimmt somit billigend in Kauf, dass hochwertige und

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

1 bezahlbare Wasserversorgung in Deutschland gefährdet
2 wird. Gerade in der Wasserversorgung wird hier Politik ge-
3 gen den gesunden Menschenverstand und gegen die In-
4 teressen der Verbraucherinnen und Verbraucher gemacht.

5
6 – Die Aufnahme der Trinkwasserversorgung in die
7 Dienstleistungskonzession der EU und somit die Pri-
8 vatisierung der Wasserversorgung wird abgelehnt.

9
10 – Die vorhandenen und bewährten Strukturen der öf-
11 fentlichen Wasserversorgung in Deutschland sollen
12 beibehalten werden.

13
14 – Die Mitglieder der SPD-Ortsvereine mögen das Eu-
15 ropäische Bürgerbegehren „Wasser ist Menschen-
16 recht“ – mit bereits jetzt mehr als einer Million Un-
17 terschriften – ebenfalls mit ihrer Unterschrift auf der
18 Internetplattform <http://www.right2water.eu> unter-
19 stützen.

20
21 – Die Landes- und Bundesparteitage werden aufgefor-
22 dert ebenfalls diesen Beschluss zu fassen.

23

24 *Adressat:*

25 Landesparteitag

26 Bundesparteitag

27

28

29 **Antrag Nr. W03**

30 Jusos Bezirk Hannover

31

32 **„Wasser ist Menschenrecht – Europäische**
33 **BürgerInneninitiative „Right2Water“ un-**
34 **terstützen**

35

36 Die SPD im Bezirk Hannover

37

38 1. unterstützt die europäische BürgerInneninitiative
39 „Right2Water“;

40

41 2. lehnt die Pläne der Europäischen Kommission zur
42 Liberalisierung der Wasser- und Abwasserwirtschaft
43 in Europa ab und fordert, diese Bereiche aus dem
44 Anwendungsbereich der Konzessionsrichtlinie dau-
45 erhaft auszuschließen;

46

47 3. fordert die SPD-Abgeordneten im Europäischen Par-
48 lament auf, sich gegen die Pläne der Europäischen
49 Kommission einzusetzen;

50

51 4. setzt sich für einen universellen Zugang zu Wasser-
52 und Sanitärversorgung für alle Menschen ein;

53

54 5. ruft dazu auf, das BürgerInnenbegehren zu unter-
55 schreiben und durch Unterschriftensammlungen,
56 Onlineaktionen und andere Aktivitäten für weitere
57 Unterschriften zu werben;

58

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

1
2 6. setzt sich für die Beibehaltung der Daseinsvorsorge
3 in öffentlicher Hand ein und fordert eine Wiederver-
4 staatlichung der bisherigen Privatisierungen in die-
5 sem Bereich.

6 **Begründung:**

7 Die Europäische Kommission plant, die Wasser- und Sani-
8 tärversorgung in Europa zu liberalisieren. Bisher sind die
9 entsprechenden Dienstleistungskonzessionen vergabe-
10 rechtsfrei und müssen demnach nicht ausgeschrieben
11 werden. Verschiedene Dienstleistungen sind bisher noch
12 nicht dem Vergaberecht unterworfen, sollen aber nach
13 entsprechenden Plänen diesem unterworfen werden. Dies
14 würde auch die Wasser- und Abwasserversorgung treffen,
15 wodurch eine Liberalisierung durch „die Hintertür“ entste-
16 hen würde. Damit entsteht die Gefahr der „Zwangsprivati-
17 sierung“ der entsprechenden Wirtschaftsbereiche.

18
19 Die Europäische BürgerInneninitiative „Right2Water“, die
20 von verschiedenen Verbänden – zumeist Organisationen
21 des Europäischen Gewerkschaftsverbandes EGÖD – ge-
22 tragen wird, setzt sich gegen die Pläne der Europäischen
23 Kommission und für den allgemeinen Zugang zu saube-
24 rem Wasser und sanitärer Grundversorgung für alle Men-
25 schen ein. Europaweit müssen 1 Millionen Menschen das
26 BürgerInnenbegehren unterschreiben, damit die Europä-
27 ische Kommission dazu verpflichtet wird, Stellung zu ei-
28 nem möglichen Gesetzesvorschlag für das Menschenrecht
29 auf Wasser und sanitäre Grundversorgung zu nehmen.
30 Unterschreiben dürfen alle BürgerInnen der Europäischen
31 Union, die das 18. Lebensjahr vollendet und das aktive
32 Wahlrecht bei Wahlen zum Europäischen Parlament inne-
33 haben. Als orientierende Rahmengesetzgebung in Europa
34 sollte die Richtlinie 98/83/EG des Europäischen Rates vom
35 3. November 1998 über die Qualität von Wasser für den
36 menschlichen Gebrauch gelten.

37
38 Durch die Liberalisierung der Wasser- und Abwasserwirt-
39 schaft würden diese noch stärker marktwirtschaftlichen
40 Kriterien unterworfen werden. Dies könnte bedeuten,
41 dass Menschen mit höherem Einkommen eine qualitativ
42 hochwertigere Wasserversorgung als Menschen mit nied-
43 rigerem Einkommen erhalten. Frei nach dem Motto: „Kein
44 Geld, kein Wasser“. Bereits jetzt haben zwei Millionen
45 Menschen in Europa keinen geregelten Zugang zur Trink-
46 wasserversorgung bzw. haben auch keinen Anschluss an
47 Sanitäreanlagen, weltweit steht über 800 Millionen Men-
48 schen kein sauberes Trinkwasser zur Verfügung. Viele
49 Menschen in Europa sind bereits jetzt einer Liefersperre,
50 u.a. wegen nicht-bezahlter Wasserrechnungen, unterwor-
51 fen. Mit der Liberalisierung der Wasser- und Abwasser-
52 wirtschaft verspricht man sich die Verfügbarkeit preiswer-
53 terer und angeblich besserer Dienstleistungen in diesen
54 Bereichen. Dies ist und bleibt ein Märchen: im Regelfall
55 resultiert die Liberalisierung in größeren Profiten für die
56 jeweiligen Unternehmen. Massive Preissteigerungen sind
57 zu erwarten: in Portugal gab es nach der Privatisierung
58

1 dortiger Wasserbetriebe zu Preissteigerungen von bis zu
2 400 Prozent. Somit sind Nachteile vor allem für die sozial
3 schwächere Bevölkerung zu erwarten. Zugleich besteht
4 die Gefahr, dass eine qualitative Ungleichheit in der Was-
5 ser- und Abwasserversorgung in Abhängigkeit vom Haus-
6 haltseinkommen entsteht. Wahrscheinlich werden auch
7 Gebiete, in denen eine entsprechende Versorgung weni-
8 ger lukrativ erscheint, sowohl im Hinblick auf Versorgung
9 und Infrastruktur vernachlässigt.

10

11 Wasser darf nicht zur „Ware“ werden: Wasser ist exis-
12 tenzwichtig, eine begrenzte Ressource und keine Han-
13 delsware. Es ist ein öffentliches Gut, was Schutz benötigt
14 und nicht den Gesetzen des freien Marktes unterworfen
15 werden darf. Es muss allen Menschen unabhängig vom
16 Geldbeutel bedingungslos zur Verfügung stehen. Wenn
17 die Versorgung mit dem Wasser zum Menschenrecht wird,
18 können Regierungen zudem zur Rechenschaft gezogen
19 werden, wenn sie eine angemessene Wasser- und Sanitär-
20 versorgung nicht gewährleisten. Wasserversorgung ist ein
21 Menschenrecht – und keine „milde Gabe“.

22

23 Der Link zur BürgerInneninitiative:
24 <http://www.right2water.eu/>

25

26 Der Link zur Petition:
27 [https://signature.right2water.eu/oct-web-public/signup.](https://signature.right2water.eu/oct-web-public/signup.do?lang=de)
28 [do?lang=de](https://signature.right2water.eu/oct-web-public/signup.do?lang=de)

29

30

31 **Antrag Nr. Wo4**

32 SPD-Unterbezirk Lüneburg

33

34 **Änderung des Bundesberggesetzes und** 35 **anderer Vorschriften zur bergbaulichen** 36 **Vorhabengenehmigung**

37

38 Der Bezirksparteitag fordert, ein Gesetz zur Novellierung
39 des BbergG und anderer Vorschriften zur bergbaulichen
40 Vorhabengenehmigung vorzulegen, welches die materiel-
41 len Genehmigungsvoraussetzungen so neu fasst, dass die
42 Genehmigungserteilung in Abhängigkeit von der Schwere
43 der bergbaubedingten Eingriffe in die Rechte Dritter (z.B.
44 Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Kommunen etc.) oder
45 die Umwelt an die Erfüllung besonderer Anforderun-
46 gen geknüpft wird.

47

48 Die Vorschriften zur Genehmigung von Bergbauvorhaben
49 werden nach dem Vorbild des Planfeststellungsverfahrens
50 und unter Berücksichtigung der in der Natur des Bergbaus
51 liegenden Besonderheiten neu gestaltet. Die materiellen
52 Genehmigungsvoraussetzungen sind mit geeigneten Re-
53 gelungen betreffend die Information und Beteiligung von
54 Öffentlichkeit, Trägern öffentlicher Belange, Interessen-
55 verbänden und potenziell betroffenen Menschen sowie
56 mit umfassendem Rechtsschutz zu flankieren.

57

58

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

1 **Begründung:**

2 Erdgas- und Öl-Gewinnungsmethode Fracking:
3 Der Begriff kommt aus dem englischen „fracture“ (Risse)
4 und ist die Kurzformel des Verfahrens „Hydraulic Fractu-
5 ring“, also hydraulische Risseerzeugung. Hierzu werden
6 im gering durchlässigen Gestein künstlich Risse erzeugt
7 und mit hohen Drücken eine gelartige Flüssigkeit durch
8 das Bohrloch in die Lagerstätte gepumpt, die oft mehr als
9 2000 Meter in die Tiefe geht. Dadurch entstehen im Spei-
10 chergestein rund um das Bohrloch Risse, die anschließend
11 mit flüssigem Stützmittel aufgefüllt werden, damit sie
12 nach dem Abstellen der Gasförderung nicht wieder schlie-
13 ßen; bei diesen Stützmitteln handelt es sich um Keramik-
14 kügelchen oder Quarzsand.

15
16 Diese Methode der Gas- oder Ölförderung birgt erhebliche
17 Risiken sowohl für die Umwelt wie auch für die Menschen
18 in sich. Vor allem die Tatsache, dass es um ein Verfahren
19 geht, in dem Probebohrungen, Risseerzeugung, Nutzung
20 von Chemikalien, Zersprengung der Erdstabilität involviert
21 sind, zeigt, dass es um ein höchst komplexes und mit Um-
22 weltrisiken begleitetes Verfahren geht.

23
24 Wir fordern einen gesetzlichen Rahmen, der ein Mitbe-
25 stimmungsrecht aller Beteiligten ermöglicht und berück-
26 sichtigt. Denn vor allem in ländlichen Regionen ist unsere
27 Natur unser Kapital und genau deshalb reichen die erklär-
28 ten Absichten der Umweltverträglichkeitsprüfung nicht
29 aus, da die Gefahren gar nicht abgeschätzt werden kön-
30 nen; und diese Abschätzung, Abwägung ist erforderlich,
31 um zu einem belastbaren Ergebnis kommen zu können.
32 Auch die „mündliche“ Zusicherung, dass Fracking nicht
33 in Wasserschutzgebieten stattfinden soll, ist nicht ausrei-
34 chend, denn hier geht es um erst vertikale und anschlie-
35 ßend horizontale Bohrungen, sodass die Verseuchung
36 perfekt ist, wenn dabei eine Wasserader getroffen wird,
37 die auf welchen Umwegen auch immer in das Trinkwas-
38 sergebiet oder Wasserschutzgebiet fließt.

39
40 Auch die versprochene Bürgerbeteiligung kann die Risiken
41 nicht mindern, weil mit Bürgerbeteiligung nur das Recht
42 auf Information gemeint ist (die oftmals auch noch falsch
43 ist), hier muss der Rechtsweg für die Bürger offen stehen;
44 schließlich geht es hier nicht nur um die Risiken der Was-
45 serverseuchung, sondern darüber hinaus auch um den
46 Landschaftsverbrauch, denn die „Nebenwirkungen“ von
47 Fracking für die Ortschaften sind enorm, die Umwandlung
48 von Flächen in industrieähnliche Land-schaften sowie die
49 Zunahme des Schwerverkehrs sind die vorhersehbaren
50 Folgen.

51
52 Deshalb ist der sicherste Weg, einen rechtlichen Rahmen
53 zu schaffen, in dem Kommunen das Recht haben, Fracking
54 rechtswirksam ablehnen zu dürfen.

55 *Adressaten:*

56 SPD-Landtagsfraktion

57 SPD-Bundestagsfraktion

1 **Antrag Nr. Wo5**

2 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg

3

4 **Chancen der Metropolregion Hamburg**
5 **nutzen – Verkehrsinfrastruktur der Region**
6 **verbessern**

7

8 In Anknüpfung an das auf dem UB-Parteitag am 16. Fe-
9 bruar 1996 beschlossene Verkehrskonzept und vor dem
10 Hintergrund aktueller Entwicklungen bekräftigt der SPD
11 Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg seine Forderun-
12 gen nach einer verbesserten Verkehrsinfrastruktur für die
13 Region mit dem Ziel deren Zukunftsfähigkeit zu erhalten,
14 neue wirtschaftliche Potentiale zu erschließen und dem
15 demographischen Wandel wirksam zu begegnen. Die not-
16 wendigen Schritte zur Realisierung der nachfolgend ge-
17 nannten Maßnahmen müssen unverzüglich auf den Weg
18 gebracht bzw. ohne Zeitverlust fortgesetzt werden:

19

20 1. Die Ertüchtigung der bestehenden Bahnstrecken,
21 insbesondere der weitere Ausbau der Amerikalinie,
22 die Verlängerung des dritten Gleises auf der Haupt-
23 strecke Hamburg - Hannover über Lüneburg hinaus
24 in Richtung Süden, die Schaffung zusätzlicher Ka-
25 pazitäten für den Güterverkehr durch Ausbau der
26 Strecke Buchholz-Soltau-Celle und die Verbesserung
27 der Strecke Lüneburg-Dannenberg. Die stillgelegten
28 Strecken Uelzen-Dannenberg und Dannenberg-Lü-
29 chow (Jeetzeltalbahn) einschließlich der Verlänge-
30 rung nach Salzwedel sind für künftige Nutzungen
31 vorzusehen.

32

33 2. Die Anpassung des Elbe-Seiten-Kanals an die Er-
34 fordernisse der zeitgemäßen Binnenschifffahrt,
35 insbesondere die Ersetzung des Schiffshebewerks
36 Scharnebeck durch ein neues Aufstiegsbauwerk für
37 moderne Gütermotorschiffe.

38

39 3. Die Optimierung des Fernstraßennetzes zur Anbin-
40 dung der Region an die benachbarten Wirtschafts-
41 räume, insbesondere der Lückenschluss der A 39
42 zwischen Lüneburg und Wolfsburg auf einer Trasse,
43 bei der die berechtigten Schutzinteressen der be-
44 troffenen Anwohnerinnen und Anwohner genau-
45 so Berücksichtigung finden wie die von Natur und
46 Umwelt. Zur Regulierung des Schwerverkehrs
47 sind die gesetzlichen Voraussetzungen für die Aus-
48 dehnung der LKW-Maut auf alle belasteten Bundes-
49 straßen in der Region zu schaffen. Es wird gefordert
50 sicherzustellen, dass in der Bauphase und bis zum
51 vollständigen Lückenschluss der A 39 zwischen Lü-
52 neburg und Uelzen, kein zusätzlicher Verkehr über/
53 nach Bad Bevensen geleitet wird.

54

55 **Begründung:**

56 Bereits kurz nach Herstellung der Deutschen Einheit und
57 dem Fall des Eisernen Vorhangs hat sich der Unterbezirk

58

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt bei Annahme von Ko1

1 Uelzen/ Lüchow-Dannenberg intensiv mit den verkehrs-
2 politischen Herausforderungen für die Region befasst.
3 Die Feststellung, dass Mobilität und Erreichbarkeit durch
4 die offenen Grenzen in Europa an Bedeutung gewonnen
5 haben, führten auf dem UB-Parteitag 1991 zu einer Reihe
6 von Beschlüssen, die später unter Einbeziehung weiterer
7 Verkehrsträger zu einem abgestimmten Verkehrskonzept
8 mit Lösungsvorschlägen und Forderungen erweitert und
9 präzisiert wurden.

10
11 Einige der Verkehrsprojekte aus dem Forderungskatalog
12 sind inzwischen umgesetzt (Ortsumgehung Lüchow) oder
13 zumindest im Bau (Ortsumgehung Kirchweyhe), viele an-
14 dere, insbesondere jene von überregionaler Bedeutung,
15 sind noch zu verwirklichen. Aktuelle Entwicklungen und
16 Diskussionen (Anbindung der Seehäfen, Zurückstellung Y-
17 Trasse, Planung A 39) lassen weitere Infrastrukturprojekte,
18 die geeignet sind, der bekannten Strukturschwäche der
19 Region entgegenzuwirken, in greifbare Nähe rücken.

20
21 Potenzialanalysen aus dem Jahr 2012 besagen, dass sich
22 der Containerumschlag im Hamburger Hafen und die
23 damit notwendigerweise einher gehenden Hafenhinter-
24 landverkehre bis 2025 fast verdreifachen könnten. Mas-
25 sengüter sind dabei noch gar nicht mitgerechnet. Ein
26 Drittel der Güter aus dem Hamburger Hafen werden in
27 einen Umkreis von 100 km verbracht, ein weiteres Drittel
28 geht in Richtung Süd-Ost. Bei der Weiterleitung der Con-
29 tainertransporte von Seeschiffen zu den Zielen im Inland
30 entfallen aktuell nur rund zwei Prozent auf Binnenschif-
31 fe, 36 Prozent auf die Bahn und 62 Prozent auf Lastwagen
32 (Quelle: Hamburger Abendblatt v. 24.01.13).

33
34 Auch für das Wachstum der anderen norddeutschen
35 Seehäfen (Bremen, Bremerhaven, Jade-Weser-Port) ist
36 die Bewältigung des Transportvolumens über die Hinter-
37 landanbindung von entscheidender Bedeutung. Dabei ist
38 die Kapazitätsgrenze des vorhandenen Eisenbahnnetzes
39 längst erreicht. Auch die inzwischen auf Eis gelegte Y-
40 Trasse würde nicht ausreichen, um das zu erwartende Gü-
41 teraufkommen zu bewältigen. Aus einer im Jahr 2009 im
42 Auftrage des Landes Niedersachsen erstellten Studie zur
43 Hafenhinterlandanbindung geht hervor, dass neben den
44 Maßnahmen aus dem Sofortprogramm Seehafenhinter-
45 landverkehr die Ertüchtigung vorhandener Streckenteile
46 zur Bewältigung des zu erwartenden Verkehrsaufkom-
47 mens notwendig ist. Dazu gehören u. a. der zweigleisige
48 Ausbau und die Elektrifizierung der Amerikalinie sowie die
49 Verlängerung des dritten Gleises der Hauptstrecke min-
50 destens bis Uelzen.

51
52 Über die Wasserwege könnten bis zu neun Prozent des
53 Hamburger Aufkommens weitertransportiert werden. Im
54 aktuellen rot-grünen Koalitionsvertrag für Niedersachsen
55 wird in Übereinstimmung mit der vom SPD-Unterbezirk
56 Uelzen / Lüchow-Dannenberg vertretenen Position ein
57 Ausbau der Mittelelbe – auch über den Umweg von Un-
58

1 terhaltungsabgraderungen – abgelehnt. Im Sinne der zu
2 begrüßenden Förderung der Binnenschiffahrt als um-
3 weltfreundlichem Gütertransportmittel muss daher fast
4 zwingend der Elbe-Seiten-Kanal den heutigen Erforder-
5 nissen angepasst werden. Während die Schleuse Uelzen II
6 diesen Anforderungen entspricht, ist das Schiffshebewerk
7 in Scharneck für moderne Gütermotorschiffe mit einer
8 Länge von 110 Metern nicht passierbar. Damit das Potenti-
9 al des ESK ausgeschöpft werden kann, ist die Ertüchtigung
10 des Schiffshebewerks Scharnebeck dringend geboten.

11
12 Zum Stichwort Hafenhinterlandverkehr sprechen zudem
13 alle Argumente für den geplanten Lückenschluss der A 39,
14 da diese mit Anbindung an die A 14 und A 9 hierfür beste
15 Voraussetzungen bietet. Bezieht man die zu erwartenden
16 Verkehre aus der künftigen Fehmarn-Belt-Querung noch
17 in die Betrachtung mit ein, ist in Kenntnis der heute be-
18 reits östlich von Hamburg bestehenden Engpässe die A 39
19 dringend erforderlich.

20
21 Selbst bei Verlagerung von Verkehren auf die Schiene und
22 aufs Wasser muss nach allen Prognosen bis 2025 trotzdem
23 noch mit beinahe einer Verdoppelung des LKW-Verkehrs
24 gerechnet werden. Wenn es nicht zu untragbaren Zustän-
25 den auf der B 4 und in den Ortsdurchfahrten kommen soll,
26 kann auf den Bau der A 39 nicht verzichtet werden.

27
28 Zusammen mit dem Bau der A 39 bilden die Infrastruk-
29 turmaßnahmen an Schienenwegen und Wasserstraße die
30 Chance für die Region zur Lösung der allgegenwärtigen
31 Probleme mit den Strukturen sowie den wirtschaftlichen
32 und gesellschaftlichen Entwicklungen. Die vorhandene
33 B 4 mit ihrem für gänzlich andere Verkehrsbelastungen
34 geplanten Unterbau wird dies nicht leisten können. Staus
35 und Baustellen für teure Flickmaßnahmen sowie noch
36 stärkere Belastungen der Anlieger wären programmiert.

37
38 Eine bessere Verkehrsanbindung über die A 39 bedeutet
39 für die Region mit dem Hafen Uelzen als dann an alle
40 drei Güterverkehrsträger (Straße, Schiene, Wasserstraße)
41 angeschlossenen Logistikstandort eine enorme Entwick-
42 lungs- und Arbeitsplatzperspektive. Auch der zwischen
43 SPD und Grünen geschlossene Koalitionsvertrag für die
44 laufende Wahlperiode betont ausdrücklich die notwendi-
45 ge Trimodalität an den Binnenhäfen in Niedersachsen.

46
47 Darüber hinaus ist auch die Bedeutung für die Bevölke-
48 rungsentwicklung zu beachten. Die Entwicklung in der
49 Hansestadt Lüneburg und selbst noch in der Gemeinde
50 Bienenbüttel belegt, dass ein positiver Anteil am Einwoh-
51 nerwachstum zu erwarten ist, da auch der weitere Land-
52 kreis durch die dann vorhandene Autobahnnähe in glei-
53 cher Weise für Pendler mit Arbeitsplatz in Hamburg und
54 Umgebung attraktiv sein wird.

55
56 Bei der Planung der Autobahn müssen schließlich auch
57 die berechtigten Belange der betroffenen Anwohnerinnen
58 und Anwohner in angemessener Weise beachtet werden.

1 **Antrag Nr. Wo6**

2 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg

3

4 **Gorleben soll leben – weiße Landkarte nur**
5 **ohne Gorleben!**

6

7 Die Freude über die Abwahl der schwarz-gelben Koalition
8 und die Übernahme der Regierung durch einen Sozialde-
9 mokraten wird in der Thematik der Entsorgung atomarer
10 Abfälle erheblich getrübt. Die SPD Uelzen/Lüchow-Dan-
11 nenberg bedauert, dass sich der kleiner Koalitionspartner
12 mit seiner Forderung nach einem Verbleib des Standortes
13 Gorleben in einem zukünftigen Suchverfahren durch-
14 setzen konnte. Nunmehr gibt es eben doch keine weiße
15 Landkarte sondern als Menetekel einer verfehlten Politik
16 der vergangenen Jahrzehnte ragen die Türme des Erkun-
17 dungsbergwerkes über jede weitere Diskussion und len-
18 ken den Blick mit den milliardenschweren Fehlinvestitio-
19 nen immer wieder auf den Standort Gorleben.

20

21 Die in den letzten Tagen durch alle Medien verbreiteten,
22 positiven Meldungen über einen vermeintlichen Jahrhun-
23 dertkompromiss und Durchbruch in der Endlagerfrage
24 erinnern fatal an die Zeit des ersten Atomkonsenses als
25 es ähnliche Jubelmeldungen gab. Die Vergänglichkeit der
26 damaligen Vereinbarungen ist hinreichend bekannt, auch
27 wenn die damaligen Verlautbarungen zum Beispiel von
28 Jürgen Trittin erstaunliche Ähnlichkeiten zu seinen heuti-
29 gen aufweisen.

30

31 Schon jetzt zeigt sich in einer erstaunlichen Klarheit, dass
32 es bei einer Reihe von Bundesländern nicht einmal die Be-
33 reitschaft gibt, mit der Aufnahme von zukünftigen Castor-
34 Transporten ihren Beitrag zur Realisierung der jetzt getrof-
35 fenen Vereinbarungen zu erbringen. Sehr schnell wird sich
36 zeigen, ob die Haltung der Nds. Landesregierung Verein-
37 barungen nur dann zuzustimmen, wenn es keine Castor-
38 Transporte nach Gorleben mehr geben wird, tragfähig
39 bleibt oder ob auch hier bisherige Positionen aufgegeben
40 werden. Schon heute gibt es aus dem schwarz-gelben La-
41 ger Anträge in Landesparlamenten, die Castor-Einlagerun-
42 gen in diesen Ländern ablehnen. Auch wenn diese Anträge
43 an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten sind wird die Ent-
44 wicklung aufmerksam zu beobachten sein.

45

46 Die SPD Uelzen/Lüchow-Dannenberg hat in den vergan-
47 genen Jahren unter anderem mit einem eigenen Camp an
48 der Transportstrecke deutlich und klar Position gegen die
49 Castor-Transporte bezogen. Sie wird das mit Nachdruck
50 fortsetzen wenn es zu weiteren Transporten in das Zwi-
51 schenlager kommen sollte.

52

53 Auf Initiative der SPD Uelzen/Lüchow-Dannenberg hat es
54 auf Landes- und Bundesebene Beschlüsse auf Parteita-
55 gen gegeben, die eindeutig verlangen, dass der Standort
56 Gorleben aus natur- und gesellschaftswissenschaftlich
57 fundiert vorgetragenen Gründen bei einer zukünftigen
58

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Regierungshandeln

1 Endlagersuche nicht mehr berücksichtigt werden darf.
2 Der Parteitag stellt fest, dass sich sowohl der Landes- als
3 auch der Bundesvorsitzende der Partei nicht an diesen Be-
4 schluss halten. Mag das auf der Landesebene durch den
5 Druck des kleinen Koalitionspartners noch erklärbar sein,
6 ist es auf der Bundesebene nicht akzeptabel, wie leichtfer-
7 tig über diesen Beschluss hinweggegangen wird.

8
9 Die SPD Uelzen Lüchow-Dannenberg wird weiterhin jede
10 Gelegenheit nutzen um ihrem Protest gegen die falsche
11 Einbeziehung dieses Standortes in eine Endlagersuche
12 Ausdruck zu verleihen.

13
14 Solange Gorleben explizit als weiterer Standort für ein
15 atomares Endlager geführt wird ist der Region Lüchow-
16 Dannenberg bei der Zusammensetzung einer Kommission
17 und der Durchführung des Verfahrens ein besonderer Sta-
18 tus einzuräumen, der es den Kommunen ermöglicht das
19 Verfahren ggf. mit eigener fachlicher Expertise zu beglei-
20 ten. Dazu sind dem Landkreis ausreichende Ressourcen
21 zur Verfügung zu stellen.

22 23 24 **Antrag Nr. Wo7**

25 Jusos Bezirk Hannover

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

26 27 **Frei, schnell, sicher, für alle, überall: Zu-**

28 **gänge zum Internet sichern und ausbauen**

29
30 Der SPD-Bezirk Hannover steht für eine moderne Netzpo-
31 litik, die den freien, schnellen und sicheren Zugang zum
32 Internet für alle Menschen in allen Regionen unseres Lan-
33 des sicherstellt. Der Ausbau der Internetinfrastruktur hat
34 für uns höchste Priorität – und dabei wollen wir auch für
35 faire Rahmenbedingungen sorgen. Deshalb stehen wir für
36 folgende politische Eckpunkte:

37
38 1. Eine gesetzliche Festlegung der Netzneutralität, da-
39 mit das Internet weiterhin frei und offen für alle Nut-
40 zerInnen bleibt.

41
42 2. Ein Verbot der Entschleunigung von Festnetz-gebun-
43 denen und mobilen Internetanschlüssen, sofern die-
44 se als „Flatrate“ vermarktet werden.

45
46 3. Eine gesetzliche Übernahme- und Betriebsmöglich-
47 keit von Leitungsinfrastruktur in kommunale Hand
48 oder durch kommunale Stadtwerke im Zuge einer
49 Netzkonzessionierung.

50
51 4. Den Ausbau des breitbandigen Glasfaser-Netzes für
52 alle NutzerInnen, auch in ländlichen Regionen. Als
53 Ergänzungstechnologie bei nur unwirtschaftlichen
54 Erschließungsbedingungen kann der LTE-Ausbau for-
55 ciert werden.

56
57 5. Eine gesetzliche Absicherung der Rechtssicherheit
58 (Begrenzung der „Störerhaftung“) von Anbietern

1 freier WLANs, insbesondere jener, die durch öffentli-
2 che Stellen wie z.B. Kommunen angeboten werden.

- 3
4 6. Eine gesetzliche Absicherung der Persönlichkeits-
5 rechte und der Privatsphäre der NutzerInnen durch
6 ein Verbot von kombinierender Datenverwertung
7 mit dem Ziel der NutzerInnenkontrolle (so z.B. Tech-
8 nologien wie „Deep Packet Inspection“ (DPI)).
9

10 **Begründung:**

11 Das Internet ist die technologische und gesellschaftliche
12 Innovation unserer Zeit. Es ist frei und offen für alle – und
13 es hat unser Leben und Arbeiten miteinander tiefgreifend
14 verändert und uns allen neue Formen der Kommunikation
15 und Zusammenarbeit ermöglicht. Doch es bleibt nicht per
16 se frei und offen für alle und das für immer – wie jedes
17 andere Netz auch steht es unter dem Druck von Kapitalin-
18 teressen, deren Logik tiefgreifende Auswirkungen auf das
19 Internet und seine Form hat. Deswegen ist das Internet
20 kein gleichsam separater, rechtloser Raum, sondern im Ge-
21 genteil: Es bedarf politischer Gestaltung. Die o.a. Eckpunk-
22 te betreffen Themen, die sich in diesem Kontext zurzeit in
23 der politischen Debatte befinden:
24

- 25 1. Netzneutralität bedeutet, dass alle Daten im Inter-
26 net „gleich behandelt“ werden. Ein Datenpaket mit
27 einer privaten Email wird durch die Netzinfrastruktur
28 genauso behandelt, wie das Streamen eines kos-
29 tenpflichtigen Fernsehangebots oder der Download
30 von Bildern. Das wollen wir erhalten: Wir wollen das
31 Gebot der Netzneutralität gesetzlich absichern, da-
32 mit das Internet auch künftig frei und offen für alle
33 bleibt. Die Telekom und andere Anbieter wollen das
34 Datenvolumen von neuen Anschlüssen be-
35 grenzen. Letztlich steckt dahinter die Idee, dass wer bestimm-
36 te Angebote wie Streaming (z.B. Anschauen von
37 Filmen im Internet) nutzen will, diese Dienste bzw.
38 weiteres Datenvolumen hinzukaufen muss. Dadurch
39 versprechen sich die Anbieter höhere Einnahmen,
40 insbesondere jene großer Dienste (Youtube, Fern-
41 sehender etc.). Kleineren bzw. neuen Unternehmen
42 und Organisationen wird dies – insbesondere zu Be-
43 ginn ihrer Aktivitäten – nicht möglich sein. Die Fol-
44 ge ist ein steigender Monopolisierungsdruck beim
45 Angebot und zugleich eine marktliche Innovations-
46 bremsen – und viel schlimmer: Wir hätten ein Internet
47 der zwei Geschwindigkeiten, dass gut Begüterte be-
48 günstigt.
49
- 50 2. Insbesondere mobiles Telefonieren und Surfen kos-
51 tet in Deutschland viel mehr als im europäischen
52 Ausland. Wer dauerhaft mobil surfen will, darf tief
53 in die Tasche greifen – damit muss Schluss sein. Wir
54 wollen, dass wer ein „Flatrate“-Angebot gebucht
55 hat, nicht mehr künstlich heruntergebremst werden
56 kann, nachdem ein theoretisches „Limit“ erreicht
57 wurde – insbesondere dann, wenn freie Netzkapa-
58 zitäten noch vorhanden sind. Infrastruktur, die alle

- 1 NutzerInnen bezahlen und die aus Gewinnmaximie-
2 rungsgründen aber ungenutzt bleibt, darf es nicht
3 geben. Geschwindigkeitsdrosselungen dürfen nur
4 dann erfolgen, wenn die Netzkapazitäten tatsächlich
5 erschöpft sind.
6
- 7 3. Der Telekom gehören heute nach wie vor große Teile
8 des Festnetzes. Sie schafft es als Marktteilnehmerin
9 aber nicht, das Netz zum Wohle aller zu betreiben.
10 Daher fordern wir, dass Zug um Zug Kommunen und
11 kommunalen Stadtwerken im Rahmen einer Konzessionierung die Inbesitznahme und der Betrieb von
12 Netzinfrastruktur besser ermöglicht wird – zudem
13 wäre das Internet als Teil des kommunalen Netzes
14 dann ein weiterer Baustein der kommunalen Da-
15 seinsvorsorge.
16
- 17
- 18 4. Fast alle Technologien bei der Internetnutzung benö-
19 tigen mehr und mehr Bandbreite – zugleich gelingt
20 es am Markt nicht, diese Bandbreite auch flächig
21 bereitzustellen. Wir brauchen deswegen eine neue
22 Breitband-Glasfaser-Initiative, die diese gewaltige
23 Infrastrukturaufgabe bündelt. Zudem kann im länd-
24 lichen Raum auch LTE (über Funk) als Ergänzungs-
25 technologie dienen, sofern eine kabelgebundene
26 Erschließung nur erheblich unwirtschaftlich zu ma-
27 chen ist.
28
- 29 5. Nach heutiger Rechtslage können InhaberInnen ei-
30 nes Internetanschlusses für alle Handlungen haftbar
31 gemacht werden, die über diesen Internetanschluss
32 begangen werden – auch dann, wenn diese Hand-
33 lungen nicht durch den/die AnschlussinhaberIn be-
34 gangen wurden („Störerhaftung“). Dies betrifft ins-
35 besondere AnbieterInnen von kommunalen WLANs
36 o.ä., die durch diese Rechtslage in ihren Ausbaube-
37 mühungen behindert werden. Zurzeit bereitet das
38 Land Hamburg eine Bundesratsinitiative in die-ser
39 Sache vor, wobei wir mit Nachdruck für eine Unter-
40 stützung durch das Land Niedersachsen werben.
41
- 42 6. Durch bestimmte Technologien sind die Persönlich-
43 keitsrechte und die Privatsphäre der NutzerInnen im
44 Internet in Gefahr. So ist z.B. Deep Packet Inspection
45 eine Technologie, die es ermöglicht, Datenverkehr
46 innerhalb des Internets inhaltlich auszuwer-ten und
47 ggf. zu überwachen. Diese Technologie wird in eini-
48 gen Ländern dazu verwendet, um den Zugriff auf
49 Internetangebote für die Bevölkerung zu blockieren.
50 In Deutschland ist dies zwar noch nicht im Einsatz,
51 die bestehende Netzinfrastruktur ermöglicht dies
52 jedoch. Um weiterhin einen freien Zugang zu allen
53 Informationen im Internet gewährleisten zu können,
54 muss garantiert werden, dass solche Technologien
55 nicht eingesetzt werden bzw. dass der Einsatz sol-
56 cher Technologien unter Strafe gestellt wird.
57

58 *Adressat:* Bundesparteitag

1 **Antrag Nr. Wo8**

2 Jusos Bezirk Hannover

3

4 **Liberalisierung des Schienenpersonen-** 5 **nahverkehrs in Niedersachsen rückgängig** 6 **machen**

7

8 Ein flächendeckender, qualitativ und quantitativ hochwer-
9 tiger, bezahlbarer, moderner und möglichst barrierefreier
10 Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ist Teil der öffentli-
11 chen Daseinsvorsorge. Es muss Ziel der Politik sein, ein
12 guter SPNV vorzuhalten und eine echte Alternative zum
13 motorisierten Individualverkehr zu bieten. Es ist daher
14 richtig, dass den Ländern Mittel aus der Mineralölsteuer
15 zur Verfügung gestellt werden, um vor Ort eine ausrei-
16 chende und hochwertige Versorgung der Bevölkerung mit
17 Verkehrsleistungen des ÖPNV sicherzustellen. Gerade in
18 Niedersachsen wurden diese Mittel vielfach sinnvoll ver-
19 wendet, um neue und moderne Züge anzuschaffen oder
20 Bahnhöfe und Station zu modernisieren und bspw. Roll-
21 stuhlfahrerInnen-gerecht zu gestalten.

22

23 Damit einher ging jedoch die Öffnung des Marktes, wo-
24 mit in regelmäßigen Abständen die SPNV-Linien in Nie-
25 dersachsen europaweit ausgeschrieben werden. Hierbei
26 wurde bisher nur auf Kosteneffizienz der Eisenbahnunter-
27 nehmen im Wettbewerb geschaut. So verlor die bisherige
28 Marktführerin DB Regio AG in Niedersachsen seit 1996
29 alle Streckenausschreibungen, die von der Landesnahver-
30 kehrsgesellschaft LNVG getätigt wurden. Unternehmen
31 wie „metronom“, „NordWestBahn“, „erixx“ oder „West-
32 falenBahn“ drängten auf den Markt. Das Staatsunterneh-
33 men DB befährt somit nur noch 30 Prozent der Eisenbahn-
34 kilometer in Niedersachsen. Das ist deutschlandweit der
35 niedrigste Wert.

36

37 Es steht fest, dass sich die Qualität im niedersächsischen
38 SPNV stark verbessert hat. Dies belegen auch die steigen-
39 den Fahrgastzahlen. Dieser Umstand ist jedoch nahezu
40 ausnahmslos auf die Investitionen aus den Regionalisie-
41 rungsmitteln zurückzuführen und nicht auf den Betrieb
42 durch private SPNV-Unternehmen. Fest steht ebenfalls,
43 dass die Deutsche Bahn im bisherigen Verfahren für die
44 Streckenvergabe vor allem durch höhere Personalkosten
45 benachteiligt ist. Diese Mehrkosten ergeben sich u.a. dar-
46 aus, dass bei der DB immer noch ein Großteil der Beschäf-
47 tigten verbeamtet sind, die Tarifstruktur höher ist als bei
48 den privaten KonkurrentInnen und dass der Altersdurch-
49 schnitt bei der DB Regio bei über 50 Jahren liegt.

50

51 Fakt ist, dass der SPNV an sich nicht lukrativ ist und nur
52 durch den Zuschuss von Steuermitteln für die Verkehrsun-
53 ternehmen eine Gewinnspanne entsteht. Es ist daher zur-
54 zeit praktisch so, dass das Land Niedersachsen mit Steu-
55 ergeldern Unternehmen subventioniert, die teilweise weit
56 unter dem Niveau der Deutschen Bahn bezahlen, deren
57 Gewinne in private Hände fließen und die teilweise ihren
58

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Fairer Wettbewerb im Schienenpersonennahverkehr in Niedersachsen

Ein flächendeckender, qualitativ und quantitativ hochwer-
tiger, bezahlbarer, moderner und möglichst barrierefreier
Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ist Teil der öffentli-
chen Daseinsvorsorge. Es muss Ziel der Politik sein, *einen*
guten SPNV vorzuhalten und eine echte Alternative zum
motorisierten Individualverkehr zu bieten. Es ist daher
richtig, dass den Ländern Mittel aus der Mineralölsteuer
zur Verfügung gestellt werden, um vor Ort eine ausrei-
chende und hochwertige Versorgung der Bevölkerung mit
Verkehrsleistungen des *straßen- und schienengebundenen*
ÖPNV sicherzustellen. Gerade in Niedersachsen wurden
diese Mittel vielfach sinnvoll verwendet, um neue und mo-
derne Züge anzuschaffen oder Bahnhöfe und Stationen zu
modernisieren und bspw. Rollstuhlfahrer/innen-gerecht
zu gestalten.

*Allerdings hat die vorherige Landesregierung aus CDU und
FDP einen Teil der Regionalisierungsmittel zweckentfrem-
det und nicht dem eigentlichen Ziel der Verbesserung des
ÖPNV/SPNV zu geführt.*

*Damit einher ging seit 1996 die Öffnung des Marktes, wo-
mit in regelmäßigen Abständen SPNV-Verkehrsnetze in
Niedersachsen europaweit ausgeschrieben werden. Nach
der Abschaffung des alten Landesvergabegesetzes im Jahre
2003 und der Herausnahme des ÖPNV aus diesem Gesetz,
wurde bei der Vergabe in erster Linie auf Kosteneffizienz und
den wirtschaftlich günstigsten Anbieter bei den Eisenbahn-
unternehmen im ruinösen Wettbewerb geschaut.*

So verlor die bisherige Marktführerin DB Region AG in
Niedersachsen seit 1996 *viele* Streckenausschreibungen,
die von der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) getä-
tigt wurden. Unternehmen wie „metronom“, „NordWest-
Bahn“, „erixx“ oder „WestfalenBahn“ *übernahmen die*
*Bedienung dieser neuen Netze, ohne dass über Vergabekri-
terien ein fairer Wettbewerb gesichert wurde.*

*Dadurch befährt die DB Regio nur noch 30 Prozent im Schie-
nenpersonennahverkehr in Niedersachsen.*

*Trotzdem steht fest, dass sich die Verkehrsleistungen im nie-
dersächsischen SPNV sowohl qualitativ als auch quantitativ
stark verbessert haben. Das belegen auch die steigenden
Fahrgastzahlen.*

Fest steht ebenfalls, dass die Deutsche Bahn *in den bis-
herigen Verfahren bei der Vergabe der ausgeschriebenen
Netze vor allem durch höhere Personalkosten benachteiligt
ist. Diese Mehrkosten ergeben sich u.a. daraus, dass die DB*

1 Unternehmenssitz außerhalb Niedersachsens haben und
2 somit auch nicht in Niedersachsen ihre Steuern bezahlen.
3 Im Gegensatz dazu zeichnet sich die Deutsche Bahn da-
4 durch aus, dass sie in Niedersachsen (noch) vielerorts
5 Standorte wie bspw. Werkstätten betreibt, viele ältere
6 ArbeitnehmerInnen beschäftigt und ihre Gewinne der öf-
7 fentlichen Hand zugutekommen, womit wiederum in den
8 Schienenverkehr investiert werden kann.

9
10 Wir fordern daher die Landesregierung und die SPD-Land-
11 tagsfraktion auf, mit dem stumpfen Liberalisierungskurs
12 der ehemaligen CDU/FDP-Regierung zu brechen und sich
13 für ein neues Vergabeverfahren einzusetzen, dass nicht
14 nur den ökonomischen Nutzen und die Tariftreue im Blick
15 hat, sondern auch die langfristigen Interessen Niedersach-
16 sens und seiner Regionen berücksichtigt und die DB Regio
17 AG als Teil des Staatskonzerns Deutsche Bahn bevorzugt.

18
19 **Adressat:**
20 SPD-Landtagsfraktion

21
22
23 **Antrag Nr. Wog**
24 Jusos Bezirk Hannover

25 26 **CETA ablehnen – Kulturflatrate einführen!**

27
28 Die SPD im Bezirk Hannover spricht sich dafür aus, dass
29 das in Arbeit befindliche Handelsabkommen CETA nicht
30 umgesetzt wird, da es weitestgehend inhaltsgleich mit
31 dem bereits verworfenen ACTA ist. Stattdessen soll die
32 Möglichkeit einer sogenannten Kultur-Flatrate überprüft
33 werden, die mit der Rechnung des Internetanbieters ab-
34 gerechnet wird.

35 36 **Begründung:**

37 Um den Zugang zu kulturellen Quellen im Internet zu er-
38 leichtern und dennoch dafür zu sorgen, dass die Kultur-
39 schaffenden einen Ausgleich für ihre angebotenen Werke
40 erhalten, soll die Möglichkeit einer Kultur-Flatrate geprüft
41 werden. Die Erlöse aus der Abgabe, die mit dem Einzug
42 der Gebühren für die Bereitstellung des Internets durch
43 den Anbieter erfolgen soll, müssen dabei in einen Fonds
44 fließen, aus dem die UrheberInnen oder ihre Vertretungen
45 eine Vergütung beantragen können. Der Fonds wird ver-
46 waltungstechnisch beim Beauftragten der Bundesregie-
47 rung für Kultur und Medien (Kulturstaatsminister) ange-
48 siedelt.

*nach der Tarifstruktur des Unternehmens die Beschäftigten
bezahlen muss und diese häufig höher liegt, als bei den pri-
vaten KonkurrentInnen. Gleichzeitig unterhält die DB in Nie-
dersachsen (noch) vieler Orts Standorte bzw. Werkstätten,
die zum Betrieb und zur Instandhaltung des Fahrzeugparks
dann unverzichtbar sind, wenn entsprechende Aufträge im
niedersächsischen SPNV-Netz damit verbunden sind.*

Wir fordern daher die Landesregierung und die SPD-Land-
tagsfraktion auf, mit dem bisherigen stumpfen Liberalisie-
rungskurs der alten CDU/FDP geführten Landesregierung zu
brechen und ein neues Landesvergabe- und Tariftreuegesetz
in Niedersachsen zu schaffen.

*Neben den Zielsetzungen einer vernetzten und integrierten
Verkehrspolitik im ÖPNV/SPNV muss ein fairer Wettbewerb
durch ein neues wirksames Tariftreuegesetz sichergestellt
werden, der der DB Regio AG wie den anderen Mitbewer-
bern eine faire Vergabechance gibt und nicht unfairen Wett-
bewerb auf dem Rücken der Arbeitnehmer/innen austrägt.*

21
22
23 **Empfehlung der Antragskommission**
24 Erledigt bei Annahme von Wo7

1 S | Satzung

2
3

4 **Antrag Nr. S1**
5 Bezirksvorstand

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

6
7

7 **Änderung des Bezirksstatuts**

8

9 **§ 23 bisherige Fassung**

10 (1) Für die Bestimmung der KandidatInnen für Kom-
11 munalvertretungen und Parlamente gelten für die
12 Einberufung, Beschlussfähigkeit und die Ermittlung
13 der Delegiertenzahlen die Vorschriften dieser Sat-
14 zung. Soweit die Wahlgesetze und Satzungen nicht
15 entgegenstehen, können die zuständigen Vorstände
16 beschließen, dass Kandidatinnen und Kandidaten
17 für Gemeindevertretungen, ein Direktwahlamt oder
18 Parlamente von Vollversammlungen aufgestellt wer-
19 den.

20

21 **Neue Fassung:**

22 **§ 23**

23 (1) Für die Bestimmung der Kandidatinnen und Kandi-
24 daten für Kommunalvertretungen und Parlamente
25 gelten für die Einberufung, Beschlussfähigkeit und
26 die Ermittlung der Delegiertenzahlen grundsätzlich
27 die Vorschriften dieser Satzung mit der Maßgabe,
28 dass abweichend von § 9 Absatz 1 Ziffer 6 alle De-
29 legierten für die Landesvertreterversammlungen
30 in den Unterbezirken gewählt werden. Soweit die
31 Wahlgesetze und Satzungen nicht entgegenstehen,
32 können die zuständigen Vorstände beschließen, dass
33 Kandidatinnen und Kandidaten für Gemeindever-
34 tretungen, ein Direktwahlamt oder Parlamente von
35 Vollversammlungen aufgestellt werden.

36 (1a) Für die Aufstellung von Kandidatinnen und Kandi-
37 daten für das Europaparlament werden die Delegierten
38 zu einer Bundesvertreterversammlung in einer Be-
39 zirksvertreterversammlung gewählt. Diese setzt sich
40 aus 50 in den Unterbezirken zu wählenden Delegier-
41 ten zusammen.

42

43 **Begründung**

44 Die Willensbildung des Bezirks im Rahmen der Kandi-
45 datenaufstellungen zur Europa-, Bundes-, Landtagswahl
46 findet in der Regel über die Mitwirkung von Bezirksbeirat
47 und Bezirksparteitag statt. Gleichzeitig ist die jeweilige
48 Bezirksvertreterversammlung ein vergleichsweise zeit-
49 aufwändiges und wenig beteiligungsorientiertes Organ.
50 Gerade die Vertreterversammlungen bei vorgezogenen
51 Neuwahlen sind organisatorisch immens aufwändig und
52 führen nicht zu einer Stärkung der Beteiligung in der Par-
53 tei, sondern werden vielfach als bürokratischer Aufwand
54 wahrgenommen. Durch eine konsequente Verlagerung
55 der Delegiertenwahlen zu diesen Gremien wird zugleich
56 die Ebene der Unterbezirke gestärkt.

57

58

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 8. Juni 2013

1 Für die Europawahl ist auf Grund der Größe der Ver-
2 sammlung zwingend erforderlich ein eigenes Verfahren
3 zu wählen, da unter Umständen weniger Delegierte aus
4 dem Bezirk entsendet werden können als Unterbezirke
5 vorhanden sind. Außerdem muss die Quote sichergestellt
6 werden. Dadurch bleibt eine Vertreterversammlung erhal-
7 ten, diese wird jedoch erheblich verkleinert.

8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58